

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist in den Ausgaben der „Volkswacht“, Neue Braunerstraße 5, und Neue Finkenstraße 11, durch die Zweigstellen, Abonnementgeschäft Reichelt, Matzkestr. 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1.82 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.40 Rmt. monatlich 1.35 Rmt. + 36 Pf. Trägerlohn + 1.70 Rmt. Durch die Post einzul. Zustellungsgebühren 2.00 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1200, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegen. Stellensuche, Verleumd., Verarmungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion Finkenstraße 11/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Ein schwarzer Tag für die Deutschnationalen.

Das Republikchutzgesetz mit ihren Stimmen angenommen!

Im Reichstag ist gestern in erster und zweiter Lesung das Gesetz zum Schutz der Republik unverändert auf zwei Jahre verlängert worden. Da es sich um eine verfassungsändernde Vorlage handelt, war das nur mit Zweidrittelmehrheit möglich.

Geschaffen wurde dieses Gesetz einst gegen den wütenden Widerstand der Deutschnationalen, die es für „Ausnahmerecht“ gegen die wahrhaft nationalen und daher mit der Republik nicht ausöhnbaren Kreise erklärten. Angewendet wurden die Strafbestimmungen dieses Gesetzes (wie auch des gesamten anderen deutschen Strafrechts!) freilich schärfer gegen links als gegen rechts. Immerhin hat es auch gerade auf Grund dieses Gesetzes eine Anzahl von durchgeführten Strafen wegen politischer Delikte gegen rechtsstehende Personen gegeben. Dazu kommt — was den Deutschnationalen besonders unerträglich schien — der Sonderparagraf des Gesetzes, auf Grund dessen frühere Monarchen, die aus dem Ausland zurückkehren wollen, unter Sonderrecht gestellt werden. Dieser „Kaiser-Paragraf“ ermächtigt die Reichsregierung, zum Schutz der Republik den einstigen Herrschern das Betreten deutschen Bodens zu verbieten. Alle Führer der Deutschnationalen — nicht nur die rechten Flügelmannen Everling, Freitag, Doringhoven usw., sondern auch der Parteivorstehende Graf Westarp, der Vizekanzler Hergt, der Reichstags-Vizepräsident Graef usw. — haben gegen diesen Paragraphen häufige und laute Agitationsreden gehalten. Aber jetzt sind die Deutschnationalen Regierungspartei, und ihre Koalitionsgenossen aus dem Zentrum, von denen die Mehrheitsbildung abhängt, wissen, wie fest die Hergt und Reudell, die Schiele und Koch-Düffelhoff an ihren Ministerstühlen hängen. Schon bei der Bildung des Bürgerblocks machte die Aussicht auf neue Agrarzölle, Steuerpolitik zugunsten des Besitzes, Mieterhöhung und ähnliche Vorteile für ihre Klasse die Deutschnationalen geduldig gegenüber jeder Demütigung in „nationalen“ und „Staatsform“-Fragen. Die Behandlung, die sich damals Graf Westarp als Führer der größten Regierungspartei von dem Zentrumsführer Guérard gefallen lassen mußte, hat sich die Sozialdemokratie trotz mancher Zwangslage in kritischen Situationen für den Weltfrieden und die Republik in den Zeiten ihrer Koalitionspolitik denn doch nie bieten lassen. Wenn uns derartige Geboten würde (der Schaffen-Einmarsch bleibt unvergessen!), so kündigten wir die Koalition fristlos. Man wird sich aber noch lange daran erinnern, wie Westarp damals seine erste Rede in bezug auf die Außenpolitik und die Verfassung feierlich öffentlich zurücknehmen und sich neu und anders erklären mußte. Man hat freilich inzwischen auch deutlich genug demonstriert bekommen, was dafür das Zentrum den Großagrariern, der Schwerindustrie, den Hausbesitzern und den übrigen besitzenden Klassen auf wirtschaftlichem Gebiet bezahlt hat.

Nur diese Erinnerung kann es auch verständlich machen, daß gestern die Deutschnationalen geschlossen für das Gesetz stimmten, das sie einst für den schärfsten Schlag gegen ihre Auffassung von Staat und Recht erklärten. Heimlich mögen sie gehofft haben, die Linke werde ihnen vielleicht den Gefallen tun, durch schematische Ablehnung auch dieser Regierungsvorlage die Zweidrittelmehrheit zu verhindern. Dieser Gefallen wurde ihnen nicht erwiesen und der sozialdemokratische Sprecher, Gen. Otto Landsberg, unterstrich noch in einer bittigen Rede die vollständige Uebereinstimmung dieses auf sozialdemokratische Initiative entstandenen Gesetzes mit unseren Forderungen, unterließ auch nicht die Aufzählung eines halben Dutzend von maßgebenden deutschnationalen Stimmen gegen das Gesetz, für das sich gleich darauf die Hände derselben Deutschnationalen nun erhoben. Auch das keine Pflichter einer Entscheidung, durch die die Reichsregierung zur Prüfung aufgefordert wird, welche Paragraphen des Gesetzes in Zukunft etwa weggelassen könnten, wurde von Landsberg entwertet, indem er eine solche Prüfung für selbsterstfindlich



Westarp: „Nun hab' ich mein Warenlager neuzeitlich komplettiert, aber merkwürdig — der Laden wird immer leerer!“

gegenüber allen Gesetzen erklärte und unsere Zustimmung auch zu dieser Formel aussprach, mit der die Deutschnationalen eine nicht mehr vorhandene Abgrenzung ihrer Auffassung gegenüber dem Republikchutz markieren wollten.

Mit den Völkischen, die von diesem Umfall der Deutschnationalen in Prinzipienfragen eine letzte Beilebung des Sonderdaseins ihrer rechtsradikalen Splitterparteien erhoffen, stimmten nur die in Rechtsfragen altkonservativen Wesen und — die Kommunisten gegen die Verlängerung des Gesetzes. Landsberg hatte der KPD. vergeblich aus seiner gründlicheren Rechtskenntnis und praktischen Erfahrung nachgewiesen, daß andere Wege zur Abwehr von ungerechten Urteilen gegen links aussichtsreicher seien. Aber nicht ihre Stimmen gaben den Ausschlag, sondern die der Deutschnationalen, die gestern für die Aussicht auf weitersteigende Getreidepreise, Kohlenpreise, Fleischpreise und entsprechende Profite mithalfen, ihrem Kaiser die Rückkehr zu verbieten.

Ein Stück Vergangenheit deutscher Geschichte ist damit abgeschlossen. Der Kampf zwischen Besitz und Arbeit, das haben die Hergt und Westarp gestern — bis auf weiteres — mit ihrer Abstimmung anerkannt, kann nur noch auf dem Boden der Republik ausgetragen werden. Für uns ist das der günstigste Boden und so haben wir allen Grund zur Befriedigung über dieses historische Ereignis. —m.

Die gestrige Reichstagsitzung wurde vom Präsidenten Löbe eröffnet. Dem Reichstag ist der Entwurf des neuen Strafgesetzes zugegangen.

Abg. Dr. Kießer (Sp.) erbat den Bericht des Geschäftsausschusses über eine Reihe von Anträgen zur Genehmigung der Strafverfolgung gegen Abgeordnete. Die Genehmigung soll in allen Fällen verweigert werden, mit Ausnahme eines Antrages des Reichsfinanzministers auf Genehmigung zur Strafverfolgung des völkischen Abg. Henning wegen Steuerhinterziehung. Henning wird beschuldigt, in öffentlichen Versammlungen zur Steuerhinterziehung aufzufordern zu haben. Der Reichstag stimmt dem Antrag des Geschäftsausschusses zu, die Strafverfolgung gegen Henning wird also genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des von den Regierungsparteien vorgelegten und inzwischen veröffentlichten Entwurfs zur Verlängerung des Republikchutzgesetzes um zwei Jahre.

Abg. Dr. Scholz (D. Rp.)

gibt im Namen der Regierungsparteien, also auch der Deutschnationalen, eine Erklärung ab, wonach sie die unveränderte Verlängerung des Republikchutzgesetzes beantragten, weil man von der Regierung geforderten Prüfung darüber, welche Bestimmungen dieses Gesetzes in das allgemeine Strafrecht übernommen werden sollten, nicht vorgreifen wolle. Die Gültigkeit des Gesetzes sei nun vornehmlich

auf bestimmte Zeit begrenzt worden. Wenn auch die tatsächlichen Verhältnisse, die zu dem Erlaß des Gesetzes geführt haben, sich inzwischen wesentlich zum Besseren geändert haben, und wenn auch das deutsche Staatswesen jetzt als innerlich gefestigt angesehen werden könnte, so sei doch ein erfolgloser Wegfall des ganzen Gesetzes aus staatspolitischen Gründen zur Zeit noch nicht möglich. Das Gesetz enthalte eine Reihe von Vorschriften, die dauernde Gültigkeit hätten, und darum in die ordentliche Gesetzgebung überführt werden müßten. Die Prüfung der Frage, welche Einzelvorschriften des Republikchutzgesetzes übernommen werden sollen, sei bei den Vorarbeiten zum neuen Strafgesetzbuch bereits in die Wege geleitet worden. Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für Strafsachen sei bereits auf die ordentlichen Gerichte übergegangen. Dem Grundgedanken des Gesetzes entspreche es, die dem Staatsgerichtshof noch verbliebenen Zuständigkeiten in Verwaltungssachen dem kommenden Reichsverwaltungsgericht zu überweisen. Provisorisch solle diese Aufgabe vom Reichsgericht übernommen werden. Aus diesen Gründen empfehlen die Regierungsparteien die Annahme des von ihnen eingebrachten Gesetzentwurfs.

Abg. Landsberg (Soz.):

Meine Freunde haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß kein Strafgesetz so abschreckend wirken kann, daß ein Anreiz zur Begehung einer strafbaren Handlung nicht mehr auskommt. Die Theorie des psychologischen Zwanges, die in der Jurisprudenz eine Rolle spielt, halten wir nicht für richtig. Das Gesetz zum Schutz der Republik, das mit den Stimmen meiner politischen Freunde zustande gekommen ist, war nicht darauf angelegt, strafbare Handlungen, die den Bestand der Republik erschüttern könnten, unmöglich zu machen, sondern das Gesetz sollte eine Warnung sein für alle, die hinterwäldlerisch den politischen Wohlstand des Reiches verengen und ihn im politischen Kampfe angewendet haben, denen die republikanischen Würdenträger ein jagdbares Wild sein sollten, und für die, die gegen den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes Angriffe gegen den Bestand der Republik unternahmen wollten. Diesen sollte zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Republik auf der Spur und gewillt ist, sich zu wehren. Ich glaube, daß diese Warnungstafel noch nicht entfernt werden kann, obgleich wir mit Bedauern feststellen müssen, daß das Gesetz mit größerer Energie gegen links als gegen rechts angewendet worden ist. (Sehr richtig! links.) Dieses Schicksal teilt das Gesetz leider mit allen Strafbestimmungen, die gegen politische Verbrechen gerichtet und im Strafgesetzbuch angeführt sind. Würde sich darum eine Aufhebung des Republikchutzgesetzes notwendig machen, so müßten die gesamten Bestimmungen des Strafgesetzbuches über politische Straftaten beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Aber diese Konsequenz wird selbst von der kommunistischen Fraktion nicht gezogen. Gegen links ist am häufigsten der § 7 Absatz 4 des Republikchutzgesetzes angewendet worden, der die Geheimbünde mit Strafe bedroht. Der Staatsgerichtshof und später das Reichsgericht haben sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß jeder Funktionär der kommunistischen Partei oder jedes Mitglied dieser Partei einer geheimen unheimlichen Verbindung angehört. Wenn eine Beurteilung eines Kommunisten wegen beschuldeter Schwärze möglich wurde, immer festgestellt, daß dieselbe Straftat gegen den § 7 Absatz 4 des Republikchutzgesetzes vertrieben wurde, dann durch den Versuch des Hochverrats, getragen von dem Willen der Gewerkschaften, habe das Mitglied oder der Funktionär seine Verbindlichkeit zu einer geheimen Verbindung bestritten. Diese Verbindlichkeit

Neue Landtagsbeschlüsse.

Kritik an den Bergämtern, Kredit an die ober-schlesische Eisenindustrie, Erweiterung von Königsberg i. Pr.
Im Preussischen Landtag gab es am Montag noch einmal eine Bergdebatte, bei der die Feststellungen des Untersuchungsausschusses über die Beschwerden gegen die Bergbehörden und ihre Organe zugrunde lagen. Die Bestimmungen des allgemeinen preussischen Berggesetzes von 1906 lagen ausdrücklich, daß unter Tage an Arbeitspunkten mit über 28 Grad Wärme nicht über 6 Stunden gearbeitet werden darf. Im Ausschuh hat sich inzwischen herausgestellt, daß die zur Ueberwachung der gesetzlichen Bestimmungen eingesetzten Berginspektoren die für die Bergarbeiterkraft so außerordentlich wichtigen Paragraphen vielfach gar nicht kennen, und sich unglaublicherweise nicht für befugt halten, die auf die geistliche Arbeitszeit von 6 Stunden hinzuziehenden Anordnungen zu treffen. Es ist auch festgestellt worden, daß man den Bergarbeitern, die sich gegenüber der Untertreibung, an solchen Arbeitspunkten länger als 6 Stunden zu arbeiten, sogar mit Entlassung gedroht hat.
Die Feststellungen des Ausschusses wurden nach längerer Debatte vom Hause einstimmig angenommen. Damit ist über die Tätigkeit der unteren Bergbehördenorgane ein vernünftiges Urteil gefällt. Die Berechtigung der Bergarbeiterkraft ist erweitert. Inwiefern sich die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses und des Landtages für die Bergarbeiter ein Erfolg gewesen.
Vorher wurde ein Gesetzentwurf zur Gewährung eines Kredites von 18 Millionen Mark, an dem sich das Reich in gleicher Höhe beteiligt, für die ober-schlesische Eisenindustrie nach kurzer Begründung durch den Bergwerksminister Abg. Dierckhoff (Soz.) und nach ebenso kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.
Am Schluß der Sitzung wurde noch das Gesetz zur Erweiterung des Stadtkreises Königsberg i. Pr. in zweiter und dritter Lesung angenommen.
Nächste Sitzung Dienstag.

Zentrumsführer von Guérard bei Otto Braun.

Am Montag erfolgte zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, von Guérard, eine Besprechung über die zwischen Preußen und dem Reich bestehenden Streitpunkte.
Die „Germania“ des Zentrums knüpft daran folgende Bemerkungen: „Von dieser sehr dankenswerten Zusammenkunft darf man wohl eine Entspannung erwarten. Schließlich wird am Donnerstag oder Freitag eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, an der auch der preussische Ministerpräsident teilnehmen wird. Ob es hier zu einer endgültigen Bereinigung aller Streitfragen kommt, läßt sich natürlich nicht sagen, wenngleich feststeht, daß alle Beteiligten diesen Wunsch haben.“
Im übrigen hat auch der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums — wie wir noch ergänzend erfahren — in der Besprechung mit Otto Braun keinen Zweifel darüber gelassen, daß seine Fraktion die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen preussischen Regierungskoalition ebenso wünscht, wie die Landtagsfraktion des Zentrums.

Aus dem Reiche.

Der bayerische Landwirtschaftsminister, Prof. Fehr, ist gegenwärtig das Objekt schwerer kompromittierender Angriffe, die außer seiner Person auch seiner Partei, dem Bayerischen Bauernbund, gelten, der im kommenden Wahlkampf zum Bayerischen Landtag der Haupttrivale der Bayerischen Volkspartei in den Landgemeinden ist. Im Kampf gegen Fehr ist zunächst der alte Dr. Heim vorgehoben, der in aller Öffentlichkeit vom Landwirtschaftsminister Aufklärung über den Verbleib gewisser Gelder aus Fonds der Zwangswirtschaft verlangt hat, wobei er den Verdacht aussprach, daß diese nicht unbedeutlichen Summen in die Parteikasse des Bauernbundes geflossen sind. Außerdem beschuldigt er neuerdings den Minister einer absichtlich verschleierte Stabilisierung der vom Reich dem Lande Bayern für landwirtschaftliche Zwecke zugewiesenen Beträge. Diese im einzelnen nachzurechnen Ueberweisungen erreichen die Summe von 1866 626 Mark, während im Etat des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums lediglich 580 820 Mark ausgewiesen sind. Es fehlt also der Nachweis im Etat für mindestens 855 806 Mark. Diese Behauptungen haben in allen politischen Kreisen Bayerns erhebliches Aufsehen hervorgerufen, so daß der Landwirtschaftsminister nicht umhin kann, noch vor Beratung seines Etats der Öffentlichkeit genauen Aufschluß zu geben.
Aus der Preussischen Justizverwaltung. Die Verletzung des Amtsgerichtsrats Menzel in Falkenberg O.S. nach Jobten ist auf seinen Wunsch jurüdgekommen. Verlegt wurde Dr. Sendler in Raumürg nach Jobten.

des § 4 des Republikstrafgesetzbuches befreit, wird das ganze Gesetz kassiert, dann bleibt es dem Reichsgericht unbenommen, nach seiner bisherigen Spruchpraxis in solchen Fällen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches anzuwenden.
Dieser Praxis des Staatsgerichtshofes und des Reichsgerichts bin ich stets in Wort und Schrift entgegengetreten, aber abgesehen läßt sich diese Praxis nicht durch Befreiung des Republikstrafgesetzbuches, sondern nur durch eine Veränderung des § 86 des Strafgesetzbuches. Die Kommission hat diesen Antrag abgelehnt, aber das würde ja nichts nützen, denn der Hochverratsparagraf würde doch bestehen bleiben. Wir haben einen anderen Weg eingeschlagen. Wir haben schon längst einen Antrag eingebracht, der dem Rechtsausschuh überwiesen wurde, monach der § 86 zu ändern sei. Der Begriff des „Hochverrats“, unter dem ich bisher jeder denken konnte, was er wollte, soll genau festgelegt werden durch einen ganz bestimmten strafbaren Tatbestand. Bei der Beratung des Ausschusses hat der Deutschnationale Abg. Geringling zu unserem Antrag Stellung genommen und behauptet, es sei damit mit dem geltenden Sachverstand alles zusammengetragen worden, was der Vorbereitung zum Hochverrat dienen könne. Ich mache Herrn Geringling darauf aufmerksam, daß unter Antrag genau dem Wortlaut entspricht, den der § 87 des neuen Strafgesetzbuches erhalten soll. Man kann den Wortlaut des Strafgesetzbuches wohl kaum den Wortlaut machen, daß die Novembermänner seien. (Heiterkeit.)
Die Deutschnationalen haben einmündig die Republik als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet. Jetzt haben sie sich den Entschluß abgerungen, der Republik ihren Schutz auf weitere zwei Jahre zu gewährleisten. Man könnte aus dieser Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, die Republik zu schützen, die Folgerung ziehen, daß die Republik ein Schutzes nicht mehr bedürfe. Aber wenn die Deutschnationalen Staatsminister der Republik immer noch für so gefährdet halten, daß sie einen Schutz nicht entziehen dürfen, so werden wir ihnen darin schon folgen müssen. Das Mitleid mit den Deutschnationalen hält uns davon ab, ihnen den Schmerz zu bereiten, daß durch unsere Abweisung die Verlängerung des Republikstrafgesetzbuches nicht möglich werde. (Lebhafte Heiterkeit.)
Durch welche Gründe hindert die Deutschnationalen zu einer Veränderung ihrer Haltung voran? Eigentlich hätte die Erklärung der Regierungsparteien durch Graf Westarp vorsehen müssen. (Heiterkeit.) Dann hätte er uns die Gründe für diesen Umkehrung sagen müssen. Bei der Beratung des Republikstrafgesetzbuches im Jahre 1922 hatte der zweite Redner der Deutschnationalen Fraktion der Abgeordnete Graf Thüringen den Paragraphen 1, der diejenigen Mitglieder einer Vereinigung mit Strafe bedroht, die Mitglieder republikanischer Regierungen durch Mord zu beseitigen unternehmen, „das Feigenblatt für die Knebelung der Opposition“ genannt. Im Schluß seiner Rede führte er aus, man wolle aus Anlaß des Mordes an Rathenau die Gelegenheit wahrnehmen, um die Opposition mundtot zu machen mit allen Mitteln, die der Mehrheit zur Verfügung ständen. Dieses Gesetz sei ein „Ingeborgknebel der Regierung und ihrer Mehrheit.“ (Erneute Heiterkeit.) Welche Empfindungen mögen die Deutschnationalen heute haben, wo sie unter dem Antrag zur Verlängerung dieses Gesetzes ihre Unterschrift setzen. Der dritte Redner der Deutschnationalen war damals der Abg. Bagille, von dem der verstorbenen Zentrumsführer Fehrenbach gesagt hat, seine Worte seien mit Gift gefüllt gewesen. Am Schluß hatte Herr Bagille erklärt: Mögen Sie auch fernherhin das freie Wort und das freie Herz in seinen Schlagern, wir bleiben, was wir sind, Vorkämpfer des deutschen Volkes aus seiner inneren und äußeren Knechenschaft. (Stürmische Heiterkeit.) Im Laufe der Zeit hat sich die Deutschnationale Opposition gegen dieses Gesetz nicht etwa abgeschwächt. Am 12. Mai 1923 hat Graf Westarp erklärt: wir verlangen, daß mit dieser Ausnahmegesetzgebung endlich ein Ende gemacht wird. (Lebhafte Heiterkeit.) Am 27. Februar 1924 hat ein anderer Deutschnationaler Redner erklärt, er habe dieses Gesetz vor wenigen Tagen durchgelesen und es müde direkt vor sich aufzutun, was darin stehe. Dieser Redner war der jetzige Reichsjustizminister (Stürmische Heiterkeit.) Ich kann nur annehmen, daß er jetzt das Republikstrafgesetzbuch nicht wieder durchgelesen hat, sonst hätte er nicht sein Einverständnis mit dem Initiativantrag der Regierungsparteien geben können. (Erneute Heiterkeit.) Am 11. Mai 1926 hat sich der 13. Ausschuh des Reichstages mit einem Antrag der Nationalsozialisten auf Beilegung des Republikstrafgesetzbuches befaßt. Dieser Antrag wurde von dem Deutschnationalen Abg. Frensting-Voringshoven unterstützt mit der Begründung, das Gesetz sei ein Ausnahmegesetz, für dessen Aufrechterhaltung keine Notwendigkeit mehr bestehe. Besonders durch den § 5 werde das Denunziantenwesen in die Mitte der Familienkreise hineingetragen. Das Gesetz stehe im schroffen Widerspruch zum heutigen allgemeinen Rechtsbewußtsein, deshalb müsse es fallen. Deshalb sind wohl auch heute die Deutschnationalen für die Beseitigung dieses Gesetzes. (Stürmische Heiterkeit.) In ihrer Presse haben sich die Deutschnationalen auf Konzeptionen berufen, die sie erhalten hätten, um unterschreiben zu können. Diese beiden Konzeptionen hätten Ihnen meine Freunde ohne jedes Zugeständnis von Ihrer Seite auch gemacht. (Heiterkeit.) Wir haben ja schon früher den Antrag gestellt, den Staatsgerichtshof zu beilegen. Und die Entschliehung, monach die Regierung prüfen soll, welche Vorschriften des Republikstrafgesetzbuches beibehalten oder

aufzugeben werden sollen. Können auch wir annehmen, denn es ist wohl selbstverständlich, daß die Regierung a l l e Gesetze daraufhin prüfen muß. Eine solche ständige Prüfung ist besonders beim Strafrecht notwendig.
Wir haben allerdings nicht für möglich gehalten, daß die Deutschnationalen dem Kaiserparagrafen zustimmen würden. Gerade diejenige Paragrafen haben sie früher als Ausbund aller Schamlosigkeit und Schlichtigkeit bezeichnet. Die Herren erklären das Land mit dem Mufe: Wiederherstellung der Monarchie. Das scheint ihnen die dringlichste politische Aufgabe der Gegenwart zu sein und gleichzeitig beschließen sie ein Gesetz, das, wenn der Monarch ihrer freundlichen Einladung folgt, ihm die Thone vor der Nase zuschlägt. Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ geschrieben, wenngleich diese Bestimmung nicht zur praktischen Anwendung komme, so sei sie doch eine Ausnahmevorschrift, und die Deutschnationalen hielten an dem Ziel der schnellen Beilegung auch dieses Ausnahmegesetzes fest. Der Weg, den Sie (zu den Deutschnationalen) eingeschlagen haben, um dieses Ziel zu erreichen, nämlich das Gesetz auf zwei Jahre zu verlängern, erinnert an jenen polnischen Soldaten, der mit der rechten Hand um den Kopf greift, um das linke Ohr zu fassen. (Heiterkeit.) Der frühere deutsche Kaiser in Doorn wird Betrachtungen anstellen über die tiefe Bedeutung des französischen Sprichwortes: „Man wird immer nur von den Seinen verraten!“ (Heiterkeit.)
Die Koalitionsparteien brauchen nur einen einstimmigen Beschluß zu fassen, um dann den Deutschnationalen alles zuzumuten, was ihnen appetitlich wird. Vielleicht fassen sie einmal den Beschluß, der Mitgliedern des Kabinetts Seitenprüngel auf das Gebiet der Außenpolitik unterlagert. (Lebh. Heiterkeit.) Meine politischen Freunde sind sich vollkommen klar darüber, daß es nichts gibt, was die Deutschnationalen veranlassen könnte, aus dieser Koalition freiwillig herauszugehen. Selbst zum Dollmetsch in den Räuden des Monarchen, um ihren Ausdruck zu gebrauchen, holen die Herren aus, wenn sie dadurch, um wieder in ihrem Jargon zu sprechen, an der Futterrippe bleiben können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur der Niedergang der vaterländischen Verbände gibt ihnen den Mut, auch diesen Antrag zu unterschreiben.
Es wird des schärfsten Kampfes des deutschen Volkes bedürfen, um diese Regierung zu beilegen. Was für die Kommunistische Partei die Aufhebung des Vertrages zwischen der Sowjet-Regierung und der Reichswehr über die Lieferung von Munition gewesen ist, das wird für die Deutschnationalen die Unterzeichnung des Antrages auf Verlängerung des Republikstrafgesetzbuches bedeuten. Sie haben uns einen Dienst geleistet, für den wir Ihnen unseren aufrichtigsten Dank aussprechen. Sie werden bei der dritten Lesung einen großen Sieg erringen, denn wir werden für Ihren Antrag stimmen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Abg. Grenzberg (Soz.) beantragt die Aufhebung des § 7 des Republikstrafgesetzbuches und des § 86 des Strafgesetzbuches, die sich gegen Geheimbünde richten. Das Republikstrafgesetzbuch sei ein Ausnahmegesetz schlimmster Art.
Abg. Dr. Haas (Dem.) meint, daß man das Republikstrafgesetzbuch von jetzt ab „Ingeborgknebel“ nennen könne. Am 22. November 1920 habe Graf Westarp in einer Reichstagsrede seine unverbrüchliche Treue zum ehemaligen Kaiser beteuert. Damit sei es unvereinbar, wenn die Verlängerung des Einreiseverbots für Wilhelm II. jetzt von Graf Westarp selbst beantragt werde. Für die Abschaffung der Deutschnationalen von der Monarchie sei der Wille bestimmend, an der Macht zu bleiben. Mit dem Eid der Deutschnationalen Minister sei es unvereinbar, wenn der Deutschnationale Dr. Geringling im Lande erklärt, trotz dieses Eides und trotz der anerkannten Regierungsrichtlinien würden die Deutschnationalen Monarchisten bleiben wie vorher. Dieses Doppelspiel müsse aufhören. (Beifall links.)
Abg. Mölzer (Wirtsch.) erklärt, daß die Wirtschaftspartei Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung ist und auch das Republikstrafgesetzbuch nicht mehr für notwendig hält. Nachdem jedoch die Regierungsparteien, bei denen die Deutschnationalen maßgebend beteiligt sind, die Verlängerung selbst beantragt haben, sehen sie keine Veranlassung, päpstlicher als der Papst zu sein. (Große Heiterkeit.) Die Wirtschaftspartei stimme deshalb der Vorlage zu.
Abg. Alpers (Wp.) lehnt im Namen der Deutschnationalen die Verlängerung des Republikstrafgesetzbuches ab.
Abg. Kube (Wölk.) wendet sich gegen das Gesetz. Wenn dieses Gesetz jetzt verlängert wird, mit den Stimmen der Parteien, die von den vaterländischen Verbänden gewählt worden sind, dann werde sich die Folge bei den nächsten Wahlen zeigen.
Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Nach Ablesung der kommunistischen Änderungsanträge wird die Vorlage in erster und zweiter Beratung gegen die Kommunisten, Wölkischen und Deutschnationalen angenommen, mit der gleichen Mehrheit auch die Entschliehung.
Es werden dann die am Sonnabend von der zweiten Lesung des Jugendschutzgesetzes zurückgestellten Bestimmungen nachgeholt. Sie ergeben die Ablesung aller Änderungsanträge und die Annahme der Vorlage in der Ausschuhfassung.
Dann vertagt sich das Haus auf Dienstag. Auf der Tagesordnung stehen die dritte Lesung des Republikstrafgesetzbuches und des Jugendschutzgesetzes

Die Ausgestoßenen.

Von Marie Permann.
Ein hohes Strohbach bedeckte es, auf dessen Firtz allerlei Pflanzen wuchsen und dessen Abhänge von grünem und gelbem Rasen bedeckt waren. Man hätte es eine Hütte nennen können, wenn es nicht ein oberes Strohwerk gehabt hätte. Barn hing das Dach mit breitem Schirme weit herab und bildete, von mehreren Balken gestützt, eine Veranda, die es angenehm beschattete, und unmittelbar an diese Veranda schloß sich ein kleiner Garten mit allen Bäumen und gut bearbeiteten Beeten, in denen allerlei Kürbispflanzen sprossen. Wie alt und arm auch das Material des Strauchs war, so machte es doch einen warmen und gemütlichen Eindruck. Es war in allen Teilen sehr reichlich bebaut, und der Garten davor war mit vieler Pflanze und sorgfältig gepflegt. Man konnte alles bequem übersehen, da der Firtz ab an der einen Seite des niedrigen Gartenzaunes in einiger Höhe dahinführte, sobald man von einer gewissen Stelle durch die hintere Tür nach in das Innere zu blicken vermochte. Etwas müde, wie ich von der Wanderung war, blickte ich so lieblich hinein, um diese Lust zu genießen, auch wenn ich zu betrachten, als aus dem ärmlichen Hause ein kleines Konzert zweier Violinen ertönte, von denen die erste mit großer Meisterschaft gespielt wurde. Um das Bild zu vollenden, lag hinter der Veranda eine hübsche Frau von ungefähr dreißig Jahren, welche im Gegenlicht zu der hoch leuchtenden Umgebung sinnlich lächelte, von Zeit zu Zeit, wenn sie zu laut wurden, offenbar mit Rücksicht auf die Dunkelheit zu beruhigen suchte.
Was hatte ich mit diesem Reize eines Sonntagmorgens am Hofes angefangen, als ein solches Konzert und ein solches Bild vor mich schwebte? Und letzte ich meinen kleinen Keisejad auf den Boden und setzte mich auf eine schattige Stelle des Gartenzaunes und sah und hörte.
Das Konzert ging zu Ende, und gleich darauf erschien ein kleiner Junge mit einer Violine in der Hand und mit hochgehobenen Wangen einer der Veranda, um sich von seiner Mutter für seine Leistungen belohnen zu lassen. Die Frau freute sich über seine rühmlichen Auftritte und erzeigte ihm wie mir aus dem fernen Boden auf das herzlichste und herzlichste. Inzwischen erfuhr ich aus dem Mund der Frau, der ebenfalls eine Violine in der Hand hatte und in diese hochtrabende mit einzustimmen schien. Der Knabe war ganz glücklich, setzte die Violine wieder an und

forderte den Vater dringend auf, ein Gleiches zu tun. Die Mutter stimmte mit ein, und die beiden Musiker begannen nunmehr unter der Veranda das Konzert aufs neue. Die Kinder, die sich im Garten herumgetrieben hatten, flüchteten sich jetzt ruhig vor die beiden Spielenden hin, legten die Hände auf den Rücken und hörten aufmerksam zu. Es war eine hübsche Gruppe und eine schöne Szene: ein zierlicher Adrian Oktave. Die Landschaft rings herum war von schönem Sonnenschein durchstrahlt; eine milde Frühlingssonne tauchte die Welt in feinstes Gold; die Gruppe der musizierenden und hörenden Familie fand mir auf im Schatten; nur der blonde Kopf der Mutter, die an einer der Säulen saß, wurde von einem Sonnenstrahl erregt und war wie von einem Nimbus umgeben. Nichts war zu hören, als hier und da in den Pausen des Gesanges und der Klang der beiden Violinen. Ich glaubte, mitten in eine halbe Dämmerung, an die Grenze einer glühenden Dämmerung zu sein; selten hätte mir ein Bild, eine Gruppe so schön und so schön, wie diese, wieder ins Gedächtnis fallen können.
Hysterisch, die Besitzer und Vertreter dieses Glückes genauer zu sehen, übertrag ich mich an eine andere Stelle, die mir eine nähere Einsicht in die Veranda gestattet, und suchte von da aus, nachdem ich mich noch einmal an dem schönen, erfrischenden und bedeutenden Gesichte der Frau erregt hatte, das Gesicht des glücklichen Hausvaters auf, das ich, da er ganz im Hintergrund der Veranda saß, bis jetzt nicht hatte sehen können. Wie groß war mein Erstaunen, als ich meinen Freund Karl Möbius erkannte. Es war kein Zweifel, daß er hier zu Hause und in der Mitte seiner Familie war, denn er hatte einen alten Hausrock an, trug den Hals ganz bloß und an den Füßen eine Art von Sandalen, kurz, sah ganz so aus wie einer, der es sich am Sonntagnachmittag zu Hause im Kreise der Seinen so bequem und begünstigt als möglich macht.
Die erste Antwort, die in mir aufstrebte, war, ihn grüßend anzugreifen, oder ich begann mich selbst, daß ihm damit, nach allen gemachten Erfahrungen, nicht gelang sein würde, und ich beschloß, mich, wenn ich ihn in keinem familiären und einige Zeit belauscht haben würde, solle davonabschrecken. Ich hielt mich also für ruhig als möglich und hörte und sah mit großer Aufmerksamkeit zu.
Ich gefehle, daß mich in diesem Augenblicke das Gesicht der hübschen Frau, die mir gerade gegenüber saß, am meisten interessiert. Je länger ich sie betrachtete, desto grüßer erschien mir ihre, wenn auch verblühte, wenn auch durch Sorgen und Kummer offenbar tranig verklärte Schönheit — und plötzlich tauchte der Gedanke in mir auf, ob ich mein Freund Möbius nicht vielleicht aus Eifersucht so sehr von der Welt abschneiden? Warum nicht?

Madame Möbius war in der Tat so schön, daß ein ängstliches Hülsen eines solchen Schatzes bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt erschien. Außerdem hatte ich längst die Erfahrung gemacht, daß die deutschen Gelehrten mit zu den eiferfüchtigsten Arbeitern der Welt gehören. Wie man immer geneigt ist, die Eiferlichkeit zu verspotten, sie, die schrecklichste Qual des Menschen, nicht ernst zu nehmen und mit ihr zu spielen, so hatte ich auch in demselben Augenblicke den Gedanken, mich durch ein Geräusch bemerkbar zu machen und meinen Freund Möbius auf diese Weise zu zwingen, mich zum Eintritt in sein Haus einzuladen und seiner hübschen Frau vorzustellen. Doch gab ich diesen Gedanken rasch wieder auf. Wie leicht konnte ich meinem Freunde Unrecht tun, wie leicht ihn durch tölpeliche Bemerkungen in ernsthafte Verlegenheit bringen. Das tief ernste und ausdrucksvolle Gesicht seiner Frau sagte mir, was mein eigenes schon gesagt hatte, daß hinter ihrer Höflichkeit ernsthafte Motive verbergen liegen müssen, die ich nicht sollte. Ich wußte noch einen Blick auf das Gesicht dieser Frau, um mir zu sagen, daß selbst dieses Launen, so weit ich mir es erlaubt hatte, vielleicht schon unrechtfertigt sei, und ich erhob mich, um meine Wanderung fortzusetzen.
Aber ich hatte meinen Keisejad an der Stelle, wo ich zuerst gelandet hatte, liegen lassen, und ich mußte, um ihn zu holen, dahin zurückgehen. Ich kam zu spät. Der zwei kleinen Kindern hatte das Konzert zu lange gedauert. Sie liefen, während ich dort lauschte, wieder durch den Garten, hatten meine Keisejtasche jenseits des Zaunes entdeckt und sie eben herübergeholt, als ich an diese Stelle zurückkehrte. Die Kinder merkten wohl, daß die Tasche mir gehörte, hatten aber, ich weiß nie sie waren, trotz aller Aufmunterung, die ich ihnen zukommen ließ, nicht den Mut, zu mir zurückzukehren. Der Umstand, daß ich nicht laut sprechen wollte, daß ich ihnen nur zuzuhörte und mich durch Zeichen verständlich zu machen suchte, machte sie noch ängstlicher, und sie taten, was Kinder in solchem Falle zu tun pflegen — sie kehrten mir den Rücken und liefen so schnell wie Füchslein, ihren Eltern zu. Die Tasche ließen sie auf halbem Wege stehen und liegen. Um sie zu holen, hätte ich über den Zaun steigen und so weit in den Garten hineingehen müssen, daß mich Möbius jedenfalls zu Gesicht bekommen hätte. Da ich das vermeiden, aber auch die Tasche, in der ich manaserei hatte, was mir von Wichtigkeit war, nicht fahren lassen wollte, wußte ich nicht, was zu beginnen — überlegte — ärgerte — bis mit einem Male Möbius, von den Kindern geführt, herankam und an ein Entrinnen nicht mehr zu denken war.
(Fortsetzung folgt.)

Jetzt Strafrechtsreform?

Von Dr. Ernst Castele - Breslau.

Die folgenden aktuellen Ausführungen ergänzen die kürzlich hier wiedergegebenen Darlegungen des Genossen Prof. Kadetzky gegen eine Verschärfung der "Strafrechtsreform" des Bürgerblatts, die diesen Namen nicht verdienen würde. Red.

Die Arbeiterschaft schädigt sich selbst für unabsehbare Zeit an ihrer Justiz, wenn sie aus Groll über Widerstände und verbissener Grundjahstigkeit sagt: So lange wir noch Klassenjustiz haben, lehnen wir jede Mitarbeit an der Strafrechtsreform des Strafgesetzbuchs von 1925 ab.

Mit diesen Worten polemisiert in der "Deutschen Republik" einer der modernsten und sozialsten Strafrechtler, Professor Wegner in Breslau, gegen die sozialdemokratischen Juristen, die Bedenken haben, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Strafrechtsreform entscheidend bis zur Gefühlsgebungsstat zu fordern.

Hugo Preuß hat, als die große Verwaltungsreform in Preußen in den Ausschüssen des Landtages versackte, und als die Regierung im Landtag eine so von ihr genannte kleine Verwaltungsreform durchzubringen versuchte, erklärt, man solle besser gar keine als eine schlechte machen. Gleide man an der Verwaltung nur herum, so verlege man einer künftigen großen Verwaltungsreform den Weg. Dann werde, wenn die große Verwaltungsreform weiter gefördert werde, auf Jahrzehnte hinaus erklärt werden, daß man die Verwaltung nicht immerfort reformieren könne; man müsse jetzt einmal die Auswirkungen des bisher Getanen abwarten, man müsse den Dingen ruhig ihren Lauf lassen.

Wenn die sozialdemokratischen Juristen der Strafrechtsreform im Augenblick skeptisch gegenüberstehen, so tun dies aus denselben Erwägungen. Sie tun es, weil die Strafrechtsreform, die im Reichstag auf der Grundlage des Entwurfs von 1925 durchgeführt werden soll, in entscheidenden Punkten keine Verbesserung des gegenwärtigen Rechtsstandpunktes bringt, und weil Gefahr besteht, daß man mit dieser halben Reform den Weg verschiebt. Dies ist, nachdem der Reichsrat den Regierungsentwurf noch verschlechtert hat, wie die "Volkswacht" schon berichtet hat, sogar der Standpunkt von Stadbruch, der bisher der Reformmöglichkeit noch sehr optimistisch gegenüberstand.

Der Entwurf von 1925 behält die Todesstrafe bei. Der Reichsrat hat sich dem Standpunkt des Entwurfs mit großer Mehrheit angeschlossen. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag ist an eine Abschaffung der Todesstrafe nicht zu denken. Eine wirkliche Strafrechtsreform ohne Abschaffung der Todesstrafe ist undenkbar. Es sei daran erinnert, daß die Bayern es mit ihrem sozialen Gemissen vereinbaren können, 19jährige Kinder hinrichten zu lassen. Kommt das neue Strafgesetzbuch auf der Grundlage des Entwurfs von 1925 zustande, so werden die Bayern nicht gehindert sein, in Zukunft ebenso human zu handeln, wie in den letzten vergangenen Jahren.

Der Entwurf von 1925 bringt in der Bestrafung der Sittlichkeitsdelikte zum Teil Rückschritte gegen den bisherigen Zustand. Die Bestrafung des Ehebruchs ist beibehalten worden, die Strafandrohung von einem Höchstmaß von 6 Monaten Gefängnis auf 1 Jahr Gefängnis heraufgesetzt worden. Jeder Praktiker weiß, daß die Tatsache der Möglichkeit der Ehebruchstrafe lediglich Erleichterungen für Erpresser und Erpresserinnen schafft. Soweit vom Strafansetzungsrecht wegen Ehebruchs von jornigen Ehegatten Gebrauch gemacht wird, führt das Verfahren im Regelfall zu einer Bestrafung mit 50 Reichsmark Geldstrafe. Daß eine hohe Bewertung der Ehe darin liegt, kann man nicht gerade behaupten. Zur Überfülligkeit tritt also die Lächerlichkeit.

Der Gesetzesentwurf behält die Bestrafung homosexueller Betätigung bei. Hierüber ist bereits so viel geschrieben worden, daß eine weitere Erörterung an dieser Stelle unnötig ist. Es braucht nicht im einzelnen auseinandergesetzt zu werden, daß die Tatsache des Bestehens dieses Strafparagrafen auch nur Erpressern Vorteile bietet.

Wie schlimmster ist aber noch, daß die Formulierung des Tatbestandes bei politischen und halbpolitischen Delikten zur Klassenjustiz geradezu anreizt. Die Bestrafung der Gewerkschaften bei großen Streiks wird künftig, wenn der Entwurf von 1925 auch in dieser Beziehung Gesetz wird, aufs leichteste mit Hilfe der im Entwurf enthaltenen Vorschriften über gemeinschaftliches Verhalten unterbunden werden können.

Die bisherige Praxis des Reichsgerichts in Hochverrats- und Landesverratsachen wird, wenn der Entwurf verwirklicht wird, durch das Gesetz geradezu sanktioniert.

Entscheidend ist aber folgende Erwägung: Die ganze moderne Strafrechtsschule steht auf dem Standpunkt, daß das neue Strafgesetzbuch dem freien Ermessen des Richters möglichst weiten Spielraum lassen muß. Nicht die Tat soll bestraft werden, sondern der Täter. Es kommt nicht darauf an, daß ein bestimmter Tatbestand unter einem Gesetzesparagrafen subsummiert wird, es kommt darauf an, daß unsoziales Verhalten unmöglich gemacht wird. Tausendfältig, wie die Individuen sind, müssen die Strafen sein, auf die der Richter erkennt. Daher muß dem Richter jeder Spielraum gelassen werden, Maximal- und Minimalstrafen müssen möglichst ausgeschaltet werden.

Die Ermöglichung, den Richter freizustellen, ist gut und richtig. Aber ob man dem heutigen Richter diese Freiheit geben kann, vom Standpunkte des Politikers geben darf, das ist die Frage. Es heißt nicht, eine Jahrhundertaufgabe mit einer Aufgabe der Tagespolitik verwechseln, sondern es heißt, die wichtigsten Interessen der Arbeiterschaft im Klassenkampfe wahrnehmen, wenn man sagt, daß dem heutigen Richter diese Freiheit nicht gegeben werden darf.

Nach dem Entwurf hat der Richter nicht nur die Möglichkeit, eventuell zwischen Todesstrafe und 3 Monaten Gefängnis zu wählen, er hat auch die Möglichkeit, nach Ablauf der Strafe einen Menschen lebenslanglich in Sicherungsverwahrung zu nehmen. Die Gefahr des politischen Mißbrauchs derartiger richterlicher Freiheit, die Gefahr, daß

diese Freiheit zur Willkür wird, ist so groß, daß die Tagesaufgabe der Bekämpfung der Klassenjustiz wichtiger erscheinen muß als die kulturelle Jahrhundertaufgabe der Strafrechtsreform.

Die Emmingerische Strafprozeß- und Gerichtsverfassungs-Gesetzgebung hat die alle Strafprozeß- und Gerichtsverfassungs-Gesetzgebung in entscheidenden Punkten nicht verbessert, sondern verschlechtert. Der Angeklagte ist nicht dem Ankläger gleichwertige Partei im Prozeß, er ist nicht Herr des Prozesses, sondern er ist Objekt des Strafverfahrens. Die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens ist bei der heutigen gesetzlichen Regelung in der Praxis fast ausgeschlossen. Wie sehr der Laienrichter, der einen Ausgleich zum Berufsrichter darzustellen soll, dem Berufsrichter unterlegen ist, hat der Marschner-Prozeß erwiesen.

Das freie richterliche Ermessen kann nicht in einem Zeitpunkt zugestanden werden, in dem nicht die rechtlichen Garantien gegeben sind, die dem Angeklagten eine wirkliche Durchführung des Tatbestandes, auch soweit sie seiner Entlastung dient, garantiert; vor einer umfassenden Reform der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungs-Gesetzes ist eine Reform des Strafgesetzbuchs nicht denkbar.

Wenn daher die Arbeiterschaft im heutigen Stadium der Dinge nicht freudigen Herzens sich an der Mitarbeit für eine Strafrechtsreform beteiligt, so tut sie dies nicht aus Groll über Widerstände und aus verbissener Grundjahstigkeit, sie tut es, weil ihre politischen Lebensinteressen es erfordern.

Die Weltwirtschaftskonferenz gegen agrarischen Hochzuzoll.

Genf, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Landwirtschaftskommission der Wirtschaftskonferenz hat am Montag Abend auch ihre dritte und längste Entscheidung über allgemeine Fragen angenommen. Die Kommission verlangt die vollständige Beseitigung aller Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen und eine Herabsetzung der Zölle auf ein Minimum.

Die russische Delegation verwarf, durch kleinere Zulageanträge eine vollständige Gleichstellung der Löhne und Sozialversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, wie für jene der Industrie zu erreichen. Georg Schmidt hat diese Forderung bereits vor einigen Tagen aufgestellt. Ihr ist jetzt in der angenommenen Entscheidung Rechnung getragen worden.

Der französische Präsident in London.

London, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Mit allem traditionellen Pomp ist der Präsident der französischen Republik bei seinem Staatsbesuch in England am Montag empfangen worden. Der Prinz von Wales war dem Präsidenten und Außenminister Briand nach Dover entgegengeeilt. Auf dem Victoria-Bahnhof in London empfing der britische König den französischen Präsidenten und Außenminister.

Paris, den 17. Mai. (Eig. Funkbericht.)

Die Pariser Presse äußert sich sehr lobend über den glänzenden Empfang, den der Präsident der Republik, Doumergue, in London gefunden hat. Man müsse bis zum Besuch Poincarés in London nach dem Waffenstillstand 1919 zurückgehen, um eine derartige, auch äußerliche Betonung der englischen Sympathien für Frankreich zu finden. Der dem Außenminister nahestehende "Petit Parisien" stellt darin einen Beweis für die von allen englischen Parteien unterschiedslos geteilte Überzeugung, daß die englisch-französische Freundschaft der Grundpfeiler des Friedens sei. Es würde deshalb Briand und Chamberlain nicht schwerfallen, die englische und französische Politik in ihrer Aussprache über die großen internationalen Fragen in Einklang zu bringen. Auf gewissen Gebieten hätten sich die beiden Regierungen in den letzten Wochen bereits genähert. Die englische China-Politik habe eine Entwidlung in dem von Frankreich von Anfang an verlangten gemäßigten Sinne erfahren. Frankreich habe demgegenüber

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Einem Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes in Düsseldorf entglitt beim Herunterstoßen der Kohlen die Schaufel, die in den Kohlenunker fiel. Bei dem Versuch, die Schaufel wiederzuerlangen, stürzte der Arbeiter in den Brunnen, wo er von nachstürzenden Kohlen verschüttet wurde und erstickte.

Ein Flughafen abgebrannt.

Die Flughäfen in Bad Nauhausen, einschließlich vier Flugzeugen und einem Automobil, wurden am Montag das Opfer eines Feuers. Als zwei Monteure aus einem Flugzeug Benzin entnehmen wollten, explodierte der Benzinhälter, so daß die Halle in wenigen Augenblicken bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Streikende Schüler.

In der Mannheimer Ingenieurschule, einem Privatunternehmen, traten die Schüler wegen unzureichender Räume und Laboratorien und allgemeiner Unzufriedenheit mit der Anstaltsleitung in den Streik.

Echtraggödie.

Am Sonnabend nachmittag hat sich in Crauden eine furchtbare Echtraggödie abgespielt. Infolge ebendieser Zufälligkeiten hat der Malermeister Miller seine ganze Familie, bestehend aus der 88jährigen Ehefrau, einer zwölfjährigen Tochter und einem zehnjährigen Sohn, ermordet. Der Mörder erschoss sich dann selbst.

Die Suche nach dem vermissten Djeanfingergang.

Zu einer Nachricht, daß ein deutscher Dampfer in der Nordsee die Trümmer eines Flugzeuges aufgefunden habe, das anscheinend französischen Ursprungs sei, wird vom Konstrukteur des Flugzeuges Mungesser erklärt, daß es sich unmöglich um diesen Apparat handeln könne, weil dieser lediglich die Initialen Mungesser, aber keine Nummer getragen habe. Dagegen liegt eine Meldung aus Newpork vor, der Gouverneur von St. Pierre habe dem Vertreter in Newpork gedroht, daß ein Einwohner an der äußersten Nordwestspitze der Placencia-Bucht am Sonntag ein Flugzeug gehört habe. Diese Auskunft läßt eine Landung in Neufundland nicht ausgeschlossen erscheinen.

den Kampf gegen den Kommunismus wie England energisch aufgenommen. Für die Politik Deutschlands gegen den Krieg sei der von uns bereits erwähnte, (Red.) Artikel der offiziellen "Times" bezeichnend, die vor einigen Tagen eine "ernste Warnung" an die Adresse der deutschen Nationalisten veröffentlicht und mit Bedauern festgestellt haben, daß am Streikermann sich noch zu viele Männer befinden, die weder die politischen Pläne noch die Methoden der Stahlhelmlente abliehen. Es würde unter diesen Umständen Briand nicht sehr schwer fallen, Chamberlain zu überzeugen, daß es "inopportun" sei, der demgegenüber neue Konzeptionen zu machen. In letzter Linie würde die Frage des italienisch-lugoslawischen Konflikts aufgeworfen werden. Man frage sich in London ebenso wie in Paris an den amtlichen Stellen, ob man in dieser Frage eine mit Vucarno zu vereinbarende Politik getrieben habe. Es sei aber, dem Blatt zufolge, noch zu früh, um zu sehen, zu welchem Resultate diese letzten Verhandlungen führen werden.

Die Durchsuchung der Sowjet-Handelsvertretung hatte die Zustimmung des Londoner Kabinetts!

London, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Durchsuchung des Sowjetgebäudes in London ist am Montag eingestellt worden. Auf eine Anfrage Hendersons im Unterhaus gab der Innenminister zu, daß das gesuchte Staatsdokument nicht gefunden worden sei. Die Polizei habe jedoch Dokumente an sich genommen, die mit dem gesuchten Schriftstück im Zusammenhang stehen mügen; sie würden zurzeit geprüft. Der Innenminister gab ferner seiner Überzeugung Ausdruck, daß das fragliche Dokument sich entweder noch im Arcosgebäude befinde oder sich ebenfalls dort befinden habe. Die Erlaubnis der Polizei zur Durchsuchung des Gebäudes sei nach vorheriger Beratung mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister sowie mit ausdrücklicher Zustimmung der beiden Minister eingeholt worden.

Das englische Scharmachergesetz wird durchgepeitscht.

London, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß der Regierung, die sogenannte "Guillotine" anzuwenden, das heißt schon im Voraus eine genaue Zeittafel für die weitere parlamentarische Behandlung des Gewerkschaftsgesetzes festzusetzen und so das Gesetz mit größter Beschleunigung durchzusetzen, hat am Montag nachmittag zu einem dramatischen Vorgang im Unterhause geführt. Ministerpräsident Baldwin hatte den Antrag auf Einführung der Zeittafel eingebracht, worauf Clynas als Stellvertreter Macdonalds gegen eine soich "unwürdige Behandlung der Opposition und einen derartigen Mißbrauch der parlamentarischen Mehrheit" protestierte. Nachdem Clynas darauf hingewiesen hatte, daß die Rollen im Unterhause bald zugunsten der Arbeiterpartei vertauscht sein würden, bielte jedoch ihre Macht vorübergehend und anständiger annehmen würde, verließ die gesamte Fraktion der Arbeiterpartei unter Führung von Clynas demonstriativ den Sitzungssaal. Die "Guillotine" Baldwin wurde hierauf in Abwesenheit der Opposition vom Unterhause mit 259 gegen 13 Stimmen angenommen, worauf sich das Haus vertagte.

Aufdeckung einer rechtsradikalen Bombenwerkstätte in Polen. Die Warschauer Polizei nahm gestern im Vereinslokal der "Nationalen Wache", einer nationaldemokratischen Kampforganisation, die in engem Einvernehmen mit dem faschistischen "Lager des großen Polen" arbeitet, eine Durchsuchung nach Handfeuerwaffen, Munition Handgranaten usw. vor. Sieben Personen wurden festgenommen, darunter auch ein Hauptmann. Es wurden nicht nur Revolver und Tränengaspatronen vorgefunden, sondern auch das Bestehen eines für Bombenerzeugnisse eingerichteten heimischen Laboratoriums festgestellt. Unter den Briefschaften, die teilweise auch politischen Inhalt hatten, fand sich auch ein Schreiben des nationalistischen Generals Josef Haller.

Serculaneum wird ausgegraben.

Gestern hat der König von Italien den ersten symbolischen Fieb mit der Hade in die Lavasicht getan, die das einst vom Feuer verschüttete Heraklanen in verborgen hält, womit die neue Ausgrabungsarbeiten eine feierliche Einweihung erfahren hat. Gleichzeitig legte das Kattern der amerikanischen Motoren ein, die die Preluft für Triebkammer liefern, während aus Deutschland stammende Kleinbahnwagen das Schuttmaterial fortzuschaffen. Auch die härteste Lava weicht vor dem Schlege des modernen Stahls. Es ist bereits der Grundriß einer großen Palästra gefunden worden, ferner Innenträume eines Hauses mit herrlichen Fresken.

Die Antenne als Regenmacher.

In dem unweit von Sotolow gelegenen polnischen Dorfe Molozow legte sich der dort wohnende Volksschullehrer S. unläufig einen Radioapparat an. Die Bauern der Umgebung behaupten nun, daß der andauernde Regen nur auf die Antenne des Lehrers zurückzuführen sei und daß sein Radioapparat den Regen anziehe, was eine Mißernte zur Folge haben würde. Die Empörung der Bauern steigerte sich so weit, daß am Sonntag nach der Kirche eine große Anzahl von ihnen mit Wagnereischel und Forken bewaffnet die Wohnung des Lehrers stürmte, die Antenne zerriß, den Apparat zerstückelte und den Lehrer derartig schwer mißhandelte, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Es sei noch hinzugefügt, daß in vielen Orten Polens die Bauern der Überzeugung sind, daß Radio-Antennen den Regen anziehen. Die Erregung über Radio ist in manchen Gegenden besonders heftig. So mußten z. B. verheißene Gutsbesitzer in der Gegend von Kallisch ihre Antennen entfernen, da sie ihrer Lebens nicht mehr sicher waren.

Die Erforschung der vulkanischen Insel im Kaspijischen Meer.

Die nicht weit von Batu im Kaspijischen Meer infolge unter dem Wasserpiegel gefeherer vulkanischer Vorgänge plötzlich aufgetauchte kleine Insel erregt in wissenschaftlichen Kreisen großes Interesse und soll eingehend erforscht werden. Die Insel, die etwa 1/2 Hektar umfaßt, ragt nur wenige Fuß aus dem Wasser hervor. In wissenschaftlichen Zeitschriften wird daran erinnert, daß an dieser Stelle vor 75 Jahren die kleine Insel Kumon versank.

MAGGI'S

Fleischbrühwürfel



geben —
in kochendem Wasser
aufgelöst — vorzügliche
Fleischbrühe, sie ersparen
das Auskochen von teurem
Suppenfleisch.

Das § 4 des Republikshulgesetzes befristet, wird das ganze Gesetz zersplittert, dann heißt es dem Reichspräsident unbenommen nach seiner bisherigen Sprachpraxis in solchen Fällen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches anzuwenden.

Dieser Praxis des Staatsgerichtshofes und des Reichsgerichts bin ich stets in Wort und Schrift entgegengetreten, aber abhelfen läßt sich diese Praxis nicht durch Verlegung des Republikshulgesetzes, sondern nur durch eine Veränderung des § 86 des Strafgesetzbuches. Die Kommunisten beantragen, den ganzen § 86 zu streichen, aber das würde ja nichts nützen, denn der Hochverratsparagraf würde doch bestehen bleiben. Wir haben einen anderen Weg eingeschlagen. Wir haben schon längst einen Antrag eingebracht, der dem Reichspräsident überwiegen wurde, wonach der § 86 zu ändern sei. Der Begriff des „Hochverrats“, unter dem sich bisher jeder denken konnte, was er wollte, soll genau festgelegt werden durch einen ganz bestimmten strafbaren Tatbestand. Bei der Beratung des Justizgesetzes hat der deutschnationalen Abg. Eberling zu unserem Antrag Stellung genommen und behauptet, es sei darin mit allem Vorwissen der Sachkenntnis alles zusammengetragen worden, was der Vorbereitung zum Hochverrat dienen könne. Ich mache Herrn Eberling darauf aufmerksam, daß unser Antrag genau dem Wortlaut entspricht, den der § 87 des neuen Strafgesetzbuches erhalten soll. Man kann den Verfasser des Strafgesetzbuches wohl kaum den Vorwurf machen, daß sie Novembermänner seien. (Weiterkeit.)

Die Deutschnationalen haben einstmals die Republik als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet. Jetzt haben sie sich den Entschluß abgerufen, der Republik ihren Schutz auf weitere Jahre zu gewährleisten. Man könnte aus dieser Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, die Republik zu schützen, die Folgerung ziehen, daß die Republik eines Schutzes nicht mehr bedürftig sei. Aber wenn die deutschnationalen Reichspräsidenten die Republik immer noch für so gefährlich halten, daß sie einen Schutz nicht entraten dürfen, so werden wir ihnen darin schon folgen müssen. Das Mitleid mit den Deutschnationalen hält uns davon ab, ihnen den Schmerz zu bereiten, daß durch unsere Ablehnung die Verlängerung des Republikshulgesetzes nicht möglich werde. (Lebhafte Weiterkeit.) Durch welche Gründe sind denn die Deutschnationalen zu einer Wendung ihrer Haltung veranlaßt worden? Eigentlich hätte die Erklärung der Regierungsparteien doch Graf Westarp vorlesen müssen. (Weiterkeit.) Dann hätte er uns die Gründe für diesen Umschwung sagen müssen. Bei der Beratung des Republikshulgesetzes im Jahre 1922 hatte der zweite Redner der deutschnationalen Fraktion der Abgeordnete Graf Thüringen den Paragraphen 1, der diejenigen Mitglieder einer Vereinigung mit Strafe bedroht, die Mitglieder republikanischer Regierungen durch Mord zu beseitigen unternehmen, das Feigenblatt für die Knebelung der Opposition genannt. Am Schluß seiner Rede führte er aus, man wolle aus Anlaß des Mordes an Rathenau die Gelegenheit wahrnehmen, um die Opposition mundtot zu machen mit allen Mitteln, die der Mehrheit zur Verfügung standen. Dieses Gesetz sei ein Angriff auf die Regierung und ihrer Mehrheit. (Erneute Weiterkeit.) Welche Umgebungen mögen die Deutschnationalen heute haben, wo sie unter den Antrag zur Verlängerung dieses Gesetzes ihre Unterstützung setzen. Der dritte Redner der Deutschnationalen war damals der Abg. Bagille, von dem der verstorbene Zentrumsführer Lehendach gesagt hat, seine Worte seien mit Gift gesättigt gewesen. Am Schluß hatte Herr Bagille erklärt: Mögen Sie auch fernerhin das freie Wort und das freie Herz in Hessen schlagen, wir bleiben, was wir sind, Wortkämpfer des deutschen Volkes aus seiner inneren und äußeren Notwendigkeit. (Stürmische Weiterkeit.) Im Laufe der Zeit hat sich die deutschnationalen Opposition gegen dieses Gesetz nicht etwa abgeschwächt. Am 12. Mai 1923 hat Graf Westarp erklärt: wir verlangen, daß mit dieser Ausnahmegesetzgebung endlich ein Ende gemacht wird. (Lebhafte Weiterkeit.) Am 27. Februar 1924 hat ein anderer deutschnationaler Redner erklärt: Ich habe dieses Gesetz vor wenigen Tagen durchgelesen und es mude direkt vor mir in Futillität an, was darin steht. Dieser Redner war der jetzige Reichsjustizminister (Stürmische Weiterkeit.) Ich kann nur annehmen, daß er jetzt das Republikshulgesetz nicht wieder durchgelesen hat, sonst hätte er nicht sein Einverständnis mit dem Initiativantrag der Regierungsparteien geben können. (Erneute Weiterkeit.) Am 11. Mai 1925 hat sich der 13. Ausschuss des Reichstages mit einem Antrag der Nationalsozialisten auf Beilegung des Republikshulgesetzes befaßt. Dieser Antrag wurde von dem deutschnationalen Abg. Jrentag-Loringhoven unterstützt mit der Begründung, das Gesetz sei ein Ausnahmegesetz, für dessen Aufrechterhaltung keine Notwendigkeit mehr bestehe. Besonders durch den § 5 werde das Denunziantenwesen in die Mitte der Familienkreise hineingetragen. Das Gesetz stehe im schroffen Widerspruch zum heutigen allgemeinen Rechtsbewußtsein, deshalb müsse es fallen. Deshalb sind wohl auch heute die Deutschnationalen für die Verlängerung dieses Gesetzes. (Stürmische Weiterkeit.) In ihrer Presse haben sich die Deutschnationalen auf Konzessionen berufen, die sie erhalten hätten, um unterschreiben zu können. Diese beiden Konzessionen hätten Ihnen meine Freunde ohne jedes Zugeständnis von Ihrer Seite auch gemacht. (Weiterkeit.) Wir haben ja schon früher den Antrag gestellt, den Staatsgerichtshof zu befristigen. Und die Entscheidung, wonach die Regierung prüfen soll, welche Vorschriften des Republikshulgesetzes beibehalten ober

aufgehoben werden sollen, können auch wir annehmen, denn es ist wohl selbstverständlich, daß die Regierung alle Befehle daraufhin prüft, ob sie mit dem Reichspräsidenten im Einklang stehen. Eine solche ständige Prüfung ist besonders beim Strafrecht notwendig.

Wir haben allerdings nicht für möglich gehalten, daß die Deutschnationalen dem Reichspräsident zustimmen würden. Gerade diesen Paragrafen haben sie früher als Ausbund aller Schandthaten und Schandthaten bezeichnet. Die Herren erfüllen das Land mit dem Ruf: Wiederherstellung der Monarchie. Das heißt: ihnen die dringlichste politische Aufgabe der Gegenwart zu sein und gleichzeitig beschließen sie ein Gesetz, das, wenn der Monarch seiner freundlichen Einladung folgt, ihm die Thür vor der Nase zuschlägt. Graf Westarp hat in der „Arcuzzeitung“ geschrieben, wünschenswert wäre die Entscheidung nicht zur praktischen Anwendung komme, so sei sie doch eine Ausnahmevorschrift, und die Deutschnationalen hätten an dem Ziel der schließlichen Befestigung auch dieses Ausnahmegesetzes fest. Der Weg, den Sie (zu den Deutschnationalen) eingeschlagen haben, um dieses Ziel zu erreichen, nämlich das Gesetz auf zwei Jahre zu verlängern, erinnert an jenen polnischen Soldaten, der mit der rechten Hand um den Kopf greift, um das linke Ohr zu fassen. (Weiterkeit.) Der frühere deutsche Kaiser in Doorn wird Betrachtungen anstellen über die tiefe Bedeutung des französischen Sprichwortes: „Man wird immer nur von den Seinen verraten.“ (Weiterkeit.)

Die Koalitionsparteien brauchen nur einen einstimmigen Beschluß zu fassen, um dann den Deutschnationalen alles zumuten, was ihnen apportioniert wird. Bisherig lassen sie einmal den Beschluß der Mitglieder des Kabinetts Seiten sprünge auf das Gebiet der Außenpolitik unterlagern. (Lebhafte Weiterkeit.) Meine politischen Freunde sind sich vollkommen klar darüber, daß es nichts gibt, was die Deutschnationalen veranlassen könnte, aus dieser Koalition freiwillig herauszugehen. Selbst aus dem Dalkisch in den Rücken des Monarchen, um ihren Ausdruck zu gebrauchen, holen die Herren aus, wenn sie dadurch, um wieder in ihrem Jargon zu sprechen, an der Futterkrippe bleiben können. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Nur der Niedergang der vaterländischen Verbände gibt ihnen den Mut, auch diesen Antrag zu unterstützen.

Es wird des schärfsten Kampfes des deutschen Volkes bedürfen, um diese Regierung zu beistimmen. Das für die kommunistische Partei die Aufhebung des Vertrages zwischen der Sowjet-Regierung und der Reichswehr über die Lieferung von Munition gewesen ist, das wird für die Deutschnationalen die Unterzeichnung des Antrages auf Verlängerung des Republikshulgesetzes bedeuten. Sie haben uns einen Dienst geleistet, für den wir Ihnen unsere aufrichtigsten Dank aussprechen. Sie werden bei der dritten Lesung einen großen Sieg erringen, denn wir werden für Ihren Antrag stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Abg. Greding (Komm.) beantragt die Aufhebung des § 7 des Republikshulgesetzes und des § 86 des Strafgesetzbuches, die sich gegen Geheimbündel richten. Das Republikshulgesetz sei ein Ausnahmegesetz schlimmster Art. Abg. Dr. Haas (Dem.) meint, daß man das Republikshulgesetz von jetzt ab „lex Westarp“ nennen könne. Am 22. November 1924 habe Graf Westarp in einer Reichstagsrede seine unverrückliche Treue zum ehemaligen Kaiser beteuert. Damit sei es unvereinbar, wenn die Verlängerung des Einreiseverbots für Wilhelm II. jetzt von Graf Westarp selbst beantragt werde. Für die Abkehr der Deutschnationalen von der Monarchie sei der Wille bestimmend, an der Macht zu bleiben. Mit dem Eid der deutschnationalen Minister sei es unvereinbar, wenn der deutschnationalen Dr. Eberling im Lande erklärt, trotz dieses Eides und trotz der anerkannten Regierungsrichtlinien würden die Deutschnationalen Monarchisten bleiben wie vorher. Dieses Doppelspiel müsse aufhören. (Beifall links.)

Abg. Mollath (Wirtschp.) erklärt, daß die Wirtschaftspartei Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung ist und auch das Republikshulgesetz nicht mehr für notwendig hält. Nachdem jedoch die Regierungsparteien, bei denen die Deutschnationalen maßgebend beteiligt sind, die Verlängerung selbst beantragt haben, sehen sie keine Veranlassung, päpstlicher als der Papst zu sein. (Große Weiterkeit.) Die Wirtschaftspartei stimme deshalb der Vorlage zu.

Abg. Alpers (Wp.) lehnt im Namen der Deutschhannoveraner die Verlängerung des Republikshulgesetzes ab. Abg. Kube (Wolk.) wendet sich gegen das Gesetz. Wenn dieses Gesetz jetzt verlängert wird, mit den Stimmen der Parteien, die von den vaterländischen Verbänden gewährt worden sind, dann werde sich die Folge bei den nächsten Wahlen zeigen.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Nach Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge wird die Vorlage in erster und zweiter Beratung gegen die Kommunisten, Sozialisten und Deutschhannoveraner angenommen, mit der gleichen Mehrheit auch die Entscheidung.

Es werden dann die am Sonnabend von der zweiten Lesung des Jugendhulgesetzes zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt. Sie ergeben die Ablehnung aller Änderungsanträge und die Annahme der Vorlage in der Ausschlußberatung.

Dann vertagt sich das Haus auf Dienstag. Auf der Tagesordnung stehen die dritte Lesung des Republikshulgesetzes und des Jugendhulgesetzes.

Neue Landtagsbeschlüsse.

Kritik an den Bergämtern, Kredit an die obersteinsten Eifenindustrie, Erweiterung von Königsberg i. Pr.

Im Preussischen Landtag gab es am Montag noch einmal eine Bergdebatte, bei der die Feststellungen des Untersuchungsausschusses über die Bergwerke gegen die Bergbehörden und ihre Organe zugrunde lagen. Die Beschlüsse des allgemeinen preussischen Berggesetzes von 1905 lagen ausdrücklich, daß unter Tage an Betriebspunkten mit über 28 Grad Wärme nicht über 6 Stunden gearbeitet werden darf. Im Ausschuss hat sich inzwischen herausgestellt, daß die zur Ueberwachung der gesetzlichen Bestimmungen eingesetzten Bergverwalter die für die Bergarbeiterhaft so außerordentlich wichtigen Paragraphen vielfach gar nicht kennen, und sich ungläubigerweise nicht für befugt halten, die auf die gesetzliche Arbeitszeit von 6 Stunden hinzielenden Anordnungen zu treffen. Es ist auch festgestellt worden, daß man den Bergarbeitern, die sich gegenüber der Untertreibung, an solchen Betriebspunkten länger als 6 Stunden zu arbeiten, sogar mit Entlassung gedroht hat. Die Feststellungen des Ausschusses wurden nach längerer Debatte vom Hause einstimmig angenommen. Damit ist über die Tätigkeit der unteren Bergbehördenorgane ein vernichtendes Urteil gefällt. Die Berechtigung der Bergarbeiterhaft ist erwiesen. Insofern sind die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses und des Landtages für die Bergarbeiter ein Erfolg gewesen.

Vorher wurde ein Gesetzentwurf zur Gewährung eines Kredites von 18 Millionen Mark, an dem sich das Reich in gleicher Höhe beteiligt, für die obersteinsten Eifenindustrie nach kurzer Begründung durch den Reichsminister Abg. Osteroth (Soz.) und nach ebenso kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Am Schluß der Sitzung wurde noch das Gesetz zur Erweiterung des Stadtkreises Königsberg i. Pr. in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nächste Sitzung Dienstag.

Zentrumsführer von Guérard bei Otto Braun.

Am Montag erfolgte zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, von Guérard, eine Besprechung über die zwischen Preußen und dem Reich bestehenden Streitpunkte.

Die „Germania“ des Zentrums knüpft daran folgende Bemerkungen: „Von dieser sehr dankenswerten Zusammenkunft darf man wohl eine Entspannung erwarten. Schließlich wird am Donnerstag oder Freitag eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, an der auch der preussische Ministerpräsident teilnehmen wird. Ob es hier zu einer endgültigen Vereinbarung aller Streitfragen kommt, läßt sich natürlich nicht sagen, wenngleich feststeht, daß alle Beteiligten diesen Wunsch haben.“

Im übrigen hat auch der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums — wie wir nach ergänzend erfahren — in der Besprechung mit Otto Braun keinen Zweifel darüber gelassen, daß seine Fraktion die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen preussischen Regierungskoalition ebenso wünscht, wie die Landtagsfraktion des Zentrums.

Aus dem Reiche.

Der bayerische Landwirtschaftsminister, Prof. Behr, ist gegenwärtig das Objekt schwerer kompromittierender Angriffe, die außer seiner Person auch seiner Partei, dem Bayerischen Bauernbund, gelten, der im kommenden Wahlkampf zum Bayerischen Landtag der Hauptopfer der bayerischen Volkspartei in den Landgemeinden ist. Im Kampf gegen Behr ist zunächst der alte Dr. Heim vorgeschoben, der in aller Öffentlichkeit vom Landwirtschaftsminister Aufklärung über den Verbleib gewisser Gelder aus Fonds der Zwangswirtschaft verlangt hat, wobei er den Verdacht aussprach, daß diese nicht unbeträchtlichen Summen in die Partei des Bauernbundes geflossen sind. Außerdem beschuldigt er den Minister einer absichtlich verschleierten Etatisierung der vom Reich dem Lande Bayern für landwirtschaftliche Zwecke zugewiesenen Beträge. Diese im einzelnen nachstehenden Ueberweisungen erreichten die Summe von 1.886.626 Mark, während im Etat des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums lediglich 530.820 Mark ausgewiesen sind. Es fehlt also der Nachweis im Etat für mindestens 855.806 Mark. Diese Behauptungen haben in allen politischen Kreisen Bayerns erhebliches Aufsehen hervorgerufen, so daß der Landwirtschaftsminister nicht umhin kann, noch vor Beratung seines Etats der Öffentlichkeit genauen Aufschluß zu geben.

Aus der Preussischen Justizverwaltung. Die Veretzung des Amtsgerichtsrats Menzel in Falkenberg O.S. nach Jochen ist auf seinen Wunsch zurückgenommen. Veretzt wurde Dr. Sandler in Raumburg nach Jochen.

Die Ausgestobenen.

Von Moritz Hartmann.

Ein hohes Strohdach bedeckte es, auf dessen Tisch allerlei Pflanzen wuchsen und dessen Abhänge von grünem und gelbem Moos bedeckt waren. Man hätte es eine Hütte nennen können, wenn es nicht ein altes Strohgebäude geblieben wäre. Voran hing das Dach mit breitem Schirme weit herab und bildete, von mehreren Balken gestützt, eine Veranda, die es angenehm beschattete, und unmittelbar an diese Veranda schloß sich ein kleiner Garten mit alten Bäumen und gut bewässerten Beeten, in denen allerlei Küchenpflanzen sproßten. Wie alt und arm auch das Material des Hauses war, so machte es doch einen warmen und gemütlichen Eindruck. Es war in allen Teilen sehr reinlich gehalten, und der Boden war mit weißer Erde und Sargassum bedeckt. Ich konnte alles bequem übersehen, da der Fußboden an der einen Seite des niedrigen Gartens in einiger Höhe über dem Boden, so von einer gewissen Stelle durch die hintere Tür auch in den Innern zu blicken vermochte. Etwas müde, wie ich von der Wanderung war, blieb ich um so lieber stehen, um diese Idylle ein wenig länger zu betrachten, als aus dem trügerischen Hause ein schwaches Klammern der Violinen erklang, von denen die erste mit großer Beherrschung gehandelt wurde. Um das Bild zu vollenden, sah ich in der Veranda eine junge Frau von ungewöhnlicher Schönheit, welche im Gegenlicht zu der hellen landschaftlichen Umgebung häßliche Tricks trug und zwei häßliche Kinder, die sich im Garten herumtrieben, von Zeit zu Zeit, wenn sie zu laut wurden, offenbar mit Rücksicht auf die Musik zu beruhigen suchte.

Was hatte ich mit diesem Reize eines Sonntagmittags Besseres anzufangen, als ein solches Konzert und ein solches Bild vor mich zu bringen? Und legte ich meinen kleinen Reiselack auf den Boden und ließ mich auf eine schattige Stelle des Gartens setzen und sah und hörte.

Das Konzert ging zu Ende, und gleich darauf erschienen ein kleiner Junge mit einer Violine in der Hand und mit hochgehobenen Wangen unter der Veranda, um sich von seiner Mutter für seine Leistungen loben zu lassen. Die Frau freute sich ihm die roten Wanden auf das herzlichste und erteilte ihm, wie mir aus seinen Gebärden hervorzog, reichliche Lobspende. Nachdem er endlich auch ein Wort in der Lure, der ebenfalls eine Violine in der Hand hatte und in die Lobspende mit eingeklinken schien, der Knabe war ganz glücklich, legte die Violine wieder an und

jorderte den Vater dringend auf, ein Gleiches zu tun. Die Mutter stimmte mit ein, und die beiden Musiker begannen nunmehr unter der Veranda das Konzert aufs neue. Die Kinder, die sich im Garten herumtrieben hatten, stellten sich jetzt ruhig vor die beiden Spielenden hin, legten die Hände auf den Rücken und hörten aufmerksam zu. Es war eine kleine Gruppe und eine schöne Szene: ein veredelter Adrian Ostade. Die Landschaft rings herum war von schönem Sonntagstriebe bedeckt; eine milde Frühlingssonne tauchte die Welt in feinstes Gold; die Gruppe der musizierenden und hörenden Familie fand mir fast im Schatten; nur der blonde Kopf der Mutter, die an einer der Säulen sah, wurde von einem Sonnenstrahl erreicht und war wie von einem Nimbus umgeben. Nichts war zu hören, als hier und da in den Büschen Vogelklang und der Klang der beiden Violinen. Ich glaubte, mitten in eine halbe Idylle, an die Grenze einer glücklichen Welt gelangt zu sein; letzten hätte mir ein Bild, eine Gruppe oder irgendeine Erscheinung so sehr wie die der Idylle gefallen könnte gemacht. Begierig, die Besitzer und Vertreter dieses Glückes genauer zu sehen, übertrug ich mich an eine andere Stelle, die mir eine nähere Einsicht in die Veranda gebot, und suchte von da aus, nachdem ich mich noch einmal an dem schönen, ernten und bedeutenden Gesichte der Frau erstreut hatte, das Gesicht des glücklichen Hausvaters auf, das ich, da er ganz im Hintergrunde der Veranda saß, bis jetzt nicht hatte sehen können. Wie groß war mein Erstaunen, als ich meinen Freund Karl Möbius erkannte. Es war kein Zweifel, daß er hier zu Hause und in der Mitte seiner Familie war, denn er hatte einen alten Hausrock an, trug den Hals ganz hoch und an den Hüften eine Art von Sandalen, kurz, sah ganz so aus wie einer, der es sich am Sonntagmorgen zu Hause im Kreise der Seinen so bequem und behaglich als möglich macht.

Die erste Anrede, die in mir aufstaupte, war, ein grüßend anzurufen, aber ich besann mich rasch, daß ich demselben, nach allen gemachten Erfahrungen, nicht gehorchen sollte, und ich beschloß, mich, wenn ich ihn in meinem Familienleben noch einige Zeit belauscht haben würde, leise davon zurückzuziehen. Ich hielt mich also so ruhig als möglich und hörte und sah mit großer Aufmerksamkeit zu.

Ich gefasse, daß mich in diesem Augenblicke das Gesicht der schönen Frau, die mir gerade gegenüber saß, am meisten interessierte. Je länger ich sie betrachtete, desto größer erschien mir ihre, wenn auch verblühte, wenn auch durch Sorgen und Kummer offenbar traurig verblühte Schönheit — und plötzlich tauchte der Gedanke in mir auf, ob ich mein Freund Möbius nicht vielleicht aus Eifersucht so sehr von der Welt absetze? Warum nicht?

Madame Möbius war in der Tat so schön, daß ein ungünstiges Hüften eines solchen Schahes bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt erschien. Außerdem hatte ich längst die Erfahrung gemacht, daß die deutschen Gelehrten mit zu den eifersüchtigsten Kreaturen der Welt gehören. Wie man immer geneigt ist, die Eifersucht zu verspotten, sie, die schrecklichste Qual des Menschen, nicht ernst zu nehmen und mit ihr zu spielen, so hatte ich auch in demselben Augenblicke den Gedanken, mich durch ein Geräusch bemerkbar zu machen und meinen Freund Möbius auf diese Weise zu zwingen, mich zum Eintritt in sein Haus einzuladen und seiner schönen Frau vorzustellen. Doch gab ich diesen Gedanken rasch wieder auf. Wie leicht konnte ich meinem Freunde Unrecht tun, wie leicht ihn durch frivolos Benehmen in ernsthafte Verlegenheit bringen. Das tief ernste und ausdrucksvolle Gesicht seiner Frau sagte mir, was mir sein eigenes schon gesagt hatte, daß hinter ihrer Abgeschlossenheit ernsthaft Motive verborgen liegen müssen, die ich achten sollte. Ich warf noch einen Blick auf das Gesicht dieser Frau, um mir zu sagen, daß selbst dieses Lauschen, so weit ich mir es erlaubt hatte, vielleicht schon unehrenhaft sei, und ich erhob mich, um meine Wanderung fortzusetzen.

Aber ich hatte meinen Reiselack an der Stelle, wo ich zuerst gelangt hatte, liegen lassen, und ich mußte, um ihn zu holen, dahin zurückkehren. Ich kam zu spät. Den zwei kleinen Klammern hatte das Konzert zu lange gedauert. Sie liefen, während ich dort lauete, wieder durch den Garten, hatten meine Reiselacke jenseits des Jannes entdeckt und sie eben herübergeholt, als ich an diese Stelle zurückkehrte. Die Kinder merkten wohl, daß die Tasche mir gehörte, hatten aber, so wie sie waren, trotz aller Aufmerksamkeit, die ich ihnen zukommen ließ, nicht den Mut, zu mir zurückzukehren. Der Umstand, daß ich nicht laut sprechen wollte, daß ich ihnen nur zustimmte und mich durch Zeichen verständlich zu machen suchte, machte sie noch unglücklicher, und sie taten, was Kinder in solchem Falle zu tun pflegen — sie lehnten mir den Rücken und liefen, so schnell sie konnten, ihren Eltern zu. Die Tasche ließen sie auf halbem Wege fallen und liegen. Um sie zu holen, hätte ich über den Jaun steigen und so weit in den Garten hineingehen müssen, daß mich Möbius jedenfalls zu Gefühle bekommen hätte. Da ich das vermeiden, aber auch die Tasche, in der ich mancherlei hatte, was mir von Wichtigkeit war, nicht fallen lassen wollte, wußte ich nicht, was zu beginnen — überlegte — zogerte — bis mit einem Male Möbius, von den Kindern geführt, heraufkam und an ein Entrinnen nicht mehr zu denken war.

(Fortsetzung folgt.)

Jetzt Strafrechtsreform?

Von Dr. Ernst Czekan-Breslau.

Die folgenden aktuellen Ausführungen ergänzen die kürzlich hier wiedergegebenen Darlegungen des Genossen Prof. Kadbruch gegen eine Verabschiedung der „Strafrechtsreform“ des Bürgerblatts, die diesen Namen nicht verdienen würde. Red.

„Die Arbeiterschaft schädigt sich selbst für unabsehbare an ihrer Zukunft, wenn sie aus Angst über Widerstände und verbissener Grundhaftigkeit sagt: So lange wir noch unfreiwillig haben, lehnen wir jede Mitarbeit an der Strafrechtsreform des Strafgesetzentwurfs von 1925 ab.“

Mit diesen Worten polemisiert in der „Deutschen Republik“ einer der modernsten und sozialsten Strafrechtler, Professor Wegner in Breslau, gegen die sozialdemokratischen Juristen, die Bedenken haben, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Strafrechtsreform entscheidend bis zur Gesetzgebung zu fördern.

Hugo Preuß hat, als die große Verwaltungsreform in Dresden in den Ausschüssen des Landtages verfaßt, und als die Regierung im Landtag eine so von ihr genannte kleine Verwaltungsreform durchzubringen versuchte, erklärt, man solle besser gar keine als eine schlechte machen. Klüde man die Verwaltung nur herum, so verlege man einerseits den großen Verwaltungsreform den Weg. Dann werde die große Verwaltungsreform weiter gefördert werden, auf Jahrzehnte hinaus erklärt werden, daß man die Verwaltung nicht immerfort reformieren könne; man müsse jetzt einmal die Auswirkungen des bisher Getanen abwarten, man müsse den Dingen ruhig ihren Lauf lassen.

Wenn die sozialdemokratischen Juristen der Strafrechtsreform im Augenblick skeptisch gegenüberstehen, so tun dies aus denselben Erwägungen. Sie tun es, weil die Strafrechtsreform, die im Reichstag auf der Grundlage des Entwurfs von 1925 durchzuführen ist, in entscheidenden Punkten keine Verbesserung des gegenwärtigen Rechtsstandpunktes bringt, und weil Gefahr besteht, daß man mit dieser halbherzigen Reform einer künftigen wirklichen Reform den Weg verschließt. Dies ist, nachdem der Reichsrat seine Regierungsentwürfe noch verschlechtert hat, wie die „Volksmacht“ schon berichtet hat, sogar der Standpunkt von Kadbruch, der bisher der Reformmöglichkeit noch sehr optimistisch gegenüberstand.

Der Entwurf von 1925 behält die Todesstrafe bei. Der Reichsrat hat sich dem Standpunkt des Entwurfs mit großer Mehrheit angeschlossen. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag ist an eine Abschaffung der Todesstrafe nicht zu denken. Eine wirkliche Strafrechtsreform ohne Abschaffung der Todesstrafe ist undenkbar. Es sei daran erinnert, daß die Bayern es mit ihrem sozialen Gemissen vereinbaren können, 19-jährige Kinder hinstellen zu lassen. Kommt das neue Strafbuch auf der Grundlage des Entwurfs von 1925 zustande, so werden die Bayern nicht gehindert sein, in Zukunft ebenso human zu handeln, wie in den letzten vergangenen Jahren.

Der Entwurf von 1925 bringt in der Bestrafung der Ehelichkeitsdelikte zum Teil Rückschritte gegen den bisherigen Zustand. Die Bestrafung des Ehebruchs ist beibehalten worden, die Strafandrohung von einem Höchstmaß von 6 Monaten Gefängnis auf 1 Jahr Gefängnis heraufgesetzt worden. Jeder Praktiker weiß, daß die Tatsache der Ehelichkeit der Ehebruchsstrafe lediglich Erleichterungen für Presser und Expreßerinnen schafft. Soweit vom Strafandrohungsrecht wegen Ehebruchs von zornigen Ehegatten Gebrauch gemacht wird, führt das Verfahren im Regelfall zu einer Bestrafung mit 50 Reichsmark Geldstrafe. Daß eine hohe Bewertung der Ehe darin liegt, kann man nicht gerade behaupten. Zur Ueberflüssigkeit tritt also die Härte hinzu.

Der Entwurf behält die Bestrafung homosexueller Betätigung bei. Hierüber ist bereits so viel geschrieben worden, daß eine weitere Erörterung an dieser Stelle unnötig ist. Es braucht nicht im einzelnen auseinandergesetzt zu werden, daß die Tatsache des Bestehens dieses Strafparagrafen auch nur Expreßern Vorteile bietet.

Wiel schlimmer ist aber noch, daß die Formulierung des Tatbestandes bei politischen und halbpolitischen Delikten zur Klassenjustiz geradezu anreizt. Die Betätigung der Gewerkschaften bei großen Streiks wird künftig, wenn der Entwurf von 1925 auch in dieser Beziehung Gesetz wird, aufs leichteste mit Hilfe der im Entwurf enthaltenen Vorschriften über gemeinshaftliches Verhalten unterbunden werden können.

Die bisherige Praxis des Reichsgerichts in Hochverrats- und Landesverratsachen wird, wenn der Entwurf verwirklicht wird, durch das Gesetz geradezu sanktioniert.

Entscheidend ist aber folgende Erwägung: Die ganze moderne Strafrechtsschule steht auf dem Standpunkt, daß das neue Strafbuch dem freien Ermessen des Richters möglichst weiten Spielraum lassen muß. Nicht die Tat soll bestraft werden, sondern der Täter. Es kommt nicht darauf an, daß ein bestimmter Tatbestand unter einem Gesetzesparagrafen subsumiert wird, es kommt darauf an, daß ein solches Verhalten unmöglich gemacht wird. Laufendartig, wie die Individuen sind, müssen die Strafen sein, auf die der Richter erkennt. Daher muß dem Richter jeder Spielraum gelassen werden. Maximal- und Minimalstrafen müssen möglichst ausgeschaltet werden.

Die Erwägung, den Richter freizustellen, ist gut und richtig. Aber ob man dem heutigen Richter diese Freiheit geben kann, vom Standpunkte des Politikers geben darf, das ist die Frage. Es heißt nicht, eine Jahrhundertaufgabe sei mit einer Aufgabe der Tagespolitik verwechseln, sondern es heißt, die wichtigsten Interessen der Arbeiterschaft im Klassenkampf wahrzunehmen, wenn man sagt, daß dem heutigen Richter diese Freiheit nicht gegeben werden darf.

Was dem Entwurf hat der Richter nicht nur die Möglichkeit, eventuell zwischen Todesstrafe und 3 Monaten Gefängnis zu wählen, er hat auch die Möglichkeit, nach Ablauf der Strafe einen Menschen lebenslanglich in Sicherungsverwahrung zu nehmen. Die Gefahr des politischen Mißbrauchs derartiger richterlicher Freiheit, die Gefahr, daß

diese Freiheit zur Willkür wird, ist so groß, daß die Tagesaufgabe der Bekämpfung der Klassenjustiz wichtiger erscheinen muß als die kulturelle Jahrhundertaufgabe der Strafrechtsreform.

Die Emminger'sche Strafprozess- und Gerichtsverfassungs-Gesetzgebung hat die alle Strafprozess- und Gerichtsverfassungs-Gesetzgebung in entscheidenden Punkten nicht verbessert, sondern verschlechtert. Der Angeklagte ist nicht dem Ankläger gleichwertige Partei im Prozess, er ist nicht Herr des Prozesses, sondern er ist Objekt des Strafverfahrens. Die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens ist bei der heutigen gesetzlichen Regelung in der Praxis fast ausgeschlossen. Wie sehr der Laienrichter, der einen Ausgleich zum Berufsrichter darstellen soll, dem Berufsrichter unterlegen ist, hat der Marschner-Prozess erwiesen.

Das freie richterliche Ermessen kann nicht in einem Zeitpunkt zugestanden werden, in dem nicht die rechtlichen Garantien gegeben sind, die dem Angeklagten eine wirkliche Durchführung des Tatbestandes, auch soweit sie seiner Entlastung dient, garantiert; vor einer umfassenden Reform der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungs-Gesetzes ist eine Reform des Strafgesetzbuches nicht denkbar.

Wenn daher die Arbeiterschaft im heutigen Stadium der Dinge nicht freudigen Herzens sich an der Mitarbeit für eine Strafrechtsreform beteiligt, so tut sie dies nicht aus Angst über Widerstände und aus verbissener Grundhaftigkeit, sie tut es, weil ihre politischen Lebensinteressen es erfordern.

Die Weltwirtschaftskonferenz gegen agrarischen Hochzuzoll.

Genf, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Landwirtschaftskommission der Wirtschaftskonferenz hat am Montagabend auch ihre dritte und längste Entscheidung über allgemeine Fragen angenommen. Die Kommission verlangt die vollständige Beseitigung aller Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und eine Herabsetzung der Zölle auf ein Minimum.

Die russische Delegation versuchte, durch kleinere Zusatzanträge eine vollständige Gleichstellung der Löhne und Sozialversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, wie für jene der Industrie zu erreichen. Georg Schmidt hat diese Forderung bereits vor einigen Tagen aufgestellt. Ihr ist jetzt in der angenommenen Entscheidung Rechnung getragen worden.

Der französische Präsident in London.

London, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Mit allem traditionellen Pomp ist der Präsident der französischen Republik bei seinem Staatsbesuch in England am Montag empfangen worden. Der Prinz von Wales war dem Präsidenten und Außenminister Briand nach Dover entgegengefahren. Auf dem Victoria-Bahnhof in London empfing der britische König den französischen Präsidenten und Außenminister.

Paris, den 17. Mai. (Eig. Funkenbericht.)

Die Pariser Presse äußert sich sehr lobend über den glänzenden Empfang, den der Präsident der Republik, Doumergue, in London gefunden hat. Man müsse bis zum Besuch Poincarés in London noch dem Waffenstillstand 1919 zurückgehen, um eine derartige, auch äußerliche Betonung der englischen Sympathien für Frankreich zu finden. Der dem Außenminister nachfolgende „Welt Parisien“ stellt darin einen Beweis für die von allen englischen Parteien unterschriebene, geteilte Ueberzeugung, daß die englisch-französische Freundschaft der Grundpfeiler des Friedens sei. Es würde deshalb Briand und Chamberlain nicht schwer fallen, die englische und französische Politik in ihrer Aussprache über die großen internationalen Fragen in Einklang zu bringen. Auf gewissen Gebieten hätten sich die beiden Regierungen in den letzten Wochen bereits genähert. Die englische China-Politik habe eine Entwicklung in dem von Frankreich von Anfang an verlangten gemäßigten Sinne erfahren. Frankreich habe demgegenüber

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Einem Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes in Düsseldorf entglitt beim Herunterstoßen der Kohlen die Schaufel, die in den Kohlenbunker fiel. Bei dem Versuch, die Schaufel wiederzuerlangen, stürzte der Arbeiter in den Bunker, wo er von nachstürzenden Kohlen verschüttet wurde und erstarrte.

Ein Flughafen abgebrannt.

Die Flughäfen in Bad Deynhausen, einschließlich vier Flugzeugen und einem Automobil, wurden am Montag das Opfer eines Feuers. Als zwei Motoren aus einem Flugzeug Benzin entnehmen wollten, explodierte der Benzinbehälter, so daß die Halle in wenigen Augenblicken bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Streikende Schüler.

In der Mannheimer Ingenieurschule, einem Privatunternehmen, traten die Schüler wegen unzureichender Räume und Laboratorien und allgemeiner Unzufriedenheit mit der Anstaltsleitung in den Streik.

Ehetragödie.

Am Sonnabend nachmittag hat sich in Grauberg eine furchtbare Ehetragödie abgespielt. Infolge ehelicher Zwistigkeiten hat der Malermeister W. I. keine ganze Familie, bestehend aus der 35-jährigen Ehefrau, einer zwölfjährigen Tochter und einem zehnjährigen Sohn, ermordet. Der Mörder erschoss sich dann selbst.

Die Suche nach dem verschollenen Dampfer.

Zu einer Nachricht, daß ein deutscher Dampfer in der Nordsee die Trümmer eines Flugzeuges aufgefunden habe, das anscheinend französischen Ursprungs sei, wird vom Konstrukteur des Flugzeuges Kluge erklärt, daß es sich um ein durch die Inflation umgestaltetes Flugzeug handelt, weil dieser lediglich die Instruktionen Kluge's, aber keine Nummer getragen habe. Dagegen liegt eine Meldung aus New York vor, der Gouverneur von St. Pierre habe dem Havas-Berichter in New York gedroht, daß ein Einwohner an der äußersten Nordwestküste der Alascas am Sonntag ein Flugzeug gehört habe. Diese Auskunft läßt eine Landung in Neufundland nicht ausgeschlossen erscheinen.

den Kampf gegen den Kommunismus wie England energisch aufgenommen. Für die Politik „Ausland gegenüber sei der (von uns bereits erwähnte, Red.) Artikel der „Times“ bezeichnend, die vor einigen Tagen eine erste Warnung an die Adresse der deutschen Nationalisten veröffentlicht und mit Bedauern festgestellt haben, daß um Grafenmann sich noch zu viele Männer befinden, die weder die politischen Pläne noch die Methoden der Stahlhelmwerke absehen. Es würde unter diesen Umständen Briand nicht sehr schwer fallen, Chamberlain zu überzeugen, daß es „inopportun“ sei, der britischen Regierung neue Konzessionen zu machen. In letzter Linie würde die Frage des italienisch-jugoslawischen Konflikts aufgeworfen werden. Man frage sich in London ebenso wie in Paris an den amtlichen Stellen, ob man in dieser Frage eine mit Corarno zu vereinbarenden Politik getrieben habe. Es sei aber, dem Blatt zufolge, noch zu früh, um zu sehen, zu welchem Resultate diese letzten Verhandlungen führen werden.

Die Durchsichtung der Sowjet-Handelsvertretung hatte die Zustimmung des Londoner Kabinetts!

London, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Durchsichtung des Sowjetgebäudes in London ist am Montag eingestellt worden. Auf eine Anfrage Hendersons im Unterhaus gab der Innenminister zu, daß das gesuchte Staatsdokument nicht gefunden worden sei. Die Polizei habe jedoch Dokumente an sich genommen, die mit dem gesuchten Schriftstück im Zusammenhang stehen mögen; sie würden zurzeit geprüft. Der Innenminister gab ferner seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das fragliche Dokument sich entweder noch im Arceogebäude befinde oder sich jedenfalls dort befinden habe. Die Erlaubnis der Polizei zur Durchsichtung des Gebäudes sei nach vorheriger Beratung mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister sowie mit ausdrücklicher Zustimmung der beiden Minister eingeholt worden.

Das englische Scharfmachergezet wird durchgepeitscht.

London, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß der Regierung, die sogenannte „Guillotine“ anzuwenden, das heißt schon im voraus eine genaue Zeittafel für die weitere parlamentarische Behandlung des Gewerkschaftsgezet festzusetzen und so das Gezet mit größter Beschleunigung durchzuführen, hat am Montag nachmittag zu einem dramatischen Vorgang im Unterhause geführt. Ministerpräsident Baldwin hatte den Antrag auf Einführung der Zeittafel eingebracht, worauf Clynnes als Stellvertreter Macdonalds gegen eine soich „unwürdige Behandlung der Opposition und einen derartigen Mißbrauch der parlamentarischen Mehrheit“ protestierte. Nachdem Clynnes darauf hingewiesen hatte, daß die Rollen im Unterhause bald zugunsten der Arbeiterpartei vertauscht sein würden, die jedoch ihre Macht vernünftiger und anständiger anwenden würde, verließ die gesamte Fraktion der Arbeiterpartei unter Führung von Clynnes demonstrierend den Sitzungsraum. Die „Guillotine“ Baldwins wurde hierauf in Abwesenheit der Opposition vom Unterhause mit 250 gegen 13 Stimmen angenommen, worauf sich das Haus verlagte.

Aufdeckung einer reitradikalischen Bombenwerkstätte in Polen. Die Warschauer Polizei nahm gestern im Vereinslokale der „Nationalen Wache“, einer nationaldemokratischen Kampforganisation, die in engem Einvernehmen mit dem faschistischen „Lager des großen Polen“ arbeitet, eine Durchsichtung nach Handfeuerwaffen, Munition, Handgranaten usw. vor. Sieben Personen wurden festgenommen, darunter auch ein Hauptmann. Es wurden nicht nur Revolver und Tränengranaten vorgefunden, sondern auch das Bestehen eines für Bombenerzeugnisse eingerichteten chemischen Laboratoriums festgestellt. Unter den Briefschaften, die teilweise auch politischen Inhalt hatten, fand sich auch ein Schreiben des nationalistischen Generals Josef Haller.

Herculeum wird ausgegraben.

Gestern hat der König von Italien den ersten symbolischen Fried mit der Hade in die Lavastraße getan, die das einst vom Vesuv verschüttete Herkulaneum verborgen hält, womit die neue Ausgrabungsarbeiten ihre feierliche Einweihung erfahren hat. Gleichzeitig setzte das Rattern der amerikanischen Motoren ein, die die Preßluft für Triebhämmer liefern, während aus Deutschland stammende Kleinbahnwagen das Schuttmaterial fortzuschaffen. Auch die härteste Lava weicht vor dem Schlage des modernen Stahls. Es ist bereits der Grundriß einer großen Palästra gefunden worden, ferner Innenräume eines Hauses mit tierischen Fresken.

Die Antenne als Regenmacher.

In dem unweit von Sotolow gelegenen polnischen Dorfe Molocze legte sich der dort wohnende Volksschullehrer S. unlangst einen Radioapparat an. Die Bauern der Umgebung behaupten nun, daß der andauernde Regen nur auf die Antenne des Lehrers zurückzuführen sei und daß sein Radioapparat den Regen anziehe, was eine Wahrheit zur Folge haben würde. Die Empörung der Bauern steigerte sich so weit, daß am Sonntag nach der Kirche eine große Anzahl von ihnen mit Wagherdeichel und Pistolen bewaffnet die Wohnung des Lehrers künzte, die Antenne zerstört, den Apparat zerstört und den Lehrer derartig schmerzlich an der Antenne festhielt, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Es sei noch hinzugefügt, daß in vielen Orten Polens die Bauern der Ueberzeugung sind, daß Radio-Antennen den Regen anziehen. Die Erregung über Radio ist in manchen Gegenden besonders stark. So wurden z. B. verschiedene Güterbesitzer in der Gegend von Kalisch ihre Antennen entfernen, da sie ihres Lebens nicht mehr sicher waren.

Die Erschöpfung der vulkanischen Insel im Kaspiischen Meer.

Die nicht weit von Baku im Kaspiischen Meer infolge unter dem Wasser liegend gebliebener vulkanischer Vorgänge inselhaft aufgetauchte kleine Insel erregt in wissenschaftlichen Kreisen großes Interesse und soll eingehend erforscht werden. Die Insel, die etwa 1/2 Hektar umfaßt, ragt nur wenige Fuß aus dem Wasser hervor. In wissenschaftlichen Zeitschriften wird davon erinnert, daß an dieser Stelle vor 75 Jahren die kleine Insel Kumani verlant.

MAGGI'S
Fleischbrünwürfel

geben — in kochendem Wasser aufgelöst — vorzügliche Fleischbrühe; sie ersparen das Auskochen von teurem Suppenfleisch.

Straßen-Anzeigen

Ein trautes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Der unerbittliche Tod entriß mir nach
langem, schwerem, mit großer Geduld er-
tragenem Leiden meine treue Lebens-
gefährtin, unsere gute Mutter, Schwieger-
mutter, Großmutter, Schwester, Schwä-
gerin und Tante, Frau

Valeska Rupprecht

geb. Schröter

im Alter von 64 Jahren.
Dies zeigen schmerz erfüllt mit der
Bitte um stille Teilnahme an

Breslau, den 16. Mai 1927
Bellstraße 15

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Mai
nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle 2 in Oswitz
aus statt. 4053

Am 14. Mai verschied unsere Genossin
Valeska Rupprecht
geb. Schröter 5427

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Genossinnen und Genossen
des Distrikts 17 der S. P. D.

Beerdigung: Mittwoch, den 18. Mai, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes
(Erlöse). — Trauerhaus: Bellstraße 15.

Deutscher Verkehrs - Bund
Abteilung Straßen- und Kleinbahner.

Am 14. Mai verstarb unser Kollege, der
Straßenbahnfahrer I. R.

Ernst Metz

im Alter von 40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 5422

Die Mitglieder der Geschäftsstelle Breslau.

Am 14. Mai verstarb unser werter Kollege,
der Straßenbahnfahrer I. R. 400

Ernst Metz

im Alter von 40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Beteiligten der Freiwilligen Beerdigungs-
beihilfe des Fahr- u. technischen Personals
der Städtischen Straßenbahn.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, nach-
mittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt.

Am Sonnabend, den 14. Mai, verschied unser
Mitglied, der Straßenbahnfahrer

Ernst Metz

im Alter von 40 Jahren. 5425
Ehre seinem Andenken!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Breslau.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, 18. Mai,
nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt.
Trauerhaus: Weißburger Platz 10. Distrikt 18.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 14. Mai verstarb unser Verbandskollege,
der Vorarbeiter vom W. A. III

August Knobloch

im Alter von 50 Jahren. 5426
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Halle
des Gräbscher-Gemeindefriedhofes, Kürassierstraße.

Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr:

Vortrag

im Saale der
Evangelischen Gemeinde
Grüppstraße 14/16 396

Sprecher: Dr. Georg Kramer

Thema: G. Hauptmanns „Dorothy Angermann“
Eintritt frei. Gäste willkommen.

Neu angekommen!

„Primas“

Sport- u. Kinderwagen
Abwender für Kinder:
Bermann Knoch,
Kaschnitzstraße 2.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Tokes. — Redaktion: Gränzsteinweg 3. — Hauptredaktion: Furtstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Lützowplatz 10, Breslau.



UNTER REICHAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET: DEUTSCHES REICH
HAUPTGESCHÄFTSSTELLE: BERLIN NW 40
Roosstraße 4, Fernruf: Hanna 2747/48, 5240/41

Aufnahme- u. Zahlstellen in Breslau:

- Adalbertstraße 65, ptr.
- R. Hoff
- Aisenstraße 43, I.
- H. Kanzog
- Alte Taschenstraße 24, I.
- H. Schröter
- Bohrner Straße 7
- E. Faulhaber
- Buddestraße 11, III.
- F. Gräber
- Fürstenstraße 10
- H. Staar
- Höfchenstraße 96, II.
- H. Stache
- Klauswitzstraße 14
- W. Neumann
- Kohlenstraße 21
- P. Schmidt
- Kreuzburger Straße 21
- M. Kosubek
- Reichstraße 3 III.
- B. Reichelt
- Sedanstraße 6, ptr.
- O. Mattias
- Vorwerkstraße 79
- E. Nixdorf
- Wolschitz b. Breslau, Nr. 64
- H. Freier
- Bockau: Hauptstraße 13
- M. Krause
- Dyhernfurth: Oderstr. 73
- E. Kretschmer
- Neumark: Liegnitzer Str. 27
- W. Litzba
- Deutsch-Lissa: Marienstr. 8
- Loosstädt
- Rothsürben: Tauerweg 7
- F. Schulze

Rein Kirchenaustritt erforderlich!
Nach einmonatiger Mitgliedschaft unbedingt Rechts-
anspruch auf kostenlose, pietätvolle Bestattung

4058
MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE!



Das Haus der billigen Preise!

Sonderverkauf

In dieser Woche
Leinen- u. Baumwollwaren
Kleider- und Wasch-Stoffe

zu niedrigst kalkulierten
Extra-Preisen!

Durch umfangreiche
Selbstanfertigung

einige 1000 Stück spottbillige
Waschkleider

für
Damen und Mädchen

Gute und sehr billige
Romane und Erzählungen

finden Sie stets in der
Volkswacht-Lektüre Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 3/7

Leihweise elegante
Frad- und Smoking- Anzüge
A. Patalong
Schneidmeister 7470
Bischoffstraße 3.

Druckerei
Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die An-
fertigung sämtlicher
Druck Arbeiten für
Industrie, Handel, Ver-
eine u. Gewerkschaften
in ein- u. mehrfarbiger
Ausführung bei preis-
werter Berechnung u.
schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenaufgaben
(Rotationsdruck)

Anzug-Zutaten
4 bis 12 M., Rittler Dtr. 48
bis 90 M., Weisswand Dtr.
35 M., bis 1.20 M., Hermel-
fütter Dtr. 48 M., bis 1.40 M.,
Gewe 1000 Mtr. 25-70 M.,
Seitgarn 20 Gramm 10 M.,
Weste-Schürzenjeck 100 Paar
2.00 b. 8.00 Mtr. Anzüge Dtr.
3-10 M., Kinnsteife Kiesel
13 M., Fedaalose 15 M.,
Detail und Extras

Bertold Lippert
Seinerstraße 16
Kittliche Oberstraße 17

Entworfene Harten-
Fahrräder
Gummil. Zubehör billig.
Domestiker mit Freilauf u.
85 Mtr. an. 3670
Geier, Freiurger Straße 18
Ede Graupenstraße

Abstellmaße
Züchtige Poliere

für Beton-, Zimmer- und Tiefbauarbeiten
per Teier gesucht. Nur bestens empfohlene,
über gute Sachkenntnis verfügende erste
Arbeiter wollen sich mit Zeugnissen melden bei:
HUTA
7861
Hoch- und Tiefbau-Vereinsgesellschaft,
Breslau I, Junkernstraße 41/43



Dr. Senfner's Brot
Gegen einen frühen Tod
Schützt dich
Dr. Senfner's Brot
Brotbäckerei

Genossen!
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Reihweise elegante
Frad- u. Rod- Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
über Albrechtstraße.

Wohnungen
Zaufgabe
große zweifelh. Stube, ein-
fenstrige Küche mit Gas und
Wasser, freie Aussicht, Nähe
Striepagauer Platz, 15 Wart-
minuten, mietfrei, gegen eben-
sonstige oder etwas größere
Umzug wird verpachtet.
Off. u. A. 17 an die Ge-
schäftsstelle der Volkswacht,
Hauptstr. 4, erbeten. 385

Wohnungstausch
Suche: 2 Zehnt. Zimmer,
Hofstr. Küche, eilf Betselaj.
Biete: 1 Zehnt. Zimmer,
Hofstr. Küche mit Wasser, ein-
großes Kabinett, Ofen, unt.
A. 19 an die Geschäftsstelle bei
Volkswacht, Hauptstr. 4/6 389

Wohnungstausch!
Tausche eine 2 Zehnt. große
Stube und eine 1 Zehnt. Küche,
sonnig und trocken, nebst Keller
und Boden (Friedensmiete
11 Mtr.) gegen eine größere.
Zu erfragen bei Stein
in Cosel, Pilsener Str. 24,
Gasthaus „Zur Hoffnung“,
10 Min. von der Endstation 6.

Verkäufe
Kl. Schrebergarten
m. Laube im Norden an west.
Zu erf. Mittwoch 6 Uhr bei
Michael, Oststr. 29, V.

Kleine Anzeigen
Sind komp. gelesene ein-
spaltige Anzeigen von Ver-
kaufen, Kaufgelegen u. a.
nur von Privat. Wort
3 Pfennige, Zeit 4 Pfennige

Geb. Nähstich, Sofa-
tisch (Mahagoni), Küchen-
schrank und Gasglampe
ist billig zu verkaufen Stolze-
straße 4, II L. 7887

In der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

Kukirol-Streupuder
denn wird es stets gesund und frisch sein und
ruhig schlafen.
Beutel 30 und 50 Pfg. Bleichstreuose 75 Pfg.
Spar-Packung, 1 Pfund Inhalt, nur Mk. 2.50.
Der Kukirol-Streupuder ist ein vorzügliches
Wundpulver für Kinder und Erwachsene. Sie erhalten
ihn in fast allen Apotheken und besseren Drogerien.
Kukirol-Fabrik: Kurt Kripp, Groß-Salz.

Bestimmt vorrätig: Drogerie Carl Bielitzer, Boh-
rauer Straße 47; Gloria-Drogerie, Sternstraße 94; Gneisenau-
Drogerie, Gneisenauplatz 4; St. Georgen-Drogerie, Huber-
straße 82; Linde-Drogerie, Kleinschloßstraße 22; Opi-
Drogerie, Gabitzstraße 57/59; Drogerie zur Post, Post-
straße 9; Reichs-Drogerie, Trebnitzer Straße 46; Drogerie
Oskar Keymann, Neumarkt 18; Drogerie Max Schütze Nachf.,
Klosterstraße 97; Viktoria-Drogerie, Gräbscher Straße 86;
Waldchen-Drogerie, Rosenhaller Straße 16. 7884

Dr. Senfner's Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverköhlung und Lungenleiden.
Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht von anderem Brot.

Gefallen
Ist die Getränkesteuer
Gefallen
sind unsere Preise
Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel geben
wir auch an Privatpersonen ab
Wir unterhalten
5 vornehme Verkaufsstellen
keine Destillen
Vom Faß ein volles Liter

Breslauer Mark 1.85
Weinbrand-Verschnitt Mark 2.50
in Flaschen einschl. Glas
Weinbrand-Verschnitt 2.20
Weinbrand* 3.00
Weinbrand** 3.50
Weinbrand*** 4.00
Weinbrand**** 5.00

aus französischen Weinen und deshalb
dem französischen Cognac ebenbürtig
Meisterwerke
in Likören
per Flasche 2.60 und 3.20

Blat- u. Goldorange Sherry-Brandy,
Allasch, Goldwasser, Caracao,
Stonsdorfer, Abtei, Prunella, Rosen,
Bergamotte u. alle anderen Sorten
Pl. 96% Alkohol p. Liter 4.70
Himbeersaft per Lit. Mk. 1.65
Dampf-Destillierwerk 7757

Herzberg & Co.,
Höfchenstr. 48 Blücherplatz 20
Michaelisstr. 3 Klosterstr. 64
Leuthensstr. 10

Benuetz die Buchkarte
Für 50 Pfl. wöchentlich
kannst Du Dir geliebte Schätze von
unermäßigem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Schlafzimmer
Speise- und Herrenzimmer 7815
bei 30.- bis 50.- RM. monatlich ohne Anzahlung
Best. Anfr. erbet. u. V 300 Schließfach 29. Breslau 5

Ihr Kind ist verwöhnt
Im guten Sinne, wenn es sich energisch wehrt, so
bald es nach liegt. Verwöhnen Sie es noch mehr,
benutzen Sie nur den milde antiseptischen echten

Kukirol-Streupuder
denn wird es stets gesund und frisch sein und
ruhig schlafen.
Beutel 30 und 50 Pfg. Bleichstreuose 75 Pfg.
Spar-Packung, 1 Pfund Inhalt, nur Mk. 2.50.
Der Kukirol-Streupuder ist ein vorzügliches
Wundpulver für Kinder und Erwachsene. Sie erhalten
ihn in fast allen Apotheken und besseren Drogerien.
Kukirol-Fabrik: Kurt Kripp, Groß-Salz.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. Mai.

Frauen!

Erinnert euch täglich an folgendes und macht andere Frauen bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf aufmerksam:
Am 4. Mai 1924, dem Tage der Reichstags- und Stadtverordnetenwahl, betrug in Breslau der Preis für ein Kilo Brot 24 Pfennige.

Heute beträgt er 40 Pfennige!

Die „Ketter“, die damals dem Volke neben allem anderem mit lauten Worten einen Preisabbau versprochen, haben also durch ihre Sozialpolitik jedes Bierpfundbrot um 32 Pfennige verteuert!

Sie haben auch alle anderen Lebensmittel verteuert, aber den Brotpreis allein kann und muß sich jede Frau genau merken, während zwielicht andere Ziffern auf einmal zu leicht vergessen würden.

Merkt euch also die Entwicklung des Brotpreises! Vergesst es nicht! Schneidet euch diese Zeilen aus! Sprecht immer und immer wieder mit anderen Frauen davon! Neue Wahlen rücken heran, bei denen wir den schwarz-weiß-rotten Brotverteuern die nötige Quittung für ihren Volksbetrug geben müssen!

Wo das Elend haust.

Materielles und geistiges Elend sind eng miteinander verschmolzen. Materielles Elend führt zu geistiger Verkümmern, und der geistig Verkümmerte kann überhaupt nicht wieder emporkommen. Ein altbewährter Genosse, der Treppen nicht mehr steigen kann, unternahm in der Werkwoche die Bearbeitung der Karaden an der Vaugasse, wo die Wohnungslosen untergebracht sind. Er wollte dort Lesefür die „Volkswacht“ werben, es war ihm aber nicht möglich, auch nur einen zu gewinnen. In der Steinbarade wohnen 198 Familien. Der dritte Teil davon liest überhaupt keine Zeitung (!), und die guten Leute waren zum Teil höchst aufgebracht, daß ihren zugemutet wurde, „auch noch eine Zeitung zu lesen“. Das zweitgrößte Kontingent, etwa dreihundert, „hatten schon eine Zeitung“, der Leser kann sich denken, welche. Natürlich den „Generalanzeiger“, das Blatt aller Gedanktenarmen. Mut und Terror haben vierzehn Leute veranlaßt, das hiesige Kommunistenblatt zu lesen, und an letzter Stelle stand die „Volkswacht“ mit elf Lesern. In der Holzbarade daselbstelbe Bild. Das Kommunistenblatt hat hier unter 82 Familien sechs, die „Volkswacht“ gar nur zwei Leser.

Im ganzen also befinden sich dort unter 170 Familien, die in der kapitalistischen Weltordnung so schwer benachteiligt sind, nur dreizehn mit dem nötigen Gefühl und Wissen von dem, was dem Volke allein helfen kann. Von den Kommunisten wurde unter aller Genosse in der fleißigsten Weise beschimpft. Einer gab sich über den Vornamen und verbot unserem Genossen das Haus. Ich habe hier niemanden zu agitieren, denn das besorge er selbst. Das Bild, das wir hier wiedergeben, ist nicht neu. Es ist wie im Gefängnis. Die meisten der Inassen geistig arm, bestenfalls Leser des „Generalanzeigers“, und nur ab und zu einer von uns, den das Schicksal dorthin verschlug. Denn der organisierte und geistig rege sozialdemokratische Arbeiter weiß sich von allen noch am ehesten selbst zu helfen und findet auch Hilfe durch gleichgestimmte Freunde. Briden ihn die Verhältnisse aber trotzdem ganz nach unten, dann kommt er doch auch am ehesten wieder hoch. Aber wo sich das Elend mit Indifferenz paart, dort gibt es weder Halt noch Rettung.

Vorlesungen für Kaufleute, Beamte und Angestellte.

Über „Arbeitswesen und Arbeitsrecht“ beginnt am Freitag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr, eine Vortragsreihe im Rahmen der Fachhochkurse für Wirtschaft und Verwaltung. Hervorragende Praktiker und Theoretiker sind als Redner gewonnen. Teilnehmernarten in beschränkter Anzahl sind noch in der Geschäftsstelle der Fachhochschule (Universität, 2. Stock) werktäglich von 11 bis 12 Uhr zu haben.

Wer steht den Arbeitslosen zur Seite, wer hilft ihnen?

Erwerbslose Frauen und Männer! Die beste Hilfe für Erwerbslose ist die Arbeitsbeschaffung, die Wiederhineinbringung des Einzelnen in den Wirtschaftsprozess. Die Sozialdemokratische Partei, die in ihrem Kampfe um Verbesserung der Lage arbeitsloser Volksgenossen an erster Stelle steht, verlangt die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Reich, Länder und Gemeinden. Sie kämpft für die Interessen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Angestellten aller Berufe. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages, die über eine Mehrheit von zwei Dritteln verfügen, sind entweder offen oder heimlich gegen jede Verbesserung der Fürsorge Erwerbsloser. Die Kommunistische Partei — in sich gespalten — denkt mehr an die Förderung der eigenen Parteinteressen als an wirkliche Hilfe für Erwerbslose, Kurz- und Notstandsarbeiter. Deshalb betrachten sollte nach Auflösung des „Erwerbslosenrates“ ein vereinsmäßiges Zusammenhalten der Erwerbslosen durch die SPD und ihrer Hintermänner erfolgen. Neben Zahlung besonderer Beiträge verfuhrte man es dort mit der Zeitung „Der Erwerbslose“. Nachdem davon etliche Nummern erschienen, legte diese Arbeiterzeitung wieder das Zeitliche. In neuester Zeit wurde den Erwerbslosen die Gründung des „Kampfbundes für wirtschaftliche Interessen Erwerbsloser, Notstands- und Kurzarbeiter“ eröffnet, angeblich, um „die Gewerkschaften und Parteien zu unterstützen, angebotenen Maßnahmen zu veranlassen“. Unbeeinträchtigt von finanziellen und politischen Bindungen (?) soll dort der Kampf für die Besserstellung der Erwerbslosen erfolgen. Nach allen Erfahrungen, soweit die Vertretung Erwerbsloser von privater Seite hier in Breslau in Frage kommt, kann nur vor dem Eintritt gewarnt werden. Nicht radikale Phrasen und wüßes Geschimpfe helfen den Erwerbslosen aus der Not, sondern sachlich zu leistende Beratung und Auskunft bei der Durchführung ihrer Ansprüche. Dieses Prinzip hat sich die Erwerbslosen-Kommission der Sozialdemokratischen Partei gestellt. Das Vertrauen und die Erfolge blieben nicht aus. Täglich 30 und mehr Auskünfte mündlicher und schriftlicher Art sind nötig, um bei den Behördenstellen einzugreifen. Schriftliche Gesuche in großer Zahl vervollständigen die Arbeit der Beratungsstelle, die völlig kostenlos von den Erwerbslosen, auch Frauen und Mädchen, in Anspruch genommen werden kann. Sprechstunden sind wochentäglich von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 11 Uhr im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses. Bei von auswärtig gestellten Anfragen muß 10 Pf. Rückporto beigelegt werden. Wie sicher beraten wird, zeigt, daß in 90 von 100 Fällen die Anspruchnahme der Erwerbslosen-Kommission der SPD mit Erfolg für den Arbeitslosen war. Wer Geld und Zeit sparen will, lasse sich nur dort Auskunft über seine Angelegenheit geben.

Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Breslau, kann in folgendem mit Genugtuung die Tatsache feststellen, daß sie auch hier wie in anderen Dingen den Erwerbslosen praktisch hilft und geholfen hat, während Kommunisten, Parteiloze und Deutschnationale ihre Not demagogisch mißbrauchen. Arbeitslose Männer und Frauen! Erinnert euch in späterer Zeit an diese Kamerad-

schaftliche Hilfe und helft den Einsatz der Sozialdemokratischen Partei überaus stärken. Wendet ihre Mitglieder. Wer sich laufend über Arbeitslosenunterstützung, Beschwerderecht und Arbeitsvermittlung unterrichten will — bestelle die „Volkswacht“!

Unethische Versicherungswerbung.

„Geschäft ist Geschäft, ganz gleich wie es zulaufe kommt.“ So denken manche Versicherungsgenossen, die mit unläuterem Mittel ihre Werbearbeit betreiben. Bei keiner Lüge und keinem Betrug schreden sie zurück. Die unmöglichsten Versicherungen werden oft den Leuten gemacht, die früher, also vor und während der Inflationszeit, versichert waren, deren Versicherungen aber seinerzeit verfielen und die jetzt den Abschluß einer neuen Versicherung bei dem betreffenden Unternehmen ablehnen. Die alten Papiermarktversicherungen würden bei solchem gut oder gar voll ausgewertet, wenn man unverzüglich eine neue Versicherung eingelege. Dies und ähnliches wird dem Publikum vorgebetet und — es gibt immer wieder solche, die dem Redefuß dieser Agenten nicht widerstehen können, und ihnen ins Garn gehen. — Den Funktionären der Volksfürsorge, dem eigenen Versicherungsinstitut der deutschen Arbeiterkraft, wird häufig auf ihren Werbegängen von Volksgenossinnen und Volksgenossen, die von gewissenlosen Versicherungsvertretern getäuscht wurden, beantwortet, daß man lediglich deshalb einen neuen Versicherungsvertrag bei dem privaten Versicherungsunternehmen eingegangen sei, um dadurch in den Genuß einer bevorzugten Auswertung der alten Versicherungen zu kommen. Nun hat es aber kein Arbeiter, Angestellter oder Beamter nötig, sich über seine Angehörigen bei privaten Unternehmen zu versichern; denn die in Frage kommenden alten Versicherungen müssen auf Grund und nach den Richtlinien des Gesetzes, also unbestimmert davon, ob neue Versicherungen abgeschlossen werden bzw. bestehen oder nicht, ausgewertet werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Aufwertung alter Versicherungen, Ansprüche kann also in keinem Falle von dem Abschluß neuer Versicherungen abhängig gemacht werden. Wo diese zweifelhafte Werhemethode doch von Agenten geübt werden sollte, muß der betreffende Versicherungsgesellschaft unter Angabe des Namens der Vorfälle gemeldet werden; denn ein reelles Unternehmen duldet eine solche Arbeitsweise seiner Außenorgane nicht.

Im übrigen sei auch bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß sich die werktätige Bevölkerung nur bei ihrer eigenen Gesellschaft versichert; denn die Volksfürsorge ist die Versicherung des Arbeiters, die Versicherung des Angestellten, die Versicherung des Beamten.

Montag, den 23. Mai,

bisucht jede Parteigenossin die

Frauenversammlungen der S.D.P.

Frauen!

Mädchen!

Beachtet die Einladungszettel!

Die Unorganisierten.

Zwei Prozesse vor dem Gewerbegericht. Prozesse, wie sie jeden Tag vor den Sozialgerichten vorkommen, gleichmäßig hintereinander abgewickelt werden und doch stets ein Querschnitt durch die Not und wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeiterlebens. Der erste Kläger, ein junger Transportarbeiter, macht keinen unintelligenten Eindruck und ist offensichtlich von der Berechtigung seines Anspruchs an die Nachlassverwaltung der Firma G. durchdrungen. Er fordert die Differenz zwischen erhaltenem und tariflichem Lohn, stützte sich aber in der beim Gerichtshreiber zu Protokoll gegebenen Klage anscheinend auf einen falschen Tarif und bekommt auferlegt, innerhalb einer Ausschlussfrist seine Forderung zu substantizieren, d. h. genau und begründet anzugeben. Wird er das getan haben, dann ist es immer noch nicht sicher, ob sein Anspruch anerkannt wird, denn auf die Frage des Vorsitzenden: „Sind Sie organisiert?“ antwortet er leise verwundert mit „Nein“ und erfährt anscheinend nicht, daß Tarifverträge nicht vom Himmel fallen, sondern durch Organisationen erkämpft werden müssen.

Der zweite, gleich auf diesen Fall folgende, Kläger, ein Chausseur, verlangt Schadenersatz für entgangenen Erwerbslosenunterstützung, weil der Arbeitgeber ihm in der Entlassungsbescheinigung vermerkte, daß Grund zur fristlosen Entlassung vorgelegen habe. Er macht einen ganz normalen Eindruck, ist aber so unbeholfen wie selten ein Klient des Gewerbegerichts, weiß nicht genau anzugeben, wann er in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung gekommen ist, was er überhaupt jetzt von dem sozial lächelnden Arbeitgeber will. Der Vorsitzende fragt, verdeckt seine Frage, führt sie auf immer primitivere Formen zurück, ohne Antwort zu erhalten. Er macht eine kleine Pause. Alles richtet seine Blicke auf den Kläger, der mit starrem Ausdruck dasteht und kein Wort herausbringt. Schließlich auf die Frage: „Wollen Sie denn nun noch Geld von Herrn G.?“ antwortet er ein müßiges „Nein“ heraus. Publikum, Gericht, der Amtsdienner und der Arbeitgeber sehen sich verblüfft an. Aber er will wirklich nichts und erklärt dann plötzlich, ein wenig munterer geworden, sein Einverständnis mit dem Protokoll, das die Zurückziehung der Klage, zu der das Einverständnis der Gegenpartei erforderlich ist, festlegt. Der Vorsitzende konnte sich nicht enthalten, zu fragen: „Sind Sie organisiert?“, obwohl ihm wohl die Antwort selbst auf den Lippen lag. Der Chausseur war natürlich nicht organisiert. Organisierte Arbeiter wissen, was sie wollen, wissen, was sie zu fordern haben und lassen sich vor den Sozialgerichten von ihrem Verbandssekretär vertreten. Kw.

Ein Vertrag, der wider die guten Sitten verstößt.

Nach dem deutschen bürgerlichen Recht ist ein Vertrag, der wider die guten Sitten verstößt, also zum Beispiel eine Verpflichtung vorzieht, nicht von der verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen, unglültig. Aber die Grenze dieses „wider die guten Sitten verstößen“ ist naturgemäß nicht scharf gezogen, sondern veränderlich je nach Umständen und Aufassung des erkennenden Gerichts. Das Breslauer Gewerbegericht hat vor einigen Tagen einen Vertrag für rechtswirksam erklärt, der für ein Arbeitsmädchen einen Wochenlohn von 7 bzw. 8 Mark einschließlichs pauschaler Abgeltung aller zu leistenden Ueberrstunden vorschah. Das Mädchen hatte sich — mit Recht — geweigert, für diese fürsichtige Bezahlung ungemessen Ueberrstunden zu leisten und war fristlos entlassen worden. Der parasitische Arbeitgeber, dessen Vorbringen, es handle sich eigentlich um einen Lehrvertrag, nicht anerkannt wurde, mußte daher den ortsüblichen, das heißt den tariflichen Lohn, nachzahlen.

Gegen Infektionskrankheiten.

Folgendes Mittel kann jeder Minderbemittelte bei sich haben. Eine Loth Kochsalz wird nach dem Infektionsmittel (auch Wangen und Nase) in angefeuchtetem Zustande kräftig auf die betroffene gerieben oder die Stichstelle wird, falls Mangel an anderer Feuchtigkeit besteht, mit Speichel angefeuchtet und das trockene Salz darauf gerieben. Sofort werden die brennenden Schmerzen verschwinden.

Die Roten Frontkämpfer liefern den Deutschenationalen Material.

Im Landtage ist den Abgeordneten Conradt und Genossen (Dnall.) vom preußischen Minister des Innern auf eine Kleine Anfrage über die ruhestörenden Umzüge des Roten Frontkämpferbundes in Breslau folgende Antwort erteilt worden: Bei begründeten Einzelbeschwerden hat der Polizeipräsident in Breslau für Abhilfe gesorgt. Darüber hinaus hat er die Schutzpolizei angewiesen, Störungen durch Umzüge der geschilderten Art nach Möglichkeit zu verhindern.

Tagung der schlesischen Seidenrauperei.

Der 1926 gegründete Verein „Seidenrauperei Schlesien“, der heute 135 Mitglieder zählt, hielt am Sonntag im „Wingenzhau“ in Breslau seine Hauptversammlung ab. Herr Gartenbauinspektor Dammberg sprach in ausführlicher Weise über Qualität und Rentabilität des deutschen, insbesondere schlesischen Seidenbaues und die Organisationsfrage der Züchterinnen. In den ausgedehnten Erörterungen wurde auch die Frage der Auktionsverkaufsverfahren berührt und vor dem Selbstzüchten der Seidenrauperei wegen der damit verbundenen Seuchengefahr gewarnt. Die Geschäftsstelle des Vereins „Seidenrauperei Schlesien“ in Reinborsel bei Münsterberg gibt Interessenten auf Wunsch gern nähere Auskunft über alle Fragen der Seidenzucht.

Staatsanwalt Dr. Speer wieder vom Minister geräffelt.

In der Angelegenheit der Breslauer Oberpostdirektion gegen die Inhaber der Firma Lippmann & Co. machte der bearbeitende Staatsanwaltschaftsbeamte am Rande der Strafanzeige folgende Vermerke: „Exemplarische Strafe am Plage; gefahrlöse Betrügereien“ und: „System: Häufig den Dieb!“ Es handelt sich um den polkischen Staatsanwaltschaftsrat und Stadtverordneten Dr. Speer. In einer Kleinen Anfrage einiger deutschpolkischer Landtagsabgeordneter wurde mitgeteilt, daß durch Erlass des Generalsekretärs anwaltlich in Breslau vom 4. November v. J. unter Aufhebung einer als nicht ausreichend erachteten Mißbilligung eine Warnung erteilt worden sei. Diese Warnung wurde damit begründet, daß jenen Vermerk bei der Anbahnung erwacht worden, daß die politische Gefährdung des Staatsanwaltschaftsbeamten ihn bei seinen Amtsgeschäften beeinflusse; auch sei die Randbemerkung durchaus geeignet, den Anschein hervorzuheben, daß sie auf Voreingenommenheit gegen die Juden beruhe. An diesen Tatbestand wurden mehrere Fragen an das Staatsministerium geknüpft.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der im Einvernehmen mit dem Minister des Innern erteilten Antwort des polkischen Justizministers entnimmt, ist die scharf ausgesprochene politische Einstellung des betreffenden Dr. Speer in weiten Kreisen, namentlich in Breslau, bekannt; insbesondere ist seine Stellungnahme gegenüber den jüdischen Bevölkerungsteilen mehrfach in der Öffentlichkeit erörtert worden. Bei Anwendung der gebotenen Aufmerksamkeit hätte Speer sich sagen müssen, daß seine vor Anstellung von Ermittlungen an den Rand der Anzeige geschriebenen Bemerkungen durchaus geeignet waren, den Eindruck hervorzuheben, daß sie auf Voreingenommenheit gegen die Juden zurückzuführen seien. Dem Beamten war daher der Vorwurf einer grobsachrallichen Verletzung seiner Amtspflichten zu machen, die die Erteilung einer Warnung erforderte.

Der Betrugsprozeß Böhm in der Berufungsinstanz.

Im Februar dieses Jahres war der 25 Jahre alte Kaufmann Sigmund Böhm aus Trebnitz wegen vorliegender Betrugsgeschäfte zu der höchstzulässigen Strafe von fünf Jahren Gefängnis und zu 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Böhm hatte bekanntlich mehrere hundert kleine Leute um Beträge von 4 Mark bis 200 Mark betrogen. Diese Beträge mußten ihm als Vorhülle gezahlt werden, für Darlehen, die er ihnen belagern wollte. Doch niemand der Darlehensnehmer hat Geld bekommen. Am 18. Juni wird nunmehr die Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer beginnen, denn Böhm hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt. Für die Verhandlung sind wiederum mindestens vier Wochen vorgezogen; auch werden, wie in erster Instanz, mindestens vierhundert Zeugen geladen werden.

Die Urkundenfunde im Rathaus.

Die auf dem Rathausboden unter dem Schutt vorgefundenen Schriftstücke sind durch das Stadtdach weiter gesichtet worden. Der Mittel- und Südbel des Bodens ergab dabei eine geringere Ausbeute als der Nordteil, da hier bereits in den Jahren 1883/84 und 1892 gearbeitet und dabei die statkliche Zahl von 7000 Schriftstücken zutage gefördert worden ist. Immerhin sind aber auch im mittleren und südlichen Dache noch etwa 100 brauchbare Papier- und Pergamenturkunden gefunden worden, unter denen erwähnt seien die Schilberung einer Verabbarung von Breslauer Kaufleuten in der Mark eine Klage der Dachdecker über die Abgaben von den Walkmühlen, ein Drusenverzeichnis aus dem Jahre 1440, eine Prozessschrift über Erbstreitigkeiten einer Breslauer Familie aus dem Jahre 1470, ein Waffenstillstandsvertrag schlesischer Stände mit den Russen, eine Entscheidung des Stadtkonsistoriums in Schlesien aus dem 16. Jahrhundert. Unter den Pergamenturkunden verdient ein Demberger Schöffensbrief aus dem Jahre 1455 Erwähnung.

Die Feuerwehr an der großen Pappel.

Die große Schwarzpappel auf der Promenade vor dem Festungsgebäude ist in langsamem Sterben begriffen. Wind und Wetter machen sie müde und im April hat sie einen ihrer Riesenzweige durch den Sturm verloren. Da den anderen Ästen die gleiche Gefahr droht, hat die Feuerwehr in tagelanger Arbeit Vorkehrungen getroffen, um den Baum noch möglichst lange zu erhalten. Man sah sie auf ihrer künftigen Magierkletter in dem Gedröhl herumklettern und mit Stricken und Drahtseilen hantieren. Es galt, weitere eiserne Ringe um die Aeste zu legen und sie durch Drahtseile zu verbinden. Auch frantes Holz wurde mit besetztigt, Hohlfellen wurden plombiert. So dürfte der Baumriese nach menschlicher Voraussicht noch zwanzig bis dreißig Jahre am Leben zu erhalten sein. Die Breslauer wünschen der größten ihrer Pappeln gewiß alle noch einen recht langen Bestand.

* Einlaßkarten für die Stadtverordneten-Versammlung sind im Parteisekretariat zu haben.

* Goldene Hochzeit feiert heute der frühere Klempner und jetzige Pensionär Heinrich Krantz, Weinstraße 73, mit seiner Frau. Beide Ehegatten erfreuen sich bester Gesundheit. Genosse Krantz war schon unter dem Sozialistengesetz ein eifriger Mitkämpfer. Die „Volkswacht“ liest er seit ihrem Bestehen. Wir wünschen dem braven Paar noch einen recht langen und sonnigen Lebensabend.

* Ein neugeborenes Kind gefunden. Auf einem Sandhaufen am Birkenweg in Carlowitz wurde gestern, 10 1/2 Uhr vormittags, ein totlich nachts mit etwas Sand bestruztes, neugeborenes Kind (Mädchen) noch lebend aufgefunden. Das Kind ist im Säuglingsheim in Carlowitz untergebracht. Nach der Mutter wird in Carlowitz und Breslau gefahndet.

* Regen Kanalisationsarbeiten wird die U n e n s t r a ß e von der Steinstraße bis Triffstraße vom 16. Mai bis 18. Juni und die Kreuzung Quen-Sternstraße vom 16. Mai bis 28. Mai für Fahrzeug- aller Art gesperrt.

Ein Vortrag über das rote Wien.

Auf Einladung der Breslauer Jungmännlichen sprach gestern im großen Saal des Gewerkschaftshauses Genosse Dr. Otto Neuraeth über das rote Wien...

An Einzelheiten hob Dr. Neuraeth die weitgehende Ausdehnung der privaten Wohltätigkeitsvereine durch die städtische Fürsorgepolitik...

Die Wohnungspolitik des roten Wien ist das besonders ungünstige Wohnungsvorhaben des roten Wien...

Arbeiter-Sport.

Ausübung zu den leichtathletischen Bezirksmeisterkämpfen.

- 1. Einzelwettkämpfe für Sportler: 100-Meter-Lauf 16. Juni, 200-Meter-Lauf 17. Juni, 400-Meter-Lauf 18. Juni...

Sozialdemokratische Partei

Partei-Centralbüro: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, Telefon Nr. 3322

Sitzung der weiblichen Parteifunktionäre Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr...

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold' Ostereier. Zu einem Propagandamarsh treten heute, Dienstag, den 16. Mai...

Jugendorganisation - Arbeiterjugend. Am 4. Mai treffen uns am Dienstag, den 17. Mai, zwecks Besprechung...

Bund der Freireisenden. Heute abend, 8 Uhr, Grünstraße 14/16, spricht E. Schneider über: Individualismus und Sozialismus...

Bund der Arbeiterkinderfreunde. Gruppe 4 (Mittelschule). Wir treffen uns Dienstag, um 1,5 Uhr am Eisenplatz...

Freiwillige Arbeiterjugend. Am 19. Mai abends 8 Uhr. Am 20. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft Breslau, 2. Männer-Abteilung. Mittwoch findet am 5. Juni unser neues Sportsplatzheim...

Freie Turnerschaft, 8. Abteilung. Sämtliche Karten zum Karbowaskehms abgerechnet werden...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 13. Mai abends 8 Uhr. Am 14. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 15. Mai abends 8 Uhr. Am 16. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 17. Mai abends 8 Uhr. Am 18. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 19. Mai abends 8 Uhr. Am 20. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 21. Mai abends 8 Uhr. Am 22. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 23. Mai abends 8 Uhr. Am 24. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 25. Mai abends 8 Uhr. Am 26. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 27. Mai abends 8 Uhr. Am 28. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 29. Mai abends 8 Uhr. Am 30. Mai abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 31. Mai abends 8 Uhr. Am 1. Juni abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 2. Juni abends 8 Uhr. Am 3. Juni abends 8 Uhr...

Freie Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung. Am 4. Juni abends 8 Uhr. Am 5. Juni abends 8 Uhr...

Wöchentliche Wetterberichte des Meteorologischen Observatoriums

Wöchentliche Wetterberichte des Meteorologischen Observatoriums Breslau...

Table with columns: Datum, Temperatur (heut, Maximal, Minimal), Wetter, Wind, Niederschlag. Shows weather data for dates 17-27.

Bereinsteller.

Monatliche Gemeinde, Grünstraße 14/16. Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr...

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang 7 1/2 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung...

Aus Schlesien.

Terrorwahlen in Rybnik.

Polnischer Faschismus.

Am Sonntag fanden in Rybnik kommunale Neuwahlen statt, die unter stärkstem Terror der polnischen Nationalisten gegen die deutschen Parteien standen. Deutsche Agitatoren wurden verprügelt, deutsche Zeitungen aus dem Wahllokalen gewaltsam entfernt, Deutsche bei der Feststellung der Resultate nicht zugelassen. Eine größere Anzahl von deutschen Funktionären hat bei den Brügelereien ernsthafte Verletzungen erlitten und mehrere mußten sich in Krankenhausbehandlung begeben. Ein deutscher Zeitungsberichterstatter schwab in Lebensgefahr. Das Wahlergebnis entspricht diesem terroristischen Treiben, dem die Polizei nicht in wirksamer Weise entgegentrat. Etwa zwei Drittel des neugewählten Gemeinderates besteht aus Polen, ein Drittel aus Deutschen. Diese Zwischenfälle werden sicherlich die Hochspannung im oberschlesischen Nationalitätenkampf noch verschärfen und der vom deutschen und vom polnischen Außenminister immer wieder für erwünscht erklärten deutsch-polnischen Verständigung neue Hindernisse bereiten.

Im November 1926 erhielt die deutsche Liste 13 Mandate, die polnischen Listen 17. Am Sonntag dagegen die eritere 9 und die polnischen Listen zusammen 21 Mandate. Die deutschen Parteien haben also vier Mandate verloren.

Der „Schulterror“ in Weiswasser.

Ein Brief des Bürgermeisters.

In der Weiswasserischen Schulangelegenheit hat der Herr Abgeordnete Beuermann von der Deutschen Volkspartei eine kleine Anfrage im Preußischen Landtag eingebracht, über die wir schon berichteten. Hierzu hat Herr Bürgermeister Lange nun folgenden Brief an Herrn Abgeordneten Beuermann geschickt:

„Sehr geehrter Herr Schulrat! Aus den neuesten Nachrichten für Weiswasser vom 23. April 1927 ersehe ich, daß Sie wieder einmal eine kleine Anfrage eingebracht haben, die sich mit den örtlichen Verhältnissen in Weiswasser beschäftigt. Sie behaupten darin, daß die Agitation für die weltliche Schule fast „Terrorformen“ angenommen habe, ferner, daß die Bezirksregierung in Liegnitz einen ausgesprochen links gerichteten Parteimann zum Schulrat ernannt und durch die gestante Ernennung eines ebensoseits Parteimannes zum Mittelschul-Konrektor die Spannung noch erheblich verschärfte habe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie künftig vor der Einbringung von kleinen Anfragen über die örtlichen Verhältnisse in Weiswasser bei mir Erläuterungen über die Zuverlässigkeit des Ihnen übermittelten Materials einholen wollten, wozu ich mich gern bereit erkläre. Sie würden sich damit vor Klagen und schaden. Tatsächlich stelle ich hierdurch fest, daß von Terrorformen nichts wahrzunehmen war. Es ist wohl für die verschiedenen Schulrichtungen agitiert worden. Die Agitation hatte jedoch von keiner Seite etwas Terroristisches an sich und überstieg das sonst bei der Agitation gewohnte Maß in keiner Weise. Ueber Ihre Behauptung von der Ernennung der Schulräte durch die Bezirksregierung in Liegnitz wundere ich mich sehr, weil Sie als Schulrat wissen müssen, daß die Ernennung nicht von einer Bezirksregierung erfolgen kann, sondern in jedem Falle von dem Ministerium für Volksbildung ausgeht und zu verantworten ist. Es ist nicht meine Aufgabe, den Angriff auf die Bezirksregierung abzumehren, das mag ihr selbst überlassen bleiben. Wohl geht mich die Ernennung zum Mittelschul-Konrektor an, die nicht Sache der Bezirks- oder Zentralregierung, sondern ausschließlich Gemeinde-Selbstverwaltungsangelegenheit ist. Eine Einmischung in diese Angelegenheit werde ich nicht dulden, auch nicht auf dem Umwege über eine parlamentarische kleine Anfrage. Bis jetzt ist über diese Mittelschul-Konrektor-Frage noch nicht einmal verhandelt worden, viel weniger ein Beschluß gefaßt. Ich muß auch von Ihnen als Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft so viel Achtung vor der gesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltung fordern, daß Sie jede Einmischung in diese Dinge unterlassen. Das betone ich nicht nur für Weiswasser, sondern auch für alle Orte, in denen Mittelschulen bestehen, soweit sie dem von mir geleiteten Spitzenverbande angeschlossen sind. In Ihrer kleinen Anfrage mit ihren in jeder Beziehung unzutreffenden Voraussetzungen erblide ich einen parlamentarischen Mißbrauch und eine Herabsetzung Weiswassers, die ich hiermit mit aller Entschiedenheit zurückweise. Den Gemeinden sind im Schulwesen so geringe Rechte verblieben, daß ich mich für die Erhaltung des Reizes zu dieser scharfen Abwehr gezwungen sehe. Selbstverständlich habe ich mich mit dem gleichen Protest auch an den Herrn Minister für Volksbildung gewandt. — Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebener Lunge, 1. Vorsitzender des Deutschen Landgemeindetages (G. V.) und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden (C. V.).“

Zobten. Republikanischer Tag. Der Kreisverband Schweidniz des Reichsbanners veranstaltete am vergangenen Sonntag in dem Bergstädtchen Zobten einen glänzend besuchten und gut verlaufenen Republikanischen Tag. Am Sonnabend war bereits ein Fadelzug mit großem Zapfenstreich vorangegangen, bei dem sich eine lebhafteste Anteilnahme der Bevölkerung be-

fandete. Vom frühesten Sonntag Morgen ab herrschte in unserem Städtchen lebhafteste Regsamkeit. Um 2 Uhr fand unter starker Beteiligung auf dem Ring die Fahnenweihe der Banner Stödel und Jabben statt. Nach einem Vortrag und Begrüßungsworten hieß der Bürgermeister im Namen der Stadt und die städtischen Kollegien die Reichsbannergäste willkommen und rühmte das forbenprichtige, überraschende Bild der aufmarschierenden Scharen. Die Weihe der Scharen erfolgte durch den Gauvorsitzenden, Kameraden Hermann Breslau, der vom Siegeszuge des republikanischen Gedankens sprach. Nach einem Umzuge durch die Stadt, an dem sich die Vertreter der Stadt beteiligten, ging es zum geistlichen Zusammensein im Schützenhaus und der „Stadt Breslau“. Der republikanischen Idee hat das musterzügliche, begeisterte Auftreten des Reichsbanners genügt.

Sozialistischer Erziehertag.

Im Zusammenhang mit dem Parteitag findet am Freitag, den 27. Mai, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Kiel, Legienstraße 22, ein sozialistischer Erziehertag statt, mit dem Thema: „Der Erziehungsgebäude des Sozialismus im Kampfe gegen die Kulturreaktion.“ Referenten sind der Genosse Dr. Löwenstein, W. d. R. und die Genossin Wegscheider, W. d. R.

Die Teilnahme ist allen parteigenösslichen Lehrern, Erziehern, Elternbeiräten, Kinderfreunden und sonstigen an Erziehungsfragen Interessierten gestattet. Anmeldungen werden erbeten an den Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Wegen der Unterbringung wende man sich an den Genossen Egerstedt, Kiel, Legienstraße 22, Parteisekretariat der SPD.

Tschchen, Kreis Schweidniz. In Blutvergiftung gestorben. Der 16-jährige Maurerlehrling M. von hier hatte bei der Arbeit eine kleine Verletzung an der Hand erlitten, der er jedoch keine Beachtung beilegte. Nach vier Tagen stellten sich Fieber und Kopfschmerzen ein. Der Lehrling wurde in ein Schweidnitzer Krankenhaus gebracht, wo Blutvergiftung festgestellt wurde, die nun zum Tode des jungen Mannes geführt hat.

Waldhammer. Die Einbrecher im Auto. Nachdem sieben Einbrüche in der hiesigen Gemeinde verübt worden waren, mußte man etwas genauer auf. Man beobachtete eine Anzahl verdächtiger Männer, die sich vor dem Tschchenischen Schulgebäude aufhältig benahmten. Als mehrere Männer die Verdächtigen stellen wollten, ergriffen diese die Flucht über Büsche hinweg nach der Hauptstraße, wo sie in einem unbesetzten Auto schlussendlich verschwanden. Es wird vermutet, daß es sich um dieselbe Einbrechergesellschaft handelt, die die bisherigen Einbrüche verübte.

Sörlitz. Der Sörlitzer Flugtag, der im Rahmen der Luftfahrtwoche veranstaltet wurde, gelangte am Sonntag in Gegenwart von etwa 5000 Zuschauern zur Durchführung. Bei der Jagd, die von vier Klassen, an der sich Fahrer, Reiter, Radfahrer und Motorräder beteiligten, und die mit dem Siege der grünen Staffel endete, ereigneten sich zwei Unfälle, indem zwei Reiter des Reitervereins stürzten, sich aber nur leichte Verletzungen zuzogen.

Rauban. Fleischer-Bezirksratung. Die 51. Fleischer-Bezirksratung war von etwa 1000 Mitgliedern besucht. Landtagsabgeordneter Weier-Waldenburg und Obermeister Franz Schmidt-Breslau berichteten über Maßnahmen des Vorstandes gegen unnötig einengende Verfügungen einzelner Behörden. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Behörden vor Erlaß solcher Verordnungen erst die zuständigen Vertreter des Handwerks hören und nur Anordnungen getroffen werden, die praktisch durchführbar sind. In bezug auf das Arbeitszeitgesetz, das gerade für das Fleischerhandwerk als sehr drückend (!) bezeichnet wurde, soll versucht werden, eine Milderung (das heißt unbeschränkte Arbeitszeit) anzustreben. Außerdem wurde eine Reihe sachlicher Fragen behandelt. Die Tagung im nächsten Jahre findet in Reife statt.

Frankenstein. Veruntreuung von Erwerbslosengeldern. Der bei der Erwerbslosenfürsorge angestellte Geschäftsführer Herbert Röhke ist am 12. Mai nach Untersuchung von mehreren tausend Mark flichtig geworden. Am Tage vorher war unvermutet eine Revision vorgenommen worden, die erhebliche Fehlbeträge feststellte. Allem Anschein nach liegen die Veruntreuungen eine geraume Zeit zurück und die Ermittlungen werden erst ergeben, wie hoch der Fehlbetrag ist. Der Defraudant ist erst seit einigen Wochen als Geschäftsführer angestellt worden, nachdem er einige Jahre als Angestellter in der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt gewesen war.

Reife. Die Häckelsfabrik abgebrannt. Am Freitag früh brannte das Häckelwerk von Küthner & Buchwald in der Friedrichstadt nieder. Der Inhalt und die rollenden Sparrten brannten flammenlang. Das hohe, ausgedehnte Gebäude bot beim Brande einen imposanten, erschreckenden Anblick. Durch das Feuer werden eine Anzahl Arbeiterinnen arbeitslos.

Oppeln. Wüste Schlägerei auf dem Gemarkt. Zwischen den Paraden-Einwohnern auf dem Gemarkt und einigen fremden Männern kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die zu einer wüsten Schlägerei führten, auch das Messer eine Rolle spielte. Erst nachdem die heftige Schupo erschien, liehen die Kampfahnen von einander zurückgezogen. Davon die meisten mit blutigen Verletzungen wurden von der Polizei hülert und nach dem Stockhaus gebracht.

Groß-Steln, Kreis Oppeln. Im Wald angelassen wurde der schon in Jahren lebende Arbeiter Rowalka aus Groß-Steln, als er Nüsse sammelte. Die Kugel traf den linken Arm in den Oberarm, so daß er sofort zusammenbrach und von Leuten, die ihn nach einiger Zeit aufgefunden hatten, nach seiner Wohnung geschafft wurde. Der Täter ist bis jetzt unbekannt geblieben.

Reuthen. Durch den deutsch-polnischen Zollkrieg ruinierter. Der Kaufmann Walter K. war bis 1925 Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft, die sich mit dem Export und Import von landwirtschaftlichen Produkten nach und von Polen befaßte. Als durch den Zollkrieg den gegenseitigen Handelsbeziehungen ein Riegel vorgeschoben wurde, kam die Gesellschaft in Schwierigkeiten, deren K. durch Aufnahme von Krediten Herr zu werden versuchte. Es half aber nichts. Der Konkurs kam doch. Am Kreditgeber zu befreiben bezog K. von einer Reihe Firmen für 20000 Mark Tabak ohne Bezahlung und verwendete den Erlös zur Schuldendeckung. Als die Firma bereits im Konkurs war, schaffte K. ihr gehörige Vermögensstücke zugunsten des Kreditgebers W. beiseite. So kamen beide wegen Konkursvergehens und Gläubigerbegünstigung in Tateinheit mit Betrug vor das Schöffengericht. Während der Kreditgeber W. freigesprochen wurde, erkannte das Gericht gegen K. und den Mitgeschäftsführer Anton Sch. auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten mit Bewährungsfrist bei Zahlung einer Geldbuße.

Kattowitz. Parteitag der Deutsch-katholischen Volkspartei. Der von annähernd dreihundert Delegierten besuchte Parteitag der katholischen Volkspartei Deutsch-Oberschlesiens befaßte sich hauptsächlich mit der Änderung des Namens und des Parteiprogramms sowie mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Senators Szcajkonik. Die Namensänderung in „Deutsche Katholische Volkspartei“ soll, wie der neugewählte Parteivorsitzende, Professor Dr. Pantz besonders unterstrich, die Antwort auf die Gewaltpolitik des Abwoboden Grazynski darstellen. Das geänderte Parteiprogramm lehnt sich in innerpolitischer Beziehung an das Programm der deutschen christlich-sozialen Partei in der Tschechoslowakei an und deutet sich gegen- und wirtschaftspolitisch mit dem Programm der deutschen Zentrumspartei. Bei Beratung der Minderheitenfrage wurde mit Anerkennung der Arbeiter und Angestellten gebacht als der ausschließlichen Träger der deutschen Bewegung, während die Teilnahmelosigkeit und Opportunitätspolitik der Großindustrie bedauernd festgestellt wurde.

Kattowitz. Drohender Bergarbeiterstreik. Eine Reihe laufender Lohnstreitigkeiten scheinen infolge der Haltung der Unternehmer der oberschlesischen Hülsen und Gruben zu ernsthaften Konflikten zu führen. Im Bergbau lehnen die Arbeitgeber nicht nur jede Verbesserung der entwerteten Löhne ab, sondern fordern sogar eine Lohnminderung von 5 Prozent und Verkürzung der Arbeitszeit. Da die Gewerkschaften hierauf nicht eingegangen gewillt sind, ist ein Streik im oberschlesischen Bergbau nicht unwahrscheinlich.

Kattowitz. Verbranntes Kind. In der Paradenlosante Rogellang wollte das achtjährige Mädchen Elisabeth Sch. in der Küche Feuer machen, wobei jedoch ihre Kleider, während die Mutter noch schlief, Feuer fingen. Ehe die Mutter hinzulam, hatte das Kind schwere Brandwunden erlitten, die keine Hoffnung auf ein Aufkommen lassen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ossig. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevortretterung vom Mittwoch, den 11. Mai, wurde dem Eingemeindungsvorlage zugestimmt. Auch der Antrag des Vereins für Volkshilfe und Jugendpflege auf Uebernahme der Volkshalle durch die Gemeinde wurde angenommen. Ebenso einigte man sich auf die Entgegennahme des allerdings recht niedrigen einmaligen Beitrages der Erläuterungsgemeinde Breslau, in Höhe von 30 Mark zu der erfolgten Beschaffung der Glode in der katholischen Schule. Die Beratung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1927, die in der Sitzung vom Sonnabend, den 14. Mai, wegen der Aufbringung des Bedarfes an direkten Gemeindeabgaben fortgesetzt wurde, führte noch zu keinem endgültigen Ergebnis, weil die Landwirtschaftsstammer die Vorlegung des Gemeindeetat verlangt. Die Gemeindevortretterung sah sich veranlaßt, gegen die Bevormundung von Gemeindevorstand ohne nennenswerte landwirtschaftliche Betriebe durch die Landwirtschaftsstammer erneut energisch zu protestieren.

Stahlwitz. Silberhochzeit in der Partei. Genosse Karl Scholz und seine Frau Berta begeben am heutigen Tage das Fest der silbernen Hochzeit. Er gehört zu denen, die seit frühester Jugend in den Reihen der Arbeiterbewegung standen, und ist selbstverständlich langjähriger Abonnent der „Volkswacht“, herzlichsten Glückwunsch!

Stadtheater
Dienstag 7 1/2 Uhr:
19. Abonn.-Vorstellung
Serie A
Ariadne auf Naxos.
Mittwoch 8 Uhr:
Die verkaufte Braut
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
17. Abonn.-Vorstellung
Serie B
Die Jüdin

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Dienstag, Mittwoch 8 Uhr:
„Die Gefangene“
Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
Kleine Preise!
„Die deutschen Kleinfürsten“
Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Dienstag, Mittwoch,
abends 8 Uhr:
„Die Wittiguldigen“
Darauf:
„Der zerbrochene Krug“

Schauspielhaus.
Operettentheater.
Tel. Sieppan 36300.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum 25. Male:
„Jugend
im
Mai“
Mittwoch und Freitag 8 Uhr:
Der neue große
Operettenerfolg!
„Jugend
im
Mai“
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Sally Hamilton“

Schaubühne
Circus-Durch * 8 Uhr
**Polizei-
Rätsel:**
Ausbrecherkönig
Schauspiel u. d. g. Progr.
25 Pf. bis 1.00 Mk. Park.

Altdutsche Bierstuben
Neudorfstraße 3, Ecke Gartenstraße
Sedlitzene Ausstattung
Angenehmes Familienlokal
Gute preiswerte Küche
Kleines Menu 1.00 Großes Menu 1.50
Jeden Mittwoch u. Sonnabend Einbeine
Spezial-Ausschank:
Bamberger Hofbräu: Schoppen 35 Pf.
Messa Pilsener: Schoppen 30 Pf.
Engelhardt hell: Schoppen 25 Pf.
Sadie® **erkannte Qualitäts-
marken zu Originalpreisen**
Ordnung: August Wenzel
Fernruf: Stephan 344 44.

Viktoria-Theater
Jugendlichen verboten!
Gastspiel: Laska
**Jirnen-
Tragödie**
3 Akte.

Gesellschaftshaus „Friedrichsbad“
Hofenthal bei Breslau
am Hofmannthor Friedrichsbad. Telefon Ring Ring 4030.
Am Sonntag, den 28. Juni,
ist mein Caal u. Gorten nebst Knechteln
noch frei.
Hochachtungsvoll Fests. 3112.

No-Va-Co
Gewerkschaftshaus
Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 1/4 Uhr:
Das neue Elite-Programm mit
Helmut Ossig
der phänomenale Gedächtniskünstler. — Verblüffende Experimente.
Helmut Ossig zahlt 500 Mk. demjenigen,
der alle seine Experimente genau so ausführt wie er.
Unter anderem beschreibt Ossig sämtliche im Betrieb befindliche
Straßenbahnwagen nach Zurück der Nummer, wie Farbe,
Gewicht, die Type, ob Motor oder Anhänger, welche Linie,
wieviel Sitz- und Stehplätze, ob Scheinwerfer, wann und wo
gebaut, ob Magnet- oder elektrische Bremse usw.
100 Straßennamen sind besonders eingeladen. **100**
200 Mk. außerdem zahlt Ossig demjenigen, der beweist,
daß er einen Straßenbahnwagen nicht richtig beschreibt.
Ausnahmepreise:
1. Platz 50 Pf. 2. Platz 30 Pf.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Unterstützt uns durch Massenbesuch!
Die Gewerkschaften.

Verständigt unsere Inferenten!

Ein Vortrag über das rote Wien.



Sozialdemokratische Partei

Partei-Verwaltung:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohio 3322



Auf Einladung der Breslauer Jungsozialisten sprach gestern im gut besetzten großen Saal des Gewerkschaftshauses Genosse Dr. Otto Neurath über „Das rote Wien“. Der Vortragende ist in Deutschland aus seinen unglücklichen Experimenten zur „Sozialisierung Sachsens“ und „Sozialisierung Bayerns“ unter der Räuberherrschaft im Jahre 1919 bekannt, hat aber inzwischen seine Anschauungen über Sozialisierung und Wirtschaftspolitik geändert und vertieft und trägt jetzt sehr an die Wirklichkeit angepaßte Meinungen vor. Aus dieser neuen sogenannten Wirtschaftskritik in Wien hat er dort einen gewissen Abstand von der praktischen Politik die ihn zu einem äußerlich sehr klaren Bild von den Leistungen der sozialistischen Wiener Gemeindeführung gezaugelt. Nichtbilder des Museums illustrierten wirksam den Vortrag. Neurath unterstrich den kleinen Umfang Oesterreichs, das mit seinen nur 8 Millionen Einwohnern weltweit politisch bedeutungslos sei, aber mit seiner Zwei-Millionen-Stadt Wien und ihrer großen Sozialdemokratie zur Keimzelle zum Nesten der proletarischen Klasse — innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsschicht — weiten Spielraum hat. Er erinnerte daran, daß Oesterreich praktisch heute schon ein Zwei-Parteien-System besitzt, das auf der einen Seite als Sachwalter der Arbeiterklasse nur die Sozialdemokratie, auf der anderen als Führerin des Bürgertums wesentlich nur die Christlichsozialen kennt. Die österreichische Verfassung ermöglichte es, die Mehrheit im Wiener Gemeinderat zu einer Behörde aller „amtshührenden Stadtrats“-Posten mit Sozialdemokraten auszuwählen. Die Führer der Gemeindepolitik, der frühere Lehrer und jetzige Bürgermeister Genosse Eckl, der frühere Handelsrat und jetzige Finanzadmiral Genosse Breitner, der Universitätsprofessor und jetzige Leiter des Gesundheitswesens Genosse Dr. Landier, ein früherer Bauarbeiter (späterer langjähriger Gewerkschaftsführer, Red.) und jetziger Leiter des Bauwesens ufm., sie fühlen sich alle im städtischen Amt nur als Beauftragte der Partei, in der die Kommunalpolitik vorweg einheitlich festgelegt wird.

An Einzelheiten hob Dr. Neurath die weitgehende Ausschaltung der privaten Wohltätigkeitsvereine durch die städtische Fürsorgepolitik, die z. B. jeder Mutter Säuglingswäsche liefert, hervor, und ging dann auf die unentgeltliche Versorgung von Finanzadmiral, Genossen Breitner, selbst dargelegte Wiener Finanzpolitik ein, die durch die gründliche Staffelung aller Steuern zu Lasten des Wohlhabenden und zur Entlastung der breiten Massen gekennzeichnet wird. So betrage die Wohnbaukosten einer Arbeiterwohnung etwa 70 Pf., einer Villa etwa 70 Mark eines Schlosses über 2000 Mark monatlich. Die Befähigung der kleineren Gewerbetreibenden durch die Staffelung des Steuerwesens habe eine große Anzahl von ihnen zur Sozialdemokratie geführt. Die Mietenpolitik, die praktisch dem Hausbesitzer fast nichts lasse, wolle nicht „Acrecht“ sondern nur nützlich für die arbeitenden Massen sein; sie werde im übrigen nicht von der Stadt Wien, sondern vom Bund Oesterreich aufrecht erhalten, wie sie bekanntlich im Jahre von nichtsozialistischer Seite eingeführt wurde. Sie sei eine Normmaßnahme innerhalb der kapitalistischen Ordnung.

Ausführlich stellte der Vortragende dann die Wiener Wohnbauverhältnisse dar, die an dem besonders ungünstigen Wohnungsverhältnisse Wiens vor dem Kriege in ihren Ergebnissen gemessen werden müsse. Die ganze Miets- und Wohnbaukosten wäre mit rein parlamentarischen Mitteln nicht durchzuführen gewesen, wenn nicht die Drohung des Appells an die Wähler außerhalb des Parlaments und die starke außerparlamentarische Organisation der österreichischen Arbeiterbewegung den parlamentarischen Druck verstärkt hätte. Ziel der Wiener Schulpolitik sei es, alle Kinder bis zu 14 Jahren in dieselbe Schule zu schicken, was allerdings noch nicht erreicht sei. Das Arbeiterincome in Oesterreich sei niedriger als vor dem Kriege, aber durch die öffentlichen Maßnahmen der Gemeinde sei in Wien die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse doch günstiger. Jeder dritte erwachsene Mann in Wien sei sozialdemokratisch organisiert. Einer der wichtigsten außerparlamentarischen Stützpunkte der Partei sei durch die Auflösung der alten Armee unter der Koalitionsregierung von 1919 und die Aufstellung eines neuen Heeres durch den sozialdemokratischen Wehrminister Genossen Dr. Deutsch, geschaffen worden. Der Anteil der Parteigenossen an diesem durch den jetzigen Wehrminister des österreichischen Bürgerblocks inzwischen ungünstig beeinflussten Heereskörper gab der Vortragende allerdings auf Grund teilweise überholter Zahlen an. Er schilderte dann noch den republikanischen Schutzbund, die eigene Wehrorganisation der Partei die zusammen mit diesem Heerwesen im Innern die Demokratie, auch wenn sie proletarisch beeinflusst sei, schütze. Eine Demokratie unter solchem proletarischen Schutz sei für die Arbeiterklasse viel besser als eine Räterepublik und mache jeden Putz überflüssig. Der zum Teil mit überzogenen Bemerkungen und Anecdoten gewürzte Vortrag fand lebhaften Beifall, der nicht zuletzt den eindrucksvollen Leistungen der Wiener Partei selbst galt.

Arbeiter-Sport.

- ### Auswahlreibung zu den Leichtathletischen Bezirkseinkaufungen. (Tag und Ort wird noch bekanntgegeben, Meldungen bis 1. Juni)
- #### Wettlaufarten:
- a) Einzelwettläufe für Sportler: 100-Meter-Lauf 14 Sek., 200 Meter 27 Sek., 400 Meter 1.07 Min., 800 Meter 2.35 Min., 1500 Meter 5.50 Min., 5000 Meter 19 Min., 10000 Meter 34 Min., 15000 Meter 47 Min., 20000 Meter 55 Min., 25000 Meter 62 Min., 30000 Meter 69 Min., 35000 Meter 75 Min., 40000 Meter 81 Min., 45000 Meter 87 Min., 50000 Meter 93 Min., 55000 Meter 99 Min., 60000 Meter 1.05 Min., 65000 Meter 1.11 Min., 70000 Meter 1.17 Min., 75000 Meter 1.23 Min., 80000 Meter 1.29 Min., 85000 Meter 1.35 Min., 90000 Meter 1.41 Min., 95000 Meter 1.47 Min., 100000 Meter 1.53 Min.
 - b) Mannschaft für Sportler: 200-Meter-Lauf, 1500-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - c) 3000-Meter-Lauf: 100-, 400- und 1500-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - d) Mannschaftsläufe für Sportler: 3 mal 100 Meter, 3 mal 200 Meter, 3 mal 400 Meter, 3 mal 800 Meter, 3 mal 1500 Meter, 3 mal 3000 Meter, 3 mal 5000 Meter, 3 mal 10000 Meter, 3 mal 15000 Meter, 3 mal 20000 Meter, 3 mal 25000 Meter, 3 mal 30000 Meter, 3 mal 35000 Meter, 3 mal 40000 Meter, 3 mal 45000 Meter, 3 mal 50000 Meter, 3 mal 55000 Meter, 3 mal 60000 Meter, 3 mal 65000 Meter, 3 mal 70000 Meter, 3 mal 75000 Meter, 3 mal 80000 Meter, 3 mal 85000 Meter, 3 mal 90000 Meter, 3 mal 95000 Meter, 3 mal 100000 Meter.
 - e) 100-Meter-Lauf: 100-Meter-Lauf, 200-Meter-Lauf, 400-Meter-Lauf, 800-Meter-Lauf, 1500-Meter-Lauf, 3000-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - f) 200-Meter-Lauf: 200-Meter-Lauf, 400-Meter-Lauf, 800-Meter-Lauf, 1500-Meter-Lauf, 3000-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - g) 400-Meter-Lauf: 400-Meter-Lauf, 800-Meter-Lauf, 1500-Meter-Lauf, 3000-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - h) 800-Meter-Lauf: 800-Meter-Lauf, 1500-Meter-Lauf, 3000-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - i) 1500-Meter-Lauf: 1500-Meter-Lauf, 3000-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - j) 3000-Meter-Lauf: 3000-Meter-Lauf, 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - k) 5000-Meter-Lauf: 5000-Meter-Lauf, 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - l) 10000-Meter-Lauf: 10000-Meter-Lauf, 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - m) 15000-Meter-Lauf: 15000-Meter-Lauf, 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - n) 20000-Meter-Lauf: 20000-Meter-Lauf, 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - o) 25000-Meter-Lauf: 25000-Meter-Lauf, 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - p) 30000-Meter-Lauf: 30000-Meter-Lauf, 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - q) 35000-Meter-Lauf: 35000-Meter-Lauf, 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - r) 40000-Meter-Lauf: 40000-Meter-Lauf, 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - s) 45000-Meter-Lauf: 45000-Meter-Lauf, 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - t) 50000-Meter-Lauf: 50000-Meter-Lauf, 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - u) 55000-Meter-Lauf: 55000-Meter-Lauf, 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - v) 60000-Meter-Lauf: 60000-Meter-Lauf, 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - w) 65000-Meter-Lauf: 65000-Meter-Lauf, 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - x) 70000-Meter-Lauf: 70000-Meter-Lauf, 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - y) 75000-Meter-Lauf: 75000-Meter-Lauf, 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - z) 80000-Meter-Lauf: 80000-Meter-Lauf, 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - aa) 85000-Meter-Lauf: 85000-Meter-Lauf, 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - ab) 90000-Meter-Lauf: 90000-Meter-Lauf, 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - ac) 95000-Meter-Lauf: 95000-Meter-Lauf, 100000-Meter-Lauf.
 - ad) 100000-Meter-Lauf: 100000-Meter-Lauf.

Sitzung der örtlichen Parteifunktionäre

Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, Zimmer 36. Vortrag der Genossen W. Grobman über „Die Sozialpolitik im Rahmen des Heidelberger Parteiprogramms“. Kein Eintritt bei Besprechung.

Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, bei Gütlich, wichtige Sitzung.

Neubanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Erstverein. In einem Propagandabüro trat heute, Dienstag, den 16. Mai, die eingetragene Abteilung des Ortsvereins wie folgt an:

- Abteilung Süd: 7.30 Uhr: Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16.
- Abteilung Ost: 7.45 Uhr: Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16.
- Abteilung West: 7.45 Uhr: Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16.
- Abteilung Nord: 8.00 Uhr: Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16, Hofgartenstr. 16.

Jungsozialisten — Arbeiterjugend.

Am 4. Mai treffen uns Dienstag, den 17. Mai, zwecks Besprechung der Angelegenheiten um 8 Uhr, beim Herrn Schmidt, Spaldingstr. 16. Die Genossen, die Abwesenheit und Überbücher wollen, müssen sich rechtzeitig melden. (S. 2. H. 16. 3. 16. 4. 16. 5. 16. 6. 16. 7. 16. 8. 16. 9. 16. 10. 16. 11. 16. 12. 16. 13. 16. 14. 16. 15. 16. 16. 16. 17. 16. 18. 16. 19. 16. 20. 16. 21. 16. 22. 16. 23. 16. 24. 16. 25. 16. 26. 16. 27. 16. 28. 16. 29. 16. 30. 16. 31. 16. 32. 16. 33. 16. 34. 16. 35. 16. 36. 16. 37. 16. 38. 16. 39. 16. 40. 16. 41. 16. 42. 16. 43. 16. 44. 16. 45. 16. 46. 16. 47. 16. 48. 16. 49. 16. 50. 16. 51. 16. 52. 16. 53. 16. 54. 16. 55. 16. 56. 16. 57. 16. 58. 16. 59. 16. 60. 16. 61. 16. 62. 16. 63. 16. 64. 16. 65. 16. 66. 16. 67. 16. 68. 16. 69. 16. 70. 16. 71. 16. 72. 16. 73. 16. 74. 16. 75. 16. 76. 16. 77. 16. 78. 16. 79. 16. 80. 16. 81. 16. 82. 16. 83. 16. 84. 16. 85. 16. 86. 16. 87. 16. 88. 16. 89. 16. 90. 16. 91. 16. 92. 16. 93. 16. 94. 16. 95. 16. 96. 16. 97. 16. 98. 16. 99. 16. 100. 16. 101. 16. 102. 16. 103. 16. 104. 16. 105. 16. 106. 16. 107. 16. 108. 16. 109. 16. 110. 16. 111. 16. 112. 16. 113. 16. 114. 16. 115. 16. 116. 16. 117. 16. 118. 16. 119. 16. 120. 16. 121. 16. 122. 16. 123. 16. 124. 16. 125. 16. 126. 16. 127. 16. 128. 16. 129. 16. 130. 16. 131. 16. 132. 16. 133. 16. 134. 16. 135. 16. 136. 16. 137. 16. 138. 16. 139. 16. 140. 16. 141. 16. 142. 16. 143. 16. 144. 16. 145. 16. 146. 16. 147. 16. 148. 16. 149. 16. 150. 16. 151. 16. 152. 16. 153. 16. 154. 16. 155. 16. 156. 16. 157. 16. 158. 16. 159. 16. 160. 16. 161. 16. 162. 16. 163. 16. 164. 16. 165. 16. 166. 16. 167. 16. 168. 16. 169. 16. 170. 16. 171. 16. 172. 16. 173. 16. 174. 16. 175. 16. 176. 16. 177. 16. 178. 16. 179. 16. 180. 16. 181. 16. 182. 16. 183. 16. 184. 16. 185. 16. 186. 16. 187. 16. 188. 16. 189. 16. 190. 16. 191. 16. 192. 16. 193. 16. 194. 16. 195. 16. 196. 16. 197. 16. 198. 16. 199. 16. 200. 16. 201. 16. 202. 16. 203. 16. 204. 16. 205. 16. 206. 16. 207. 16. 208. 16. 209. 16. 210. 16. 211. 16. 212. 16. 213. 16. 214. 16. 215. 16. 216. 16. 217. 16. 218. 16. 219. 16. 220. 16. 221. 16. 222. 16. 223. 16. 224. 16. 225. 16. 226. 16. 227. 16. 228. 16. 229. 16. 230. 16. 231. 16. 232. 16. 233. 16. 234. 16. 235. 16. 236. 16. 237. 16. 238. 16. 239. 16. 240. 16. 241. 16. 242. 16. 243. 16. 244. 16. 245. 16. 246. 16. 247. 16. 248. 16. 249. 16. 250. 16. 251. 16. 252. 16. 253. 16. 254. 16. 255. 16. 256. 16. 257. 16. 258. 16. 259. 16. 260. 16. 261. 16. 262. 16. 263. 16. 264. 16. 265. 16. 266. 16. 267. 16. 268. 16. 269. 16. 270. 16. 271. 16. 272. 16. 273. 16. 274. 16. 275. 16. 276. 16. 277. 16. 278. 16. 279. 16. 280. 16. 281. 16. 282. 16. 283. 16. 284. 16. 285. 16. 286. 16. 287. 16. 288. 16. 289. 16. 290. 16. 291. 16. 292. 16. 293. 16. 294. 16. 295. 16. 296. 16. 297. 16. 298. 16. 299. 16. 300. 16. 301. 16. 302. 16. 303. 16. 304. 16. 305. 16. 306. 16. 307. 16. 308. 16. 309. 16. 310. 16. 311. 16. 312. 16. 313. 16. 314. 16. 315. 16. 316. 16. 317. 16. 318. 16. 319. 16. 320. 16. 321. 16. 322. 16. 323. 16. 324. 16. 325. 16. 326. 16. 327. 16. 328. 16. 329. 16. 330. 16. 331. 16. 332. 16. 333. 16. 334. 16. 335. 16. 336. 16. 337. 16. 338. 16. 339. 16. 340. 16. 341. 16. 342. 16. 343. 16. 344. 16. 345. 16. 346. 16. 347. 16. 348. 16. 349. 16. 350. 16. 351. 16. 352. 16. 353. 16. 354. 16. 355. 16. 356. 16. 357. 16. 358. 16. 359. 16. 360. 16. 361. 16. 362. 16. 363. 16. 364. 16. 365. 16. 366. 16. 367. 16. 368. 16. 369. 16. 370. 16. 371. 16. 372. 16. 373. 16. 374. 16. 375. 16. 376. 16. 377. 16. 378. 16. 379. 16. 380. 16. 381. 16. 382. 16. 383. 16. 384. 16. 385. 16. 386. 16. 387. 16. 388. 16. 389. 16. 390. 16. 391. 16. 392. 16. 393. 16. 394. 16. 395. 16. 396. 16. 397. 16. 398. 16. 399. 16. 400. 16. 401. 16. 402. 16. 403. 16. 404. 16. 405. 16. 406. 16. 407. 16. 408. 16. 409. 16. 410. 16. 411. 16. 412. 16. 413. 16. 414. 16. 415. 16. 416. 16. 417. 16. 418. 16. 419. 16. 420. 16. 421. 16. 422. 16. 423. 16. 424. 16. 425. 16. 426. 16. 427. 16. 428. 16. 429. 16. 430. 16. 431. 16. 432. 16. 433. 16. 434. 16. 435. 16. 436. 16. 437. 16. 438. 16. 439. 16. 440. 16. 441. 16. 442. 16. 443. 16. 444. 16. 445. 16. 446. 16. 447. 16. 448. 16. 449. 16. 450. 16. 451. 16. 452. 16. 453. 16. 454. 16. 455. 16. 456. 16. 457. 16. 458. 16. 459. 16. 460. 16. 461. 16. 462. 16. 463. 16. 464. 16. 465. 16. 466. 16. 467. 16. 468. 16. 469. 16. 470. 16. 471. 16. 472. 16. 473. 16. 474. 16. 475. 16. 476. 16. 477. 16. 478. 16. 479. 16. 480. 16. 481. 16. 482. 16. 483. 16. 484. 16. 485. 16. 486. 16. 487. 16. 488. 16. 489. 16. 490. 16. 491. 16. 492. 16. 493. 16. 494. 16. 495. 16. 496. 16. 497. 16. 498. 16. 499. 16. 500. 16. 501. 16. 502. 16. 503. 16. 504. 16. 505. 16. 506. 16. 507. 16. 508. 16. 509. 16. 510. 16. 511. 16. 512. 16. 513. 16. 514. 16. 515. 16. 516. 16. 517. 16. 518. 16. 519. 16. 520. 16. 521. 16. 522. 16. 523. 16. 524. 16. 525. 16. 526. 16. 527. 16. 528. 16. 529. 16. 530. 16. 531. 16. 532. 16. 533. 16. 534. 16. 535. 16. 536. 16. 537. 16. 538. 16. 539. 16. 540. 16. 541. 16. 542. 16. 543. 16. 544. 16. 545. 16. 546. 16. 547. 16. 548. 16. 549. 16. 550. 16. 551. 16. 552. 16. 553. 16. 554. 16. 555. 16. 556. 16. 557. 16. 558. 16. 559. 16. 560. 16. 561. 16. 562. 16.

Aus Schlesien.

Terrorwahlen in Rybnitz.

Polnischer Faschismus.

Am Sonntag fanden in Rybnitz kommunale Wahlen statt, die unter stärkstem Terror der polnischen Nationalisten gegen die deutschen Parteien standen. Deutsche Agitatoren wurden verprügelt, deutsche Besitztümer aus den Wahllokalen gewalttätig entfernt, Deutsche bei der Hochhaltung der Wahlscheine nicht zugelassen. Eine größere Anzahl von Deutschen Funktionären hat bei den Prügeleien ernsthafte Verletzungen erlitten und mehrere mußten sich in Krankenhausbehandlung begeben. Ein deutscher Zeitungsberichterstatter schreibt in Lebensgefahr. Das Wahlergebnis entspricht diesem terroristischen Treiben, dem die Polizei nicht in wirksamer Weise entgegenzutrifft. Circa zwei Drittel des neugewählten Gemeinderats besteht aus Polen, ein Drittel aus Deutschen. Diese Zwischenfälle werden sicherlich die Hochspannung im oberschlesischen Nationalitätenkampf noch verschärfen und der vom Deutschen und vom polnischen Außenminister immer wieder für erwünscht erklärten deutsch-polnischen Verständigung neue Hindernisse bereiten.

Im November 1926 erhielt die deutsche Liste 13 Mandate, die polnischen Listen 17. Am Sonntag dagegen die deutsche 9 und die polnischen Listen zusammen 21 Mandate. Die deutschen Parteien haben also vier Mandate verloren.

Der „Schulterror“ in Weißwasser.

Ein Brief des Bürgermeisters.

In der Weißwasserischen Schulangelegenheit hat der Herr Abgeordnete Beuermann von der Deutschen Volkspartei eine kleine Anfrage im Preussischen Landtage eingebracht, über die wir schon berichteten. Hierzu hat Herr Bürgermeister Lange nun folgenden Brief an Herrn Abgeordneten Beuermann gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Schulrat! Aus den neuesten Nachrichten für Weißwasser vom 23. April 1927 ersehe ich, daß Sie wieder einmal eine kleine Anfrage eingebracht haben, die sich mit den örtlichen Verhältnissen in Weißwasser beschäftigt. Sie behaupten darin, daß die Agitation für die weiswasserische „Terrorformen“ angenommen habe, ferner, daß die Bezirksregierung in Liegnitz einen ausgesprochen links gerichteten Parteimann zum Schulrat ernannt und durch die geplante Ernennung eines ebenbürtigen Parteimannes zum Mittelschul-Konrektor die Spannung noch erheblich verschärft habe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie künftig vor der Einbringung von kleinen Anfragen über die örtlichen Verhältnisse in Weißwasser bei mir Erkundigungen über die Zuverlässigkeit des Ihnen übermittelten Materials einholen wollten, wozu ich mich gern bereit erkläre. Sie würden sich damit vor Blamagen schützen. Tatsächlich stelle ich hierdurch fest, daß von Terrorformen nichts wahrzunehmen war. Es ist wohl für die verschiedenen Schulrichtungen agitiert worden. Die Agitation hatte jedoch von keiner Seite etwas Terroristisches an sich und überstieg das sonst bei der Agitation gewohnte Maß in keiner Weise. Ueber Ihre Behauptung von der Ernennung der Schulräte durch die Bezirksregierung in Liegnitz wundere ich mich sehr, weil Sie als Schulrat wissen müssen, daß die Ernennung nicht von einer Bezirksregierung erfolgen kann, sondern in jedem Falle von dem Ministerium für Volksbildung ausgeht und zu verantworten ist. Es ist nicht meine Aufgabe, den Angriff auf die Bezirksregierung abzuwehren, das mag ihr selbst überlassen bleiben. Wohl geht mich die Ernennung zum Mittelschul-Konrektor an, die nicht Sache der Bezirks- oder Zentralregierungen, sondern ausschließlich Gemeinde-Selbstverwaltungsangelegenheit ist. Eine Einmischung in diese Angelegenheit werde ich nicht dulden, auch nicht auf dem Umwege über eine parlamentarische kleine Anfrage. Bis jetzt ist über diese Mittelschul-Konrektor-Frage noch nicht einmal verhandelt worden, viel weniger ein Beschluß gefaßt. Ich muß auch von Ihnen als Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft so viel Achtung vor der gesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltung fordern, daß Sie jede Einmischung in diese Dinge unterlassen. Das betone ich nicht nur für Weißwasser, sondern auch für alle Orte, in denen Mittelschulen bestehen, soweit sie dem von mir geleiteten Spitzenverbande angeschlossen sind. In Ihrer kleinen Anfrage mit ihren in jeder Beziehung unzutreffenden Voraussetzungen erblicke ich einen parlamentarischen Mißbrauch und eine Herabsetzung des Rechtes, die ich hiermit mit aller Entschiedenheit zurückweise. Den Gemeinden sind im Schulwesen so geringe Rechte verblieben, daß ich mich für die Erhaltung des Rechtes zu dieser scharfen Abwehr gezwungen sehe. Selbstverständlich habe ich mich mit dem gleichen Protest auch an den Herrn Minister für Volksbildung gewandt. — Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebener Lange, 1. Vorsitzender des Deutschen Landgemeindetages (C. B.) und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden (C. B.).“

fundete. Vom frühesten Sonntag Morgen ab herrschte in unserem Städtchen lebhafteste Regsamkeit. Um 2 Uhr fand unter starker Beteiligung auf dem Ring die Fahnenweihe der Banner Stöbel und Jodien statt. Nach einem Prolog und Begrüßungsworten durch den Bürgermeister im Namen der Stadt und die städtischen Kollegien die Reichsbannerträger willkommen und rühmte das farbenprächtige, überraschende Bild der aufmarschierenden Scharen. Die Weihe der Scharen erfolgte durch den Gauvorsitzenden, Kameraden Hermann-Breslau, der vom Siegeszuge des republikanischen Gedankens sprach. Nach einem Umzuge durch die Stadt, an dem sich die Vertreter der Stadt beteiligten, ging es zum gefälligen Zusammensein im Schützenhaus und der „Stadt-Breslau“. Der republikanische Idee hat das mustergetreue, begeistertes Aufstreben des Reichsbanners genügt.

Sozialistischer Erziehertag.

Im Zusammenhang mit dem Parteitage findet am Freitag, den 27. Mai, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Kiel, Legienstraße 22, ein sozialistischer Erziehertag statt, mit dem Thema: „Der Erziehungsgebanke des Sozialismus im Kampfe gegen die Kulturreaktion.“ Referenten sind der Genosse Dr. Löwenstein, M. d. R. und die Genossin Wegscheider, M. d. L.

Die Teilnahme ist allen parteigenössigen Lehrern, Erziehern, Elternbeiräten, Kinderfreunden und sonstigen an Erziehungsfragen Interessierten gestattet. Anmeldungen werden erbeten an den Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Wegen der Unterbringung wende man sich an den Genossen Eggerstedt, Kiel, Legienstraße 22, Parteisekretariat der SPD.

Ischewitz, Kreis Schweidnitz. An Blutvergiftung gestorben. Der 16jährige Blauderlehrling M. von hier hatte bei der Arbeit eine kleine Verletzung an der Hand erlitten, der er jedoch keine Beachtung beilegte. Nach vier Tagen stellten sich Fieber und Kopfschmerzen ein. Der Lehrling wurde in ein Schweidnitzer Krankenhaus gebracht, wo Blutvergiftung festgestellt wurde, die nun zum Tode des jungen Mannes geführt hat.

Jellhammer. Die Einbrecher im Auto. Nachdem sieben Einbrüche in der hiesigen Gemeinde verübt worden waren, paßte man etwas genauer auf. Man beobachtete eine Anzahl verdächtiger Männer, die sich vor dem Fischerischen Schuhgeschäft stellen wollten. Als mehrere Männer die Verdächtigen stellen wollten, ergriffen diese die Flucht über Jänne hinweg nach der Hauptstraße, wo sie in einem unbeleuchteten Auto schleunigst verschwand. Es wird vermutet, daß es sich um dieselbe Einbrecherbande handelt, die die bisherigen Einbrüche verübte.

Gölsitz. Der Görlitzer Flugtag, der im Rahmen der Luftfahrtschwemme veranstaltet wurde, gelangte am Sonntag in Gegenwart von etwa 3000 Zuschauern zur Durchführung. Bei der Stafette, die von vier Staffeln, an der sich Käufer, Reiter, Kabfahrer und Motorräder beteiligten, und die mit dem Siege der grünen Staffel endete, ereigneten sich zwei Unfälle, indem zwei Reiter des Reitervereins stürzten, sich aber nur leichtere Verletzungen zuzogen.

Raubau. Fleischer-Bezirksfajung. Die 51. Fleischer-Bezirksfajung war von etwa 1000 Meistern besucht. Landtagsabgeordneter Bier-Waldenburg und Obermeister Franz Schmidt-Breslau berichteten über Maßnahmen des Vorstandes gegen unnützig einengende Verfügungen einzelner Behörden. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Behörden vor Erlaß solcher Verordnungen erst die zuständigen Vertreter des Handwerks hören und nur Anordnungen getroffen werden, die praktisch durchführbar sind. In bezug auf das Arbeitszeitgesetz, das gerade für das Fleischerhandwerk als sehr drückend (!) bezeichnet wurde, soll versucht werden, eine Milderung (das heißt unbeschränkte Arbeitszeit) anzustreben. Außerdem wurde eine Reihe sachlicher Fragen behandelt. Die Fajung im nächsten Jahre findet in Reisse statt.

Frankenstein. Veruntreuung von Erwerbslosengeldern. Der bei der Erwerbslosenfürsorge angestellte Geschäftsführer Herbert Kocke ist am 12. Mai nach Unterschlagung von mehreren tausend Mark flüchtig geworden. Am Tage vorher war unermittelt eine Revision vorgenommen worden, die erhebliche Fehlbeträge feststellte. Allem Anschein nach liegen die Veruntreuungen eine geraume Zeit zurück und die Ermittlungen werden erst ergeben, wie hoch der Fehlbetrag ist. Der Defraudant ist erst seit einigen Wochen als Geschäftsführer angestellt worden, nachdem er einige Jahre als Angestellter in der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt gewesen war.

Reisse. Die Hackelfabrik abgebrannt. Am Freitag früh brannte das Hackelfeldwerk von Käthner & Buchwald in der Friedrichstadt nieder. Der Inhalt und die rotglühenden Spalten brannten stundenlang. Das hohe, ausgedehnte Gebäude bot beim Brand einen imposanten, erschreckenden Anblick. Durch das Feuer werden eine Anzahl Arbeiterinnen arbeitslos.

Opeln. Wüste Schügerei auf dem Getreidemarkt. Zwischen den Baranen-Einwohnern auf dem Getreidemarkt und einigen fremden Männern kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die zu einer wüsten Schügerei führten, wobei auch das Messer eine Rolle spielte. Erst nachdem die herbeigeholte Schupo erschien, ließen die Kampfbeteiligten einander abzuweichen. Die meisten mit blutigen Verletzungen, wurden von der Polizei hinhirt und nach dem Stockhaus gebracht.

Groß-Stein, Kreis Oppeln. Im Walde angeschossen wurde der schon in Jahren stehende Arbeiter Kowalski aus Groß-Stein, als er Holz sammelte. Die Kugel traf den linken Arm in den Oberarm, so daß er sofort zusammenbrach und von Leuten, die ihn nach einiger Zeit aufgefunden hatten, nach seiner Wohnung geholt wurde. Der Täter ist bis jetzt unbekannt geblieben.

Bentzen. Durch den deutsch-polnischen Zoll-Freizug ruiniert. Der Kaufmann Walter R. war bis 1925 Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Großhandels-Gesellschaft, die sich mit dem Export und Import von landwirtschaftlichen Produkten nach und von Polen beschäftigte. Als durch den Zollkrieg den gegenseitigen Handelsbeziehungen ein Riegel vorgeschoben wurde, kam die Gesellschaft in Schwierigkeiten, deren R. durch Aufnahme von Krediten Herr zu werden versuchte. Es half aber nichts. Der Konkurs kam doch. Um Kreditgeber zu befriedigen, bezog R. von einer Reihe Firmen für 20 000 Mark Tabak ohne Bezahlung und verwendete den Erlös zur Schuldentilgung. Als die Firma bereits im Konkurs war, schaffte R. ihr gehörige Vermögensstücke zugunsten des Kreditgebers W. Beiseite. So kamen beide wegen Konkursvergehens und Gläubigerbegünstigung in Tateinheit mit Betrug vor das Schöffengericht. Während der Kreditgeber W. freigesprochen wurde, erkannte das Gericht gegen R. und den Mitgeschäftsführer Anton Sch. auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten mit Bewährungsfrist bei Zahlung einer Geldbuße.

Kattowiz. Parteitag der Deutsch-Katholischen Volkspartei. Der von annähernd dreihundert Delegierten besuchte Parteitag der katholischen Volkspartei Kattowiz-Oberschlesiens beschäftigte sich hauptsächlich mit der Venderung des Namens und des Parteiprogramms sowie mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Senators Szejponik. Die Namensänderung in „Deutsche Katholische Volkspartei“ soll, wie der neugewählte Parteivorstand, Professor Dr. Pant besonders unterrichtete, die Antwort auf die Gewaltpolitik des Woiwoden Graponik darstellen. Das geänderte Parteiprogramm lehnt sich in innerpolitischer Beziehung an das Programm der deutschen christlich-sozialen Partei in der Tschechoslowakei an und bezieht sich augen- und wirtschaftspolitisch mit dem Programm der deutschen Zentrumspartei. Bei Beratung der Minderheitenfrage wurde mit Anerkennung der Arbeiter und Angestellten gedacht als der ausschließlichen Träger der deutschen Bewegung, während die Teilnahmebereitschaft und Opportunitätspolitik der Großindustrie bedauernd festgestellt wurde.

Kattowiz. Drausender Bergarbeiterstreik. Eine Reihe laufender Lohnstreiks scheinen infolge der Haltung der Unternehmer der ostoberschlesischen Hüten und Gruben zu ernsthaften Konflikten zu führen. Im Bergbau lehnen die Arbeitgeber nicht nur jede Verbesserung der entwerteten Löhne ab, sondern fordern sogar eine Lohnminderung von 6 Prozent und Verlängerung der Arbeitszeit. Da die Gewerkschaften hierauf nicht eingegangen gewillt sind, ist ein Streik im ostoberschlesischen Bergbau nicht unwahrscheinlich.

Matibor. Verbranntes Kind. In der Baranekolonia Vogelgang wollte das achtjährige Mädchen Elisabeth Sch. in der Küche Feuer machen, wobei jedoch ihre Kleider, während die Mutter noch schlief, Feuer fingen. Ebs die Mutter hinzu kam, hatte das Kind schwere Brandwunden erlitten, die keine Hoffnung auf ein Aufkommen lassen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Dmitz. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevorsteherfajung vom Mittwoch, den 11. Mai, wurde dem Eintragung des Vereins für Volksbildung und Jugendpflege auf Uebernahme der Volkshalle durch die Gemeinde wurde angenommen. Ebenso einigte man sich auf die Entgegennahme des allerdings recht niedrigen einmaligen Beitrages der Erlöserfajungsgemeinde. Breslau, in Höhe von 30 Mark zu der erfolgten Beschaffung der Glode in der katholischen Schule. Die Beratung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1927, die in der Sitzung vom Sonnabend, den 14. Mai, wegen der Aufbringung des Bedarfes an direkten Gemeindeabgaben fortgesetzt wurde, führte noch zu keinem endgültigen Ergebnis, weil die Landwirtschaftskammer die Vorlegung des Gemeindehaushalts verlangt. Die Gemeindevorsteherung sah sich veranlaßt, gegen die Bevormundung von Gemeinden ohne nennenswerte landwirtschaftliche Betriebe durch die Landwirtschaftskammer erneut energisch zu protestieren.

Stabelwiz. Silberhochzeit in der Partei. Genosse Karl Scholz und seine Frau Berta begehen am heutigen Tage das Fest der silbernen Hochzeit. Er gehört zu denen, die seit früherer Jugend in den Reihen der Arbeiterbewegung standen, und ist selbstverständlich langjähriger Abonnent der „Volkswacht“. Herzlichen Glückwunschl

Stadtheater
Dienstag 7 1/2 Uhr:
19. Abonn.-Vorstellung
Serie A
Ariadne auf Naxos.
Mittwoch 8 Uhr:
Die verkaufte Braut

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Dienstag, Mittwoch 8 Uhr:
„Die Gefangene“
Mittwoch, nachm. 4,4 Uhr:
Kleine Preise!
„Die deutschen Kleinstädter“

Altdeutsche Bierstuben
Neudorfstraße 3, Ecke Gartenstraße
Gediegene Ausstattung
Angenehmes Familienlokal
Gute preiswerte Biere
Kleines Menü 1.00 Großes Menü 1.50
Jeden Mittwoch u. Sonnabend Clubbier
Spezial-Ausschnitt:
Bamberger Hofbräu: Schoppen 35 Pf.
Pilsener: Schoppen 30 Pf.
Engelhardt hell: Schoppen 25 Pf.
Sadie[®] anerkannte Qualitätsmarken zu Originalpreisen
Ökonom: August Wenzel
Fernruf: Stephan 3444.

No-Va-Co
Gewerkschaftshaus
Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 1/4 Uhr:
Das neue Elite-Programm mit
Helmut Ossig
der phänomenale Gedächtniskünstler. — Verblüffende Experimente.
Helmut Ossig zählt 500 Mal demjenigen, der alle seine Experimente genau so ausführt wie er. Unter anderem beschreibt Ossig sämtliche im Betrieb befindliche Straßenbahnwagen nach Zunft der Nummer, wie Farbe, Gewicht, die Type, ob Motor oder Anhänger, welche Linie, wieviel Sitz- und Stehplätze, ob Scheinwerfer, wann und wo gebaut, ob Magnet-, Luftdruck- oder elektrische Bremse usw.
200 Pf. außerdem zählt Ossig demjenigen, der beweist, daß er einen Straßenbahnwagen nicht richtig beschreibt.
Ausnahmspreise:
1. Platz 50 Pf. 2. Platz 30 Pf.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Unterstützt uns durch Massenbesuch!
Die Cornichons.

Schauspielhaus.
Operettentheater.
Tel. Stephan 36390.
Dienstag, abends 8 Uhr:
3. J. 25. Male:
„Jugend im Mai“
Mittwoch und täglich 8 Uhr:
Der neue große Operettenerfolg!
„Jugend im Mai“
Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr:
Lady Hamilton

Schau-Arena
Circus-Durch + 8 Uhr
Polizei-Rätsel:
Ausbrecherkonto
Samstag u. d. g. Progr.
25 Pf. bis 1.00 Mk. Park
Buchdruckerei Volkswacht
Flurstraße 4/6

Viktoria-Theater
8 1/2 Uhr
Jugendliche Vorabend
Gastspiel: Lucia
Dirnen-Tragedie
3 Akte.

Gesellschaftshaus „Friedrichsruh“
Koffenicht bei Breslau
am Pöhlmannthor-Friedhof, Telefon Amt Ring 4089.
Am Sonntag, den 26. Juni,
ist mein Saal u. Garten nebst Reissbän
noch frei.
Nachschonungswill. Seite 122.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tagung des Zentralverbandes der Angestellten.

Abn. 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung des Zentralverbandes der Angestellten der Arbeit gezeigten. Davon zeugt ferner auch die Ausstellung der Arbeiten jugendlicher Mitglieder, die außerordentlich beachtenswerte Leistungen enthält. Hervorzuheben sind neben den eigentlichen Berufsarbeiten die zahlreichen künstlerischen Arbeiten von Jugendlichen.

Die Diskussionen tragen einen durchaus sachlichen Charakter. Es werden natürlich Kritiken und Wünsche vorgebracht, auch bei Abstimmungen herrscht selten Einstimmigkeit. Aber die Meinungsdivergenzen werden in der kameradschaftlichsten Weise ausgetragen. Es gibt keine „grundtägliche Opposition“, keine vor außen heringetragene Parole, keine zwecklosen und schalichen Debatten. Dieser fast in allen anderen Gewerkschaften nicht vorhandene erfreuliche Umstand erklärt sich aus dem Umstand, daß unter den Delegierten nicht ein einziger Kommunist sich befindet. Die Beschlüsse des Verbandstages in Kassel haben ihre Wirkung getan. Der Verbandstag ist deshalb auch über die Denkschrift der kommunistischen Abgeordneten Tolpelt und Casper, die die Aufhebung der Kasseler Beschlüsse verlangt, und noch andere ähnliche Anklagen enthält, mit erdrückender Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen.

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten nahm nach der Wahl des Büros zunächst den Bericht des Hauptvorstandes durch den Verbandsvorsitzenden Urban entgegen. Die Berichtsperiode stand im Zeichen der Rationalisierung. Gegenwärtig sind 149 538 zahlende Mitglieder vorhanden. In dieser Zahl sind die Erwerbslosen nicht einbezogen. Das bedeutet gegenüber dem Verbandstage in Kassel einen Rückgang, der aber fast ausschließlich auf das Konto der schlechten Wirtschaftslage zurückzuführen ist. In Kassel hat der Verband neue Organisationen machen müssen gegen die linksradikalen Treiber im Verbande. Der Erfolg sei gut gewesen. Seitdem die inneren Streitigkeiten aufgehört hätten, könne ein zwar langsames, aber stetiges Anwachsen der Mitgliederzahl konstatiert werden. Die Stellensmittlung des Verbandes noch besser auszubauen, müsse die besondere Aufgabe der Organisation in der nächsten Zeit sein. Eine alte Forderung des Verbandes sei die Befreiung der Konkurrenzklause. Eine andere wichtige Frage, die der Verbandsvorstand beschlägt, sei die Frage der Handelsratschläge. Die Forderung auf Wiedereinführung des Achtstundentages sei von den Bürgerlichenparteiern abgelehnt worden. In dieser Frage bleibe daher nur die Selbsthilfe übrig. Freiwillig solle sich kein Angestellter bereit finden, länger als acht Stunden zu arbeiten.

In bezug auf das Berufsausbildungsgesetz bemerkt Urban, daß das, was bis heute erreicht worden sei, als wenig befriedigend angesehen werden müsse. Man werde bei den letzten Beschlüssen bleiben und nichts von den notwendigen Forderungen preisgeben. Urban besprach dann in längeren Ausführungen die Tarifpolitik des Verbandes. Er betont, daß die Zahl der Tarifverträge gestiegen sei. Im Jahre 1925 seien beispielsweise 669, im Jahre 1926 aber 926 Tarifverträge abgeschlossen worden. Die Schlichter der Angestellten seien, gemessen an den Bezügen der Vorkriegszeit, wesentlich zurückgegangen. Seit dem letzten Verbandstage habe der Hauptvorstand sehr sorgfältig Lösungen aus der Organisation ausschließen müssen wegen verhandlungsunfähigen Verhaltens. Darunter sei ein Teil, der sich entgegen den Beschlüssen des Kasseler Verbandstages mit kommunistischer Zellenarbeit in der Organisation beschäftigt habe. Der gegenwärtige Verbandstag müsse die Kasseler Beschlüsse bekräftigen, weil man sonst wieder zu den alten Zuständen komme. Man habe zwar die Kommunisten in der Organisation kaum noch zu fürchten, aber man wisse doch, daß sie sich alle daran einig seien, die Gewerkschaften ihren kommunistischen Zwecken dienlich zu machen.

Urban macht dann noch die Mitteilung, daß der Kollege Giebelts seine Pensionierung als Vorstandsmittelglied beantragt habe, da sein Gesundheitszustand sehr schlecht ist. Der Redner bedauert außerordentlich, daß die wertvolle Arbeitskraft Giebelts der Organisation verloren gehe. Das wesentlichste Verdienst Giebelts war es, den Verband der Büroangestellten ins freigezweckliche Jahresspäter geleitet zu haben. Unter großem Beifall der Versammlung sprach Urban dem Kollegen Giebelts den Dank der Organisation aus. Dann folgten Berichte über die Kasse, den Beirat, die Tätigkeit der Revisionskommission, die Jugendarbeit des Verbandes, die Presse und die Penfionsanstalt.

Im Anschluß an die Mittagspause erfolgte die Diskussion. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des Vertreters des Saargebietes, der die außerordentlich schweren Opfer schilderte, die von den dortigen Angestellten für ihre Treue zum Reich getragen werden müssen. Der Redner erklärt schließlich unter lebhaftem Beifall der Anwesenden, daß die Saarländer später nicht in ein Deutschland der Westkap und Ruedell, sondern der Republikaner zurückkehren wollen. Bei der Abstimmung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird u. a. beschlossen, die silberne Verbandsnadel auch an 25 Jahre lang freigezwecklich organisierte Mitglieder, die mindestens 12 Jahre dem Zentralverband angehören, zu verleihen. Eine Reihe Anträge zur Bildungsfrage wird dem Vorstand überwiesen. Abgelehnt werden die Anträge, die eine Revision des Kasseler Beschlusses gegen die Kommunisten verlangen. Betroffener wird ferner ein Antrag, der vom Verbandsvorstand verlangt, daß er sich mit allen parlamentarischen Mitteln für eine Herabsetzung der Altersgrenze in der Angestelltenversicherung auf 60 Jahre einsetzt.

Dann nimmt Lehmann-Berlin das Wort zum Bericht über die Arbeit der Statutenberatungs-Kommision. Der Redner beschäftigt sich ausführlich mit der Arbeit der Kommission der Statuten eingeleiteten Ausschusses und bespricht die vorliegenden Anträge. Weiterberatung Dienstag.

Theodor Leipart 60 Jahre.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, begeht heute seinen 60. Geburtstag. Das Vertrauen, das die freie organisierte Arbeiterschaft in ihn setzte, als sie ihn an den Platz stellte, an dem vorher Carl Legien stand, hat Leipart vollumfänglich gerechtfertigt. In den fünfzig Jahren der Jafaktionszeit, die die Gewerkschaften finanziell an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben, und in den Jahren der schmerzhaften Hege der Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften hat Leipart unbeirrt und voll Inverpflichtung an seinem Posten gehalten. Das Erbe Legiens hatte in ihm einen treuen Schutzpatron, und der neue Ausfluss der freien Gewerkschaften, der bereits eingelegt hat und der in Deutschland, wie in allen anderen Staaten, die Kapitalistenklasse zu sinnlosen Brutalitäten gegen die Gewerkschaftsbewegung zwingt, zeigt besser als alles andere, daß Leipart mit dem ihm anvertrauten Pfund gewandert und gerechelt hat. Die gesamte freie organisierte Arbeiterschaft Deutschlands ist ihm deshalb ungeteilt in dem festen Glauben, daß Leipart noch viele Jahre das Geißel der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung führen möge.

Spezieller Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge.

Nach der Feststellung, daß der kommunikativste Arbeiter der Provinz Spiegelberg unterhalb der Arbeitslosenziffer einen Hundelohn von einigen Pfennigen bezieht, hat so die Erwerbslosenfürsorge mißbraucht hat, da wird nun wieder ein

ähnlicher agrarischer Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge gemeldet. So sollen, wie aus einer sozialdemokratischen Kleinen Anfrage im Preussischen Landtag hervorgeht, in der Gifel bei den Rostandarbeiten große Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. Es wird behauptet, daß eine sehr große Zahl von Beschäftigten selbständige Landwirte gewesen sind, die vorher niemals in einem Arbeitsverhältnis standen. Ferner sollen in den Tagewerkstätten Personen geführt worden sein, die am Nürnberg-Ring in der Gifel überhaupt nicht beschäftigt waren, sondern bei Privaternehmern in Arbeit standen.

Die Mitgliederzahl des dänischen Gewerkschaftsbundes.

hat sich, wie aus dem Bericht seiner in diesen Tagen stattgefundenen Jahresdelegiertenversammlung hervorgeht, im letzten Jahr um 55 168 vermindert. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf den Austritt des Verbandes der ungelerten Arbeiter aus dem Bund zurückzuführen. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Dänemark betrug am 1. Januar 1927: 311 697 Mann, von denen aber nur 155 536 in Gewerkschaften organisiert sind, die sich dem Gewerkschaftsbund angeschlossen haben, 156 161 sind in Gewerkschaften außerhalb des Bundes organisiert. Von 75 Gewerkschaften des Landes sind 51 dem Bunde angeschlossen.

Unter den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes befinden sich 40 184 Frauen. Neue Tarife sind im vergangenen Jahr für rund 90 000 Mitglieder des Bundes abgeschlossen worden, davon einjährige Tarife für 55 000 und zweijährige für circa 30 000 Mitglieder. Die Tarifverneuerung steht noch für rund 14 000 Arbeiter aus.

Löhne und Arbeitszeit

in der amerikanischen Baumwollindustrie.

Das amerikanische Amt für Arbeitsstatistik hat jochen eine Untersuchung über die Löhne und die Arbeitszeit für 46 879 Arbeiter und 36 103 Arbeiterinnen im Jahre 1926 in der Baumwollindustrie der Staaten Alabama, Connecticut, Georgien, Maine, Massachusetts, Neu-Hampshire, New York, Nord-Karolina, Pennsylvania, Rhode-Island, Süd-Karolina und Virginia veröffentlicht. Auf Grund der Betriebszählung von 1923 befinden sich in diesen Staaten 92 Prozent der gesamten Lohnempfänger dieser Industrie. Ein Vergleich dieser Erhebung mit den Ergebnissen einer im Jahre 1924 angestellten Erhebung zeigt, daß die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit für alle Arbeitergruppen sich von 53,5 auf 53,8 Stunden erhöht hat; während des gleichen Zeitraumes sind die durchschnittlichen Stundenlöhne für die männlichen Arbeiter von 39 Cents auf 34,7 Cents, diejenigen der Arbeiterinnen von 34,7 Cents auf 30,1 Cents gesunken. Der durchschnittliche Wochenlohn ist für die Arbeiter von 20,87 Dollars im Jahre 1924 auf 18,67 Dollars im Jahre 1926 gesunken, diejenige der Arbeiterinnen von 18,15 Dollars auf 15,59 Dollars.

Aus anderen Angaben geht hervor, daß die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 1913—1920 um 10 Prozent gesunken ist, und daß die Stundenlöhne in diesem Zeitraum um 22 Prozent, die Wochenlöhne um 19 Prozent gestiegen sind. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ist von 1920—1926 um zwei Prozent gestiegen, die durchschnittlichen Stundenlöhne sind um 31 Prozent gesunken.

Die ganz Revolutionären!

In Frankfurt a. M. erscheint von Zeit zu Zeit ein Pamphlet, das sich „Die Proletarische Revolution“ nennt, und dessen vornehmste Aufgabe ist, die Reichsindustrialisten (Essener Richtung) mit Verteilungen zu bedenken. Die Vertretung dieser Richtung hat in Breslau ein gewisser Kügler, ein ausgeschlossener Bauarbeiter, übernommen. Vermutlich von

ihm stammt wohl auch ein Artikel in jener „proletarischen Revolution“, der überschrieben war: „Gewerkschaftssekretäre als Antreiber! Das Breslauer Werksfahrman zählt Frühstücksgeber.“ In diesem Artikel wurde Genosse Kämmerer nach Strich und Faden heruntergerissen, weil er angeblich bei einer Besichtigungsfahrt von Hoffstandsarbeitern verlangt haben sollte, sie müßten acht Stunden arbeiten und dürften nicht herumtummeln.

Wir können uns durchaus vorstellen, daß das Berlangen, acht Stunden zu arbeiten, von den Leuten um den wilden Herrn Kügler als ganz unerschämte Zumutung empfunden wird. Wir verstehen deshalb auch ihre Wutausbrüche über jemand, der ein solches Berlangen stellt. Diesmal aber stimmt die Sache nicht, denn Genosse Kämmerer hat an einer solchen Rundfahrt überhaupt nicht teilgenommen. Er versichert uns übrigens, daß er den Herren Unionisten (Essener Richtung) auch gar kein solches Ansuchen gestellt haben würde, weil er überzeugt sei, daß es zwecklos wäre. Genosse Kämmerer schickte also der „proletarischen Revolution“ eine Berichtigung. Jetzt kniffen die tapferen Revolutionäre, indem sie schrieben, daß die Nummern 8 und 9 ihrer Zeitung bei Eingang der Berichtigung schon abgeschlossen waren, und daß überhaupt die Berichtigung verloren gegangen sei, und schließlich sei erst in Nr. 10 der proletarischen Revolution die Stelle frei, an der die Berichtigung gebracht werden müsse. Wenn also noch Wert darauf gelegt werde, dann solle sie doch bitte noch einmal eingelebt werden.

Wie uns Genosse Kämmerer mitteilt, wird er der proletarischen Revolution auf fürhöbbarere Art und Weise den eigentlich selbstverständlichen Anstand beibringen lassen. Diese Unionisten sind wirklich eine sehr angenehme Art von Zeitgenossen, die andere Menschen mit Dreck bewerfen, und sich dann unter allerlei fabelhaften Vorwänden weigern völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen richtig zu stellen. Das mag zwar unionistisch-lyndalstistisch (Essener Richtung) sein, mit proletarischer Ehre hat ein solches Verhalten aber rein gar nichts zu tun.

Zur Abänderung des Berufsschulgesetzes forderte die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages vom Staatsministerium die baldige Einbringung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes, der die Verpflichtung enthält, daß der obligatorische Berufsschulbesuch für weibliche und männliche Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre festgelegt wird und der Unterricht in der Regel während der Arbeitszeit stattfinden muß. Der Preussische Landtag trat der Forderung der Sozialdemokratischen Fraktion bei. Gegen die Bestimmung, daß der Unterricht in der Regel während der Arbeitszeit stattfinden müsse, stimmten die Deutschnationalen.

In den Betriebsratswahlen der Eisenbahndirektion Mannheim beteiligten sich 96,21 Prozent. Auf die freigewerkschaftliche Liste entfielen 2421 Stimmen, denen die christliche Organisation nur noch 744 entgegenstellen konnte.

Die Bergarbeiter-Internationale wird am 29. und 30. Mai im Maison des Cooperator in Paris zu einer Sitzung zusammentreten.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Wirtschaft.

Im Zeichen der Rationalisierung.

1926 doppelt so viel leitende Angestellte als 1913.

Die wirtschaftspolitische Abteilung des IFA-Bundes hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, eine eigene Belegschaftsstatistik für alle durch die Mitglieder der IFA erreichbaren Betriebe aufzunehmen. Der Erhebung lagen die Fragen zugrunde: Wie hat sich in der Zeit von 1914 bis 1926 das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern innerhalb einer Belegschaft zahlenmäßig verhalten? Welche zahlenmäßigen Veränderungen weist das Verhältnis von Direktion zu Belegschaft in diesen Jahren auf? Aus den Berichten von etwa 600 Betrieben kamen folgende Antworten: Nur in der Elektroindustrie, die heute noch ebenso wie vor dem Kriege die meisten Angestellten (1926: 32,1 Prozent der Belegschaft, 1913: 31,13 Prozent) und in der Schiffindustrie, die nach wie vor die wenigsten Angestellten beschäftigt (1926: 9,9 Prozent, 1913: 7,8 Prozent) sind die Verhältnisse ziemlich stabil geblieben. In allen anderen Wirtschaftszweigen dagegen sind beträchtliche Veränderungen eingetreten, und zwar fast durchgängig zugunsten der Angestellten. Der relativ höchste Stand wurde 1925 erreicht, aber auch nach dem großen Abbau gab es immer noch mehr Angestellte im Verhältnis zur Arbeiterzahl als 1913. Es wird also durch diese Erhebung im einzelnen bestätigt, was die amtliche Berufsstatistik für 1925 ganz allgemein festgestellt hat: die Nachkriegswirtschaft Deutschlands hat für Angestellte im Verhältnis zu den Arbeitern mehr Verwendung als die Friedenswirtschaft. Am stärksten äußert sich die zahlenmäßige Verschiebung zwischen Angestellten und Arbeitern im Eisen- und Brauereibau (auf 100 Arbeitnehmer kamen 1913 13,3, 1926 aber 20,5 Angestellte), im Schiffbau (7,5 bzw. 16,9), im Waggonbau (7,7 bzw. 12,9), in der Maschinenindustrie (13,5 bzw. 20,1) und in der Autoindustrie (9,9 bzw. 18,2). Eine Erklärung findet diese für die soziale Entwicklung Deutschlands bedeutsame Tatsache nicht nur darin, daß der Abbau der Angestellten im Jahre 1926 noch nicht so voll wirksam werden konnte, wie bei den Arbeitern (Kündigungsschutzbestimmungen), sondern vor allem in dem für den Hochkapitalismus im allgemeinen und die Rationalisierungsperiode im besonderen charakteristischer Umstand, daß bei der zunehmenden Durchdringung des Arbeitsprozesses, bei der Normalisierung der Arbeitsgeräte usw. und bei der wachsenden Bedeutung der Betriebsorganisation, der Reklame und Propaganda, relativ mehr Angestellte gebraucht werden als früher. Welche Erklärung aber soll dafür zu finden sein, daß in den Jahren der rigorosesten Massenentlassungen, der Stilllegungen und Betriebskonzentrationen, die stets mit der Notwendigkeit der Verminderung der Produktionskosten begründet wurden, die Zahl der leitenden Angestellten, der Direktoren, Prokuristen, Aufsichtsbauten und Sonderbeauftragten im Maschinenbau gleichmäßig im Verhältnis zur Belegschaft gab es 1926 doppelt so viel leitende Angestellte als 1913!

Oberrheinische und ober-schlesische Kohle.

In Anlehnung der Oberrheinischen Kohleverwaltung hat die künftige Bewilligung des Rummelsburger Kohlenausnahmestills (R. T. 8. i) Anlaß zu Klagen über einen in den letzten Jahren zu verzeichnenden Rückgang der Oberrheinischen Kohle als Oberrheinische gegeben. Wie das Jahrbuch „Industrie-Kurier“ hierzu von Haus aus erklärt, liegt zu den bisherigen Klagen kein Anlaß vor. Der Kohlenverkehr auf dem Sehwegen hat in den Nachkriegsjahren weit mehr als der auf dem Wasserwege abgenommen. Er ging bei der Oberrheinischen Kohle im Jahre 1913 um 14,5 Prozent, beim Rummelsburger hingegen um 40 Prozent zurück. Im Jahre 1926 waren die Kohleerzeugnisse über Oberrhein und Doppelschiffe sogar größer als 1913. Sie betragen (alles in 1000 Tonnen) 1913:

2240 und 1926: 2285. 1924 wurden gegenüber 1913 auf dem kombinierten Bahn- und Wasserweg nur 18,5 Prozent weniger, auf dem reinen Bahnweg hingegen 47 Prozent weniger verschifft. Der Frachtantrieb der Oder ist für den Verkehr nach Berlin gegenüber 1913 von 35 auf 48 Prozent gestiegen und für den Verkehr nach Stettin von 3 auf 27 Prozent. Die Bahnfracht Hedwigsgrube-Berlin betrug 1913 10,44 Mark je Tonne; auf dem kombinierten Weg stellte sie sich jenerzeit auf 7,71 Mark. Gegenwärtig stellt sich die reine Bahnfracht auf 12,70 Mark, der kombinierte Weg auf 8,59 Mark. Für den Verkehr Hedwigsgrube-Stettin belief sich der reine Bahntransport 1913 auf 7,34 Mark, der kombinierte Weg auf 7,11. Heute kostet der Bahntransport 10,20 Mark und die kombinierte Bahn- und Wasserfracht stellt sich auf 8,09 Mark. Der Kohlenverkehr nach Groß-Berlin ist in den Nachkriegsjahren beinahe vollständig zurückgegangen. Er war 1926 nur noch 1 1/2 Millionen Tonnen geringer als 1913. An diesem Rückgang war die Bahn besonders stark beteiligt. Der Anteil der Bahn am Gesamtkohlenverkehr von Oberrhein nach Berlin betrug 1913 47 Prozent, 1925 42 Prozent und 1926 37 Prozent, der der Schifffahrt stellte sich 1913 auf 53 Prozent, 1925 auf 58 Prozent und 1926 auf 63 Prozent.

Der ober-schlesische Bergbau fordert bekanntlich, daß dem Renier die Frachtpanne, die Oberrhein gegenüber Westfalen durch Benutzung des kombinierten Bahn- und Wasserweges für den Kohlenabfuhr nach Berlin hat und die sich zurzeit auf 2,80 Mfl. je Tonne beläuft, weiter erhalten bleibt. Mit der Erfüllung dieser Forderung würde auch den Interessen der Oberrheinischen Kohleindustrie gedient sein, denn diese könnte dadurch den Umfang ihres bisherigen Kohlenumschlages nach Berlin wesentlich erhöhen. Das würde auch der Fall sein, wenn der vorläufige, lediglich für Rummelsburg vorgesehene R. T. 6. i auch auf das gesamte Groß-Berliner Abfuhrgebiet ausgedehnt werden würde.

Ein bemerkenswertes Eingeständnis des Schlesischen Landbundes.

Der Schlesische Landbund bespricht in Nr. 18 seines gleichnamigen Organs die Vorschläge, die der preussische Landwirtschaftsminister von den Regierungspräsidenten über die Abstellung der Frucht aus der Landwirtschaft eingefordert hat. Bei dieser Besprechung entschließt sich der Schlesische Landbund folgende interessante Bemerkung:

„Die Rechtsmöglichkeit, Schadenersatzklagen beim Kontraktbruch gegenüber dem Arbeitnehmer zu erheben, ist praktisch bedeutungslos, da in den seltensten Fällen vom Arbeitnehmer etwas zu pfänden sein wird.“

Die Landarbeiter werden sich diese Bemerkung des Schlesischen Landbundes sorgfältig merken und auf sie bei passender Gelegenheit mit Freuden zurückkommen. Hier wird von Arbeitgebersseite die völlige Verarmung der Landarbeiter zugegeben.

Zunahme der englischen Auswanderung.

Die Dauerarbeitslosigkeit in England führt zu einer erheblichen Steigerung der Auswanderung. Im Jahre 1926 betrug die Zahl der Auswanderer 186 601 gegen 140 594 im Jahre 1925, davon 64 636 Männer und 57 178 Frauen. Nur ein geringer Teil der Auswanderer, 28 740 an Zahl, gingen nach den Vereinigten Staaten, davon etwa die Hälfte aus Schottland — die Hauptmasse hat sich in den britischen Dominions und Kolonien niedergelassen, in Australien und Neuseeland etwa 60 000, in Kanada etwa 50 000 Auswanderer, die sowohl für die Reise wie bei der Anheftung aus finanziellen Mitteln unterstützt wurden. Auffallend ist die Zunahme der Facharbeiter unter den Auswanderern. Unter den männlichen Auswanderern erhöhte sich die Zahl der Facharbeiter im Bergbau von 3612 im Jahre 1925 auf 5558 im Jahre 1926, in der Metallindustrie von 7615 auf 8678, im Bauwesen von 1008 auf 1189, in anderen Industriezweigen von 5030 auf 6711. Im Gegensatz zum Vorjahr hat der Anteil der männlichen Auswanderer sehr erheblich zugenommen. Etwa 42 Prozent der männlichen und 37 Prozent der weiblichen Auswanderer standen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.